

Jahresbericht 2019

Berliner Register

zur Erfassung extrem rechter und diskriminierender Vorfälle in Berlin





Impressum

Koordination der Berliner Register

Post: pad gGmbH
Kastanienallee 55, 12627 Berlin
Mail: info@berliner-register.de
Tel.: 0152 - 04 42 57 46

Die jeweiligen Artikel wurden von den bezirklichen Registerstellen oder der Koordinierungsstelle verfasst.

Layout: Michael Mallé
Auflage: 1.500 Stück
Stand: Sommer 2020
Fotos: Berliner Register

V.i.S.d.P.: Andreas Wächter, Kastanienallee 55, 12627 Berlin



Gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.



Inhalt

<i>Einleitung</i>	03
<i>Berlin im Jahr 2019</i>	05
EACH ONE Antidiskriminierung: Projektvorstellung	09
Charlottenburg-Wilmersdorf	10
Friedrichshain-Kreuzberg	13
RIAS Berlin: Antisemitische Vorfälle 2019, ein Überblick	16
Lichtenberg	18
Marzahn-Hellersdorf	21
DOSTA: Auswertung der antiziganistisch motivierten Vorfälle	24
Mitte	26
Neukölln	30
Pankow	32
Inssan: Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit	33
Reinickendorf	36
Spandau	39
Steglitz-Zehlendorf	42
Tempelhof-Schöneberg	45
Treptow-Köpenick	48
Analyseschwerpunkt: Rassistische Gewalt	50
<i>Links und Literatur</i>	51

Inhaltliche Kategorien:

- Rassismus mit den drei Unterkategorien
 - Antiziganismus (z.B. Feindschaft gegen Rom*nja und Sinti*zze)
 - Antimuslimischer Rassismus
 - Rassismus gegen Schwarze Menschen/ anti-Schwarzer Rassismus
- Antisemitismus (z.B. Feindschaft gegenüber Jüdinnen und Juden)
- LGBTIQ*feindlichkeit (richtet sich gegen Lesben, Schwule, bi-, trans-, intersexuelle und queere Menschen)
- Sozialchauvinismus (z.B. Feindschaft gegen Obdachlose)
- Feindschaft gegenüber Menschen mit Behinderung/ Ableismus
- Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus
- Rechte Selbstdarstellung (z.B. Propaganda, die für extrem rechte Gruppen wirbt)
 - Wahlkampf
- Politische Gegner*innen (der extremen Rechten)

Einleitung

Sie halten die zweite Ausgabe des Jahresberichts aller Berliner Registerstellen in den Händen. Seit 2016 gehen aus allen Bezirken Daten in die Auswertung ein, für 2019 wurden 3277 Vorfälle dokumentiert, die rassistisch, antisemitisch, antiziganistisch, extrem rechts, antimuslimisch, LGBTIQ*feindlich, den Nationalsozialismus verharmlosend, behindertenfeindlich oder sozialchauvinistisch motiviert sind. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zahlen leicht gesunken, die Bedrohungssituation für Menschen, die von Rassismus, Antisemitismus oder LGBTIQ*-Feindschaft betroffen sind, hat sich trotzdem verschärft, denn rechter Terror ist präsenter als jemals zuvor. Die Ermordung von Walter Lübke und das Attentat auf die Synagoge in Halle an Jom Kippur machten 2019 bereits deutlich, dass rechter Terror keineswegs mit dem NSU begraben wurde.

Der rechte Terroranschlag auf eine Shisha-Bar in Hanau Anfang des Jahres 2020, sogenannte Feindeslisten von Neonazis, mögliche Netzwerke der extremen Rechten in der Polizei und der Bundeswehr und Anschläge auf Wohnhäuser und Geschäfte im Norden Neuköllns zeigen, dass die Bedrohungslage für Menschen mit Migrationserfahrung und politische Gegner*innen der extremen Rechten anhält. Die Botschaft an Betroffene, dass sie die nächs-

ten sein können, die Gewalt erfahren, kommt an. Der rabiate Ton der vergangenen Jahre hat sich aus den sozialen Netzwerken in den Alltag übertragen. Die Berliner Register dokumentieren deshalb nicht nur die gewaltvolle Spitze des Eisbergs, sondern auch solche Vorfälle, die jenseits dessen ein Klima beschreiben, aus dem heraus Menschen mit unterschiedlichen Merkmalen angefeindet und gedemütigt werden.

Dieses Heft umfasst Artikel für alle Bezirke, stadtweite Trends und Texte von Kooperationspartner*innen der Registerstellen, die für Berlin themenspezifische Dokumentationsstellen aufgebaut haben. So bedrückend die einzelnen Vorfälle auch sind, sie zeigen nur einen Ausschnitt dessen, was Menschen im Alltag einer diversen und offenen Großstadt wie Berlin widerfährt.

Mit der zweiten Ausgabe unseres Jahresberichts hoffen wir, den Perspektiven von Betroffenen mehr Präsenz im öffentlichen Diskurs zu geben.

Die Berliner Registerstellen
Sommer 2020

Vorfallsarten:

- Propaganda (z.B. Aufkleber und Schmierereien)
- Veranstaltungen
- Angriffe (z.B. Körperverletzung, massive Bedrohungen)
- Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien
- Sachbeschädigungen (z.B. an Gedenktafeln oder Stolpersteinen)
- BVV (z.B. diskriminierende Anträge und Redebeiträge in den Bezirksverordnetenversammlungen)
- Strukturelle Benachteiligung (z.B. behördliche Diskriminierung und Leistungsverweigerung)
- Sonstiges

Berlin im Jahr 2019

Sinkende Gesamtzahl – Anstieg der Gefährdungslage für potenziell Betroffene

Das aktuelle Jahr 2020 ist mit einschneidenden Ereignissen gestartet. Der rassistische Terroranschlag von Hanau und die Corona-Pandemie mit ihren gesellschaftlichen Entwicklungen rücken das Jahr 2019 scheinbar in weite Ferne. Sind die Bewertungen, die wir 2019 getroffen haben, heute noch aktuell? Was gibt es zum Jahr 2019 zu sagen, das angesichts der Ereignisse des Jahres 2020 nicht sofort in den Schatten tritt? Die Register blicken trotzdem zurück, denn um die Gegenwart zu verstehen und zu bewerten, lohnt sich der Blick ins vergangene Jahr. Die Analyse der Daten zu Alltagsrassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, Sozialchauvinismus, Verharmlosung des Nationalsozialismus und die Aktivitäten der extremen Rechten in Berlin dienen dazu, die Sensibilität für rechtsterroristische Gefahren und ihren Vorlauf zu schärfen. In diesem Artikel wird ein Überblick über die wesentlichen stadtweiten Entwicklungen auf Grundlage der Daten aller Berliner Register gegeben.

In den Berliner Vergleich für 2019 fließen **Daten aus allen 12 Berliner Bezirken** ein, mit einer Auswertung von insgesamt **3277 Vorfälle** (2018: 3405), die bis Ende Februar 2020 durch die Registerstellen, die Opferberatung ReachOut und andere Kooperationspartner*innen erfasst wurden. Ähnlich wie im Jahr 2018 wurden im Durchschnitt 9 Vorfälle pro Tag aufgenommen. Der Bezirk, in dem die meisten Vorfälle dokumentiert wurden, ist weiterhin Mitte mit 645 Vorfällen (2018: 495). Spandau bleibt mit 95 Vorfällen (2018: 78) der Bezirk mit der geringsten Zahl erfasster Vorfälle. Bei 50 % aller Vorfälle (1595) handelt es sich um Propaganda. Dazu gehören Aufkleber, gesprühte Parolen, Hakenkreuze oder Plakate. Die meisten gemeldeten Vorfälle konnten inhaltlich den Kategorien Rassismus (1337 Vorfälle, 42 %)¹ und Antisemitismus (598 Vorfälle, 18 %) zugeordnet werden.

Die Daten für das Jahr 2019 wirken auf den ersten Blick unspektakulär, weil nur wenige Unterschiede zu 2018 offensichtlich sind. Die Gesamtzahl der Vorfälle, die mengenmäßige Verteilung auf die Bezirke, die Hauptmotive und auch die Verteilung der Arten der Vorfälle ähneln denen des Vorjahres. Und dennoch hat sich einiges verändert. Wesentliche Entwicklungen im Vergleich zu 2018 sind:

1. ein Rückgang antisemitischer Vorfälle bei gleichzeitig steigender Bedrohungslage für Menschen jüdischen Glaubens
2. die Verdopplung LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle
3. der Anstieg rassistischer Angriffe um 28 %
4. die Zunahme von Demonstrationen, aber weniger Teilnehmende als im Vorjahr
5. die Zunahme von Meldungen über Diskriminierung durch Behörden und Institutionen von neuen Kooperationspartner*innen.

¹ In die Zählung rassistischer Vorfälle gehen auch antimuslimische, antiziganistische und Anti-Schwarze Vorfälle ein.



Diese Entwicklungen werden im Folgenden genauer vorgestellt.

Rückgang antisemitischer Vorfälle bei gleichzeitig steigender Bedrohungslage für Menschen jüdischen Glaubens

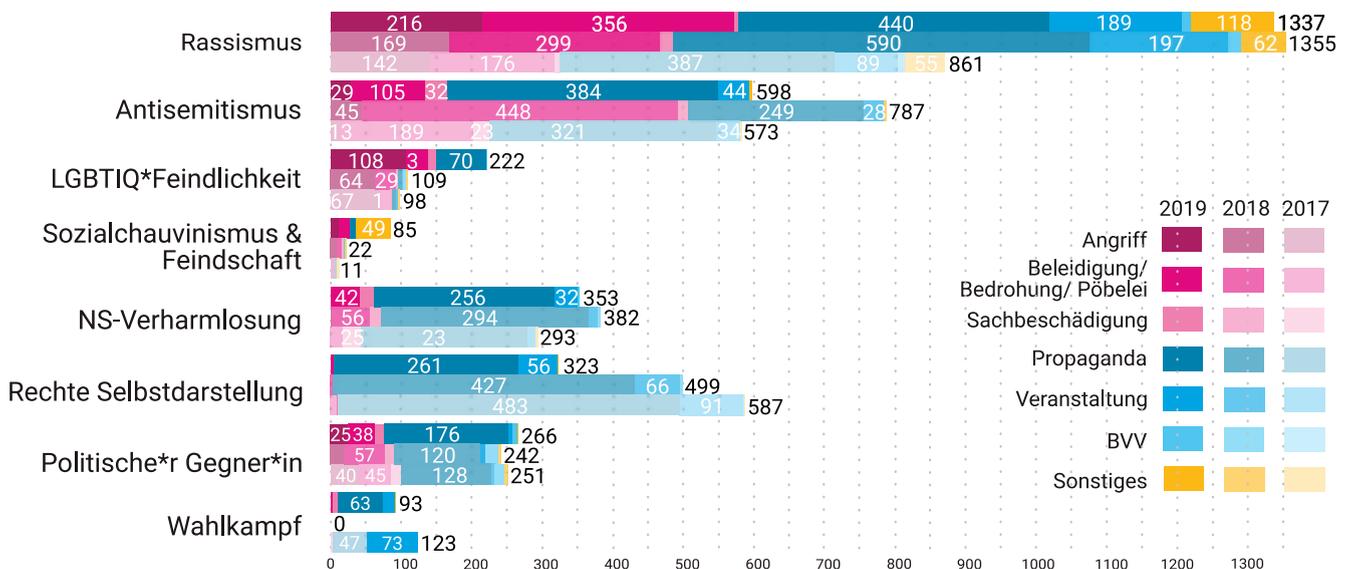
Unsere Chronik zeigt, dass es den oft zitierten Antisemitismus ohne Menschen jüdischen Glaubens weiterhin gibt, beispielsweise in Form von Verschwörungstheorien, die online zirkulieren. Die Verteilung der antisemitischen Vorfälle in der Stadt macht aber deutlich, dass Menschen jüdischen Glaubens eher dort attackiert werden, wo sie sichtbar sind. Von den 598 dokumentierten Vorfällen fanden 320 im Internet statt (2018: 443). Israelische und jüdische oder als jüdisch wahrgenommene Einrichtungen, Vereine und Einzelpersonen wurden demnach im Jahr 2019 ca. 120 Mal weniger mit Beleidigungen und Bedrohungen per E-Mail oder in Online-Kommentaren adressiert als im Jahr zuvor. 80 antisemitische Vorfälle wurden in Mitte (Mitte, Wedding und Tiergarten), 61 in Charlottenburg-Wilmersdorf und 41 in Friedrichshain-Kreuzberg erfasst. Die Gesamtzahl der antisemitischen Vorfälle in Berlin ist gesunken (2018: 787; 2019: 598), was nicht bedeutet, dass sich die Bedrohungslage für Menschen jüdischen Glaubens verändert hat. Antisemitische Gewalt ist zwar zurückgegangen (2018: 45; 2019: 29), aber sie ist in der Öffentlichkeit präsent und macht Menschen zu Recht Angst. Der Anschlag auf die Synagoge in Halle am 9. Oktober 2019 hat allen in Deutschland lebenden Juden und Jüdinnen erneut vor Augen geführt, dass sie jederzeit zum Ziel tödlicher Terrorattacken werden können.

Im Jahr 2019 wurden in Berlin Menschen aus antisemitischer Motivation in öffentlichen Verkehrsmitteln, im eigenen PKW, in der Schule, am Wohnort, in der Nähe jüdischer Einrichtungen und mitten auf der Straße angegriffen, weil sie eine Kippa trugen, Hebräisch sprachen oder aus anderen Gründen als jüdisch wahrgenommen wurden.

Der Rückgang an Gewalttaten steht im Zusammenhang mit der Auflösung des „Jugendwiderstands“ und der Verwahrung von Usama Z. in einer Einrichtung. Die Gruppe und der einzelne Mann waren in den vergangenen beiden Jahren mehrfach durch antisemitische Gewalt in Erscheinung getreten. Anhand von Beispielen wird deutlich, wie alltäglich Situationen sind, in denen antisemitische Gewalt im Jahr 2019 erfahren wurde. Im Januar trat im Wedding ein Nachbar mehrfach gegen die Wohnungstür einer jüdischen Frau und beleidigte sie antisemitisch. Mitte April wurde ein 23-Jähriger in einer Parkanlage in Steglitz aus antisemitischer Motivation von Mitgliedern einer 10-köpfigen Gruppe geschlagen und verletzt. Anfang Juli wurde ein als Jude erkennbarer Autofahrer auf der Stadtautobahn in Schöneberg in seinem PKW bespuckt, beleidigt und ausgebremst. Kurz vor Weihnachten wurde in Marienfelde ein 14-Jähriger während des Sportunterrichts von seinen Mitschüler*innen gefesselt, gewürgt und antisemitisch beleidigt.

Fünf Tage nachdem am 4. Oktober ein Mann vor der Neuen Synagoge in der Oranienburger Straße mit einem Messer in der Hand von Sicherheitsbeamten und der Polizei gestoppt worden war, wurde an Jom Kippur der antisemitische und rassistische Terroranschlag auf die Synagoge in Halle und einen Döner-Imbiss verübt. Die Menschen in der Synagoge blieben unverletzt, aber die Tat zeigte allen jüdischen Menschen, dass sie gemeint waren. Eine Abnahme der Gesamtzahl antisemitischer Taten, darf nicht als Zeichen der Entwarnung gewertet werden, denn die Verbreitung antisemitischer Ideologien in öffentlichen Debatten, die Anschlussfähigkeit von Antisemitismus in der Gesellschaft und das selbstsichere öffentliche Agieren derjenigen, die ihre antisemitische Einstellung durch Gewalt ausleben, geben ausreichend Anlass zur Sorge.

2019: 3277 Vorfälle in Berlin
 2018: 3405 Vorfälle in Berlin
 2017: 2800 Vorfälle in Berlin



*Im Jahr 2017 wurden 5 Vorfälle dem Motiv "Sonstiges" zugeordnet, 2018 waren es 9, 2019 wurde diese inhaltliche Kategorie abgeschafft. Unter der Kategorie Rassismus werden auch antiziganistische, antimuslimische und gegen Schwarze Menschen gerichtete Vorfälle dokumentiert.

Verdopplung LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle

Während die Zahl LGBTIQ*-feindlicher Vorfälle von 2016 bis 2018 bei ungefähr 100 pro Jahr lag, hat sie sich 2019 auf 222 verdoppelt. Das Themenfeld war in der Vergangenheit insofern besonders, weil 60 bis 75 % der Vorfälle körperliche Angriffe waren und 15 bis 25 % Beleidigungen und Bedrohungen. In allen anderen Themenfeldern ist der Anteil der gewalttätigen Vorfälle geringer. Es gab kaum Propaganda oder Veranstaltungen, die LGBTIQ*-feindlich waren. Es war außerdem auffällig, dass beim Großteil der Vorfälle schwule Männer betroffen waren. Attacken auf Lesben und Transmenschen wurden nur selten gemeldet. Sie machten ungefähr 10 % aller dokumentierten Angriffe aus. Die Hauptquelle für LGBTIQ*-Feindlichkeit waren Erkenntnisse der Berliner Polizei. Die Daten für 2019 weichen von denen der Vorjahre dahingehend ab, dass sich die Gesamtzahl der Vorfälle verdoppelt hat. Zum Anstieg trugen 70 Propagandavorfälle bei – 2016 bis 2018 waren es nur 6 bis 7 pro Jahr. Es handelt sich dabei in vielen Fällen um die Sprüherei „Schwule sterben aus“, die bis auf Reinickendorf und Spandau in allen Berliner Bezirken an exponierten Stellen und häufig großflächig über mehrere Meter angebracht wurde. Auch ein S-Bahnzug, der die Ringbahnstrecke fuhr, war mit dieser Parole besprüht. Ein Anstieg auf niedrigem Niveau ist auch in der Zahl der Sachbeschädigungen zu sehen (2018: 3; 2019: 12). In vielen dieser Fälle wurden das Mahnmal für die im Nationalsozialismus ermordeten Homosexuellen im Tiergarten und Gedenktafeln für die homosexuelle Emanzipationsbewegung in Moabit beschädigt. Während die Zahl der Beleidigungen und Bedrohungen mit ca. 30 auf gleichem Niveau geblieben ist, stiegen Propagandafälle sowie Angriffe 2019 massiv an (2018: 64; 2019: 108). Die dokumentierten Angriffe galten mit steigenden Fallzahlen im Vergleich zu den Vorjahren vornehmlich lesbischen Paaren und Transmenschen. Dieser Anstieg in den Zahlen kann verschiedene Ursachen haben, wie verändertes Anzeigeverhalten der Betroffenen oder die Eröffnung von Kneipen und Bars für trans Personen in den Party-Vierteln der Stadt. So wurden allein in Nord-Neukölln 19 LGBTIQ*-feindliche Angriffe erfasst (2018: 15), in Friedrichshain-Kreuzberg 20 (2018: 13) und in Mitte 29 (2018: 20). Der deutlichste Anstieg der Fallzahlen war in Schöneberg-Nord zu verzeichnen. Dort wurden 16 LGBTIQ*-feindliche Angriffe dokumentiert (2018: 3). Sie richteten sich gegen Kneipengänger*innen, die nachts auf dem Weg nach Hause attackiert wurden und gegen trans Personen, die als Sexarbeiter*innen in Schöneberg-Nord tätig waren. Die Arbeit von Sozialarbeiter*innen des Vereins TransInterQueer e.V. stärkte die Betroffenen darin, Anzeigen bei der Polizei zu erstatten. Die gestiegenen Angriffszahlen zeigen, wie sehr sich der Aufbau vertrauensvoller Beziehungen zu betroffenen Communities auf die Erhellung des Dunkelfelds auswirken kann.

Anstieg rassistischer Angriffe um 28 %

Ungefähr einen Anteil von 40 % machen die rassistischen Vorfälle in der Gesamtzahl der berlinweiten Dokumentation der Registerstellen aus. Dieser Anteil und auch die Gesamtzahl hat sich im Vergleich zu 2018 kaum verändert. Jedoch deuten Verän-

Bezirk	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Charlottenb.-Wilmerisd.	105	182	229	246	280	241
Friedrichshain-Kreuzberg	80	89	134	171	241	267
Lichtenberg	105	234	338	268	209	258
Marzahn-Hellersdorf	84	295	354	187	182	154
Mitte	79	190	283	344	495	645
Neukölln	126	133	265	269	360	204
Pankow	167	242	229	230	234	236
Reinickendorf	-	29	68	107	114	107
Spandau	18	39	50	69	78	95
Steglitz-Zehlendorf	-	-	247	236	220	180
Tempelhof-Schöneberg	35	82	119	100	93	126
Treptow-Köpenick	227	305	360	310	447	324
Berlinweit	-	-	160	264	452	440
Summe	1026	1820	2837	2800	3405	3277

Gesamtzahl der Vorfälle in den Bezirken im Jahresvergleich 2014-2019

derungen in den Arten der Vorfälle darauf hin, dass sich die Bedrohungslage für Menschen, die von Rassismus betroffen sind, noch einmal verschärft hat. Im Bereich Propaganda ist ein Rückgang um 150 Vorfälle (2018: 590; 2019: 440) zu verzeichnen. Da sich die Gesamtzahl der Propaganda innerhalb Berlins nicht stark verändert hat, deutet dies lediglich darauf hin, dass die organisierte Rechte neben Rassismus anderen Themen mehr Aufmerksamkeit schenkte als in den Jahren zuvor. In den Kategorien, die aggressives Handeln abbilden, also Angriffe bzw. Beleidigungen und Bedrohungen, sind Anstiege zu verzeichnen. Die Zahl der Angriffe ist um 28 % gestiegen (2018: 169; 2019: 216), die Zahl der Beleidigungen und Bedrohungen um 19 % (2018: 299; 2019: 356). Unter den rassistischen Gewalttaten sind vor allem die gestiegenen, die sich gegen Menschen muslimischen Glaubens (+18) und gegen Schwarze Menschen (+29) richten. Der Anstieg in diesen beiden Feldern ist teilweise dadurch zu erklären, dass die Kooperationen mit den Beratungsstellen Inssan und EOTO ausgebaut wurden. Beide Beratungsprojekte stellen ihre Arbeit in dieser Ausgabe in eigenen Beiträgen vor. Durch die gezielte Förderung des Monitorings durch das Land Berlin für antiziganistische, antimuslimisch rassistische und Anti-Schwarze Vorfälle, melden sich betroffene Personen in den Beratungsstellen, so dass ihre Erfahrungen zunehmend in der Dokumentation der Register abgebildet werden können. Menschen mit Rassismuserfahrung sind deutlich zurückhaltender als andere Betroffenenengruppen, wenn es darum geht, eine Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Die Gründe dafür sind unterschiedlich. Manche Menschen haben die Erfahrung gemacht, selbst zum Täter erklärt oder nicht ernst genommen zu werden. Andere haben in einem anderen Land Folter durch Polizeibeamte erlebt. Und auch in Deutschland gibt es Fälle, in denen Menschen eine Gewahrsamnahme nicht überleben. Die Kampagne „Death in Custody“ thematisiert seit 2019 solche Fälle. Vor diesem Hintergrund sind unabhängige, communitybasierte Beratungsmöglichkeiten für diese Betroffenen besonders wichtig. Dort haben sie den Schutzraum, den sie brauchen, um ihre Erlebnisse zu schildern, und bekommen Unterstützung bei der Durchsetzung ihrer Rechte. Durch die Kooperation zwischen den Beratungsstellen und den Registern wird das Mosaik des diskriminierenden Berliner Alltags weiter vervollständigt.

Mehr Demonstrationen als im Vorjahr, aber weniger Teilnehmende

Die erfassten Veranstaltungen machen mit 346 Vorfällen (2018: 317) 10 % der Gesamtvorfälle aus. Während rassistische Veranstaltungen weiterhin (2019: 189, 55 %) den Großteil darstellen, sind es antisemitische und den Nationalsozialismus verharmlosende Veranstaltungen, die für den Anstieg sorgen. Ungefähr die Hälfte aller Veranstaltungen (2019: 164; 2018: 142) fanden im Bezirk Mitte statt. Bis auf 50 waren alle Veranstaltungen in diesem Bezirk rassistisch motiviert. In Mitte war zu beobachten, dass sich die Zahl der Veranstaltungen zwar nicht verringert, aber die Zahl der Teilnehmer*innen abgenommen hat. Spektren übergreifende Großdemonstrationen der extremen Rechten fanden wegen ausbleibender Teilnehmer*innen kaum noch statt. Der Großteil dieser Veranstaltungen sind wöchentlich stattfindende Kundgebungen im Regierungsviertel mit einer Hand voll Teilnehmenden.

In den Bezirken stellt sich die Lage lokalspezifisch dar. In den Aktionsgebieten der NPD wurden im Stil von Bürgerwehren sogenannte „Schutzzone“-Streifen durchgeführt, bei denen zwei bis fünf extrem Rechte durch ein Viertel laufen und später behaupten, dadurch Straftaten verhindert zu haben. Zu den Bezirken, in denen solche Streifen häufiger stattfanden, zählten Lichtenberg, Köpenick, Neukölln (Rudow), Pankow und Marzahn.

In Steglitz-Zehlendorf war ein Abgeordneter, der 2017 aus der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus ausgeschlossen wurde, sehr aktiv in der Durchführung von Veranstaltungen. Er nennt sein Bürgerbüro „Staatsreparatur“ und führte im Jahr 2019 mehrere Kundgebungen und andere Veranstaltungsformate durch, die für den Zusammenhalt rechter Akteur*innen auf lokaler Ebene von Bedeutung sind. In Charlottenburg-Wilmersdorf fanden in der „Bibliothek des Konservatismus“ mehrere Veranstaltungen der sogenannten Neuen Rechten statt. Die verschwörungsideologische Gruppe „Blauer Himmel“ traf sich ebenfalls im Bezirk. Außer von der Neuen Rechten und verschwörungsideologisch ausgerichteten Gruppen wurde die City-West auch von anderen antisemitischen Akteur*innen als „Veranstaltungsort“ genutzt.

Mehr Meldungen über Diskriminierung durch Behörden und Institutionen

Menschen, die aufgrund ihrer Behinderung oder ihrer (unterstellten) Herkunft eine nachteilige Behandlung erfuhren, wandten sich an verschiedene Berliner Beratungsstellen, die bei Diskriminierung beraten. Im Jahr 2019 sendeten einige dieser Beratungsstellen Fälle aus ihrer Beratung in anonymisierter Form an die Registerstellen. Es handelte sich dabei um Fälle, in denen soziale oder medizinische Leistungen verweigert wurden, in denen Menschen in der schulischen und beruflichen Ausbildung schlechter behandelt wurden als ihre Mitschüler*innen oder Fälle, in denen Menschen gekündigt wurde, weil sie rassistische Handlungen durch Kolleg*innen oder Vorgesetzte am Arbeitsplatz thematisierten, oder um Kontrollen in öffentlichen Verkehrsmitteln oder Supermärkten, bei denen den betroffenen Personen eine kriminelle Handlung unterstellt wurde. Bisher waren diese Vorfälle in der Kategorie „Sonstiges“ zu finden, weil nur wenige dieser Ereignisse an die Registerstellen gemeldet wurden. 2014 waren in dieser Kategorie beispielsweise nur 15 Vorfälle erfasst. Im Jahr 2018 lag die Zahl bei 75, 2019 dann bei 174 Vorfällen. Dieser nun deutliche Anstieg ist auf die Meldungen aus der Antidiskriminierungsberatung zurückzuführen. 118 dieser „Sonstiges“-Vorfälle hatten einen rassistischen Hintergrund. In 42 Fällen waren Men-

schen mit Behinderung von Diskriminierung betroffen. Wenn Betroffene Kontakt zu einer Beratungsstelle suchen, einen Termin ausmachen und ggf. Sprachbarrieren überwinden müssen und juristische Schritte die Folge sein können, ist der Leidensdruck häufig schon hoch. Betroffene stehen unter dem Druck zu schweigen, denn sie wollen weder ihren Arbeits- oder Ausbildungsplatz noch ihre Wohnung verlieren oder sind auf eine medizinische Behandlung oder soziale Leistung angewiesen. Eine Diskriminierung zu melden und dagegen vorzugehen, verlangt von den Betroffenen Mut und Kraft. Von einem Dunkelfeld ist in diesem Bereich auszugehen. Aufgrund der gestiegenen Vorfallszahlen werden die Berliner Registerstellen eine neue Kategorie für diese Vorfälle einrichten.

Fazit

Die Vorfälle im Jahr 2019 zeigen, dass sich die Bedrohungslage für Menschen, die von Rassismus, Antisemitismus und LGBTIQ*-Feindlichkeit betroffen sind, verschärft hat. Der Trend des Jahres 2018, dass aus Worten Taten werden, setzte sich 2019 fort. Die Anschluss- und Vernetzungsfähigkeit der extremen Rechten scheint für das Jahr 2019 mit Blick auf die Mobilisierungsfähigkeit auf der Straße abgenommen zu haben. Die Gelegenheitstäter*innen, die viel eher als Neonazis für rassistische, LGBTIQ*-feindliche und antisemitische Gewalt sowie Bedrohungen verantwortlich sind, fühlten sich weiterhin durch Diskurse in sozialen Netzwerken und in der Gesellschaft bestärkt. Die bisherige Höchstzahl von 390 Angriffen in nur einem Jahr, die weiterhin hohe Zahl an Bedrohungen und Beleidigungen im Offline-Bereich und der Anstieg von Sachbeschädigungen sind deutliche Zeichen dafür. Glücklicherweise ist Berlin nicht, wie Halle oder Hanau, von einem rechtsterroristischen Anschlag betroffen gewesen. Die Voraussetzungen für solche Anschläge sind jedoch auch in Berlin durchaus vorhanden. D.h., es gibt Akteur*innen der extremen Rechten, die als Einzelpersonen oder in Gruppen agieren und bei denen Antisemitismus und Rassismus ideologisch miteinander verbunden sind. Wenn auch in geringer Zahl zeigen z.B. Flugblätter und selbst gebastelte Aufkleber der extrem rechten US-Amerikanischen „Atomwaffendivision“ sowie die Morddrohungen des „Staatsstreicherorchesters“, dass es Sympathisant*innen rechtsterroristischer Taten in der Stadt gibt. Die immer noch präsente Anschlagsserie in Neukölln ist auch in diesem Kontext zu sehen. Ausschluss- und Vernichtungsfantasien sind 2019 noch stärker präsent und lösen bei einer Vielzahl von Menschen Angst in ihrem Alltag aus.

Die Zahl von 3277 Vorfällen, ihre Verteilung über die Bezirke und die jeweiligen Tatorte zeigen, dass Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, NS-Verharmlosung und Sozialdarwinismus nicht am Rand der Stadt oder am Rand der Gesellschaft stattfinden, sondern in der geografischen sowie gesellschaftlichen Mitte, dort, wo sich Menschen bewegen und miteinander agieren: Im öffentlichen Nahverkehr, im Supermarkt, in der Schule, am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, im Jobcenter, im Wohnhaus oder auf dem Spielplatz. Die Dokumentationen der Berliner Register zeigen an vielen Beispielen, wie sich Einstellungen in Handlungen äußern. Bevor es zu tödlicher Gewalt kommt, gilt es den Täter*innen klar zu machen, dass es eine Mehrheit gibt, die ihr Verhalten nicht unterstützt und die an der Seite der Betroffenen steht. Die Daten der Berliner Registerstellen bieten eine Grundlage, um lokal und überregional reaktiv und präventiv vorzugehen und gemeinsame Gegenstrategien zu entwickeln.

Projektvorstellung

EACH ONE Antidiskriminierung



EACH ONE Beratung bietet Erst- und Verweisberatung für Schwarze, afrikanische und afrodiasporische Menschen in Berlin in allen Fällen von Diskriminierung an. Je nach Fall werden Ratsuchende über rechtliche Fragen und geeignete Beratungsangebote informiert und ggf. weitervermittelt. EACH ONE ist in Berlin und bundesweit mit Antidiskriminierungs- und Opferberatungsstellen, Rechtsanwält*innen, Psycholog*innen etc. gut vernetzt.

In der **sozialen Jugendberatung** finden junge Menschen punktuelle sowie begleitende Unterstützung. Dabei geht EACH ONE auf dem Lebensweg der Menschen mit und holt sie dort ab, wo sie stehen – mit all den Fragen und Problemen, die in diesem Moment für sie relevant sind.

EACH ONE Monitoring macht Anti-Schwarzen Rassismus in Berlin sichtbar. So wollen wir Wege finden, wie wir ihm als Community und als Gesellschaft entgegenwirken können. Betroffene oder Zeug*innen können Fälle von Anti-Schwarzen Rassismus bei uns melden. Diese Vorfälle dokumentieren wir und fassen sie in einem jährlichen Bericht zusammen.

Neben Beratung und Monitoring ist EACH ONE ferner ein **intersektionales Archiv**. In ihm sammeln wir Wissen über Anti-Schwar-

zen Rassismus, was uns dabei hilft, Strategien gegen Diskriminierung und Rassismus zu entwickeln. Das Erfahrungswissen Schwarzer Menschen, das durch das Monitoring Anti-Schwarzen Rassismus sichtbar gemacht wird, ist hier zentral.

Ziele des Projekts:

Eines der Hauptziele von EACH ONE Antidiskriminierung besteht in der Erhöhung des Wissens über Rassismus und Diskriminierungen Schwarzer, afrodiasporischer Menschen und Menschen afrikanischer Herkunft, indem das Projekt Rassismus und Diskriminierung dokumentiert und dahingehendes Wissen archiviert, womit ein Transfer zu Politik, Verwaltung und Wissenschaft hergestellt wird.

Die Antidiskriminierungsberatung, die Einbringung der Betroffenenperspektive sowie die Dokumentation von Diskriminierung, Hate Speech und rassistischer Gewalt sollen dazu beitragen, dass sich Menschen afrikanischer Herkunft ihrer Rechte bewusster werden und selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilhaben können ohne bzw. mit weniger Sorge vor Ausschluss und Diskriminierung.

Bedeutung des Projekts:

Es hat sich klar erwiesen, dass der Bedarf an einer professionellen Beratungsstelle von und mit Menschen, die täglich ähnliche

oder dieselben Erfahrungen machen, enorm groß ist. Dies stärkt nicht nur die individuellen Ratsuchenden sondern Schwarze Menschen als Kollektiv, da sich durch unsere Beratungsstelle der Handlungsrahmen für den Widerstand gegen rassistische Diskriminierung und Ausschlussprozesse signifikant erweitert hat. Darüber hinaus bedient EACH ONE Antidiskriminierung den großen Bedarf an einer systematischen Dokumentation und Sichtbarmachung der verschiedenen Dimensionen des Anti-Schwarzen Rassismus und seiner Intersektionen mit anderen Diskriminierungsmerkmalen. Dies bildet Menschen afrikanischer Herkunft. Durch den Monitoringbericht besteht zum einen die Chance, dass anti-Schwarzer Rassismus in den Kanon des Verwaltungs- und Behördenwissens aufgenommen wird. Zum anderen hat das Monitoring Community-Relevanz, denn es geht in erster Linie darum sich zu vernetzen, Community-Perspektiven und Community-Wissen zu sammeln und diese sichtbarer sowie politisch relevanter zu machen.

Kontakt:

Each One Teach One (EOTO) e.V.
Müllerstraße 56-58
13 349 Berlin

Tel.: 030 - 983 24 177

Mail: eachone@eoto-archiv.de

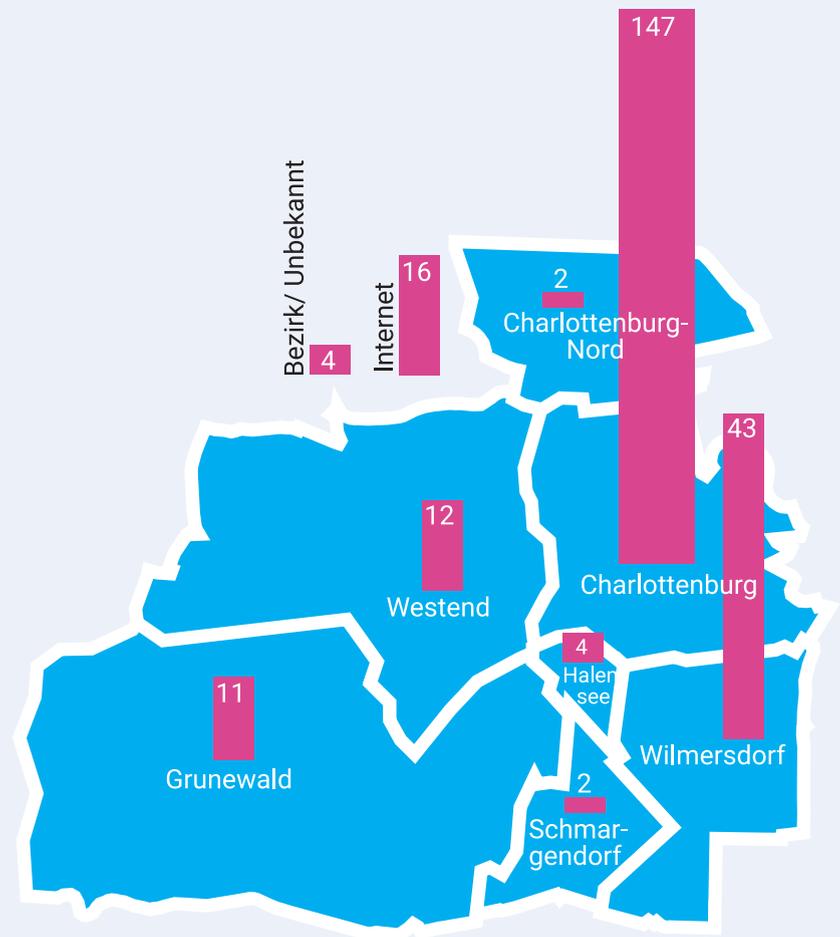
Web: eoto-archiv.de/antidiskriminierungsberatung





Charlottenburg-Wilmersdorf

Charlottenburg-Wilmersdorf ist ein Bezirk mit über 340.000 Bewohner*innen. Hier befinden sich die City West, die Gegend um den Kurfürstendamm, die neben der historischen Mitte eine Zentrumsfunktion in Berlin einnimmt, zentrale Verkehrsknotenpunkte und touristische Attraktionen. Verschiedene Großveranstaltungen finden hier statt. Dies wirkt sich auf die im Bezirk dokumentierten Vorfälle aus und erklärt u.a., warum in den Stadtteilen Charlottenburg und Wilmersdorf viele Vorfälle gezählt wurden.



NPD-Aufkleber in der Brandenburgischen Straße

Rassistischer Schriftzug in der Bismarckstraße



Kontakt:
**Register Charlottenburg-
Wilmersdorf**
Sozialistische Jugend - Die Falken
LV Berlin
Schlossstr. 19
14059 Berlin

Tel.: 0178 - 91 85 89 6
Mail: cw@berliner-register.de
Twitter: @RegisterCW

Charlottenburg-Wilmersdorf – Veranstaltungsort der Neuen Rechten

In Charlottenburg-Wilmersdorf wurden im Jahr 2019 insgesamt 241 rechte und diskriminierende Vorfälle dokumentiert (2018: 280), damit steht der Bezirk im berlinweiten Vergleich an 5. Stelle. Der Rückgang der Gesamtzahl ist größtenteils auf weniger Propagandavorfälle im Ortsteil Grunewald zurückzuführen.

Konkret ereignete sich in Charlottenburg-Wilmersdorf alle ein bis zwei Tage, zu jeder Tages- und Nachtzeit, auf der Straße und im öffentlichen Nahverkehr, ein Vorfall.

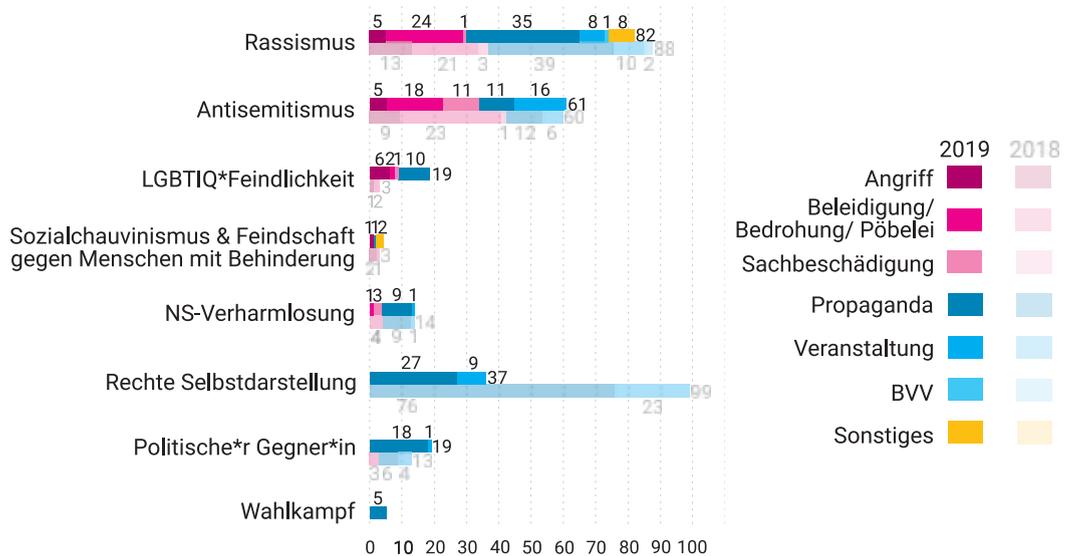
Die häufigste Vorfallsart war Propaganda (2019: 116; 2018: 142), gefolgt von Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2019: 46; 2018: 63) und Veranstaltungen (2019: 35; 2018: 44). Es wurden weniger Angriffe als im Vorjahr (2019: 17; 2018: 25) erfasst, die meisten Angriffe fanden aus LGBTIQ*-feindlicher

Motivation statt (6). Mehr als jeder zweite Vorfall war rassistisch oder antisemitisch motiviert. Dritthäufigstes Motiv war die rechte Selbstdarstellung (42). Es haben regelmäßige Veranstaltungen der Neuen Rechten und antisemitische Veranstaltungen wie der Al-Quds-Marsch stattgefunden.

Akteur*innen und Veranstaltungen

Insgesamt fanden 35 rechte Veranstaltungen, davon 31 im Ortsteil Charlottenburg, statt (2018: 44). Es sind weiterhin die gleichen Akteur*innen im Bezirk aktiv, wie z.B. die Gruppe „Blauer Himmel Berlin“, die „Bibliothek des Konservatismus“, die antisemitische Kampagne „Boycott, Divestement and Sanctions“ (BDS) oder der „Volkslehrer“. Am 1. Juni 2019 fand der alljährliche

Al-Quds-Marsch auf dem Kurfürstendamm statt. Dieser gilt deutschlandweit als größter antisemitischer Aufmarsch. Auf dem Marsch versammeln sich Akteure verschiedener Spektren, was die Überschneidung von Antisemitismus, extrem rechter Ideologie, und Verschwörungsideologie deutlich macht. Jedes Jahr rufen antifaschistische Gruppen und Bündnisse zu Gegenkundgebungen auf, um gemeinsam ein Zeichen gegen jede Art von Antisemitismus zu setzen.



Am Kurfürstendamm ließ sich die „Schwangerenberatungsstelle“ „ProFemina“ nieder. Diese steht in der Kritik, Schwangere bewusst zu täuschen und Beratungsprozesse so lange zu verzögern, bis kein Abbruch mehr vorgenommen werden kann. Sie kann dem Spektrum der Lebensschutzorganisationen zugeordnet werden.

Die antisemitische Gruppe BDS hat auch 2019 Stör- und Protestaktionen auf dem Messegelände in Westend im Zuge der Fruit Logistica und der Tourismusmesse durchgeführt. Dabei wird zum Boykott von landwirtschaftlichen Produkten israelischer Exporteure aufgerufen und Israel als Apartheitsstaat betitelt. Zudem führte der BDS zwei Störaktionen auf einem Straßenfest und im Rahmen einer Filmvorführung des

deutsch- israelischen Film- und Fernsehfestivals „Secret International“ durch. Der sogenannte „Volkslehrer“ veranstaltete zwei extrem rechte Veranstaltungen am Breitscheidplatz, auf welchen Reden mit teilweise geschichtsrevisionsistischen Aussagen gehalten wurden.

In der „Bibliothek des Konservatismus“ (BdK) wurden 15 neurechte und rechtspopulistische Veranstaltungen dokumentiert. Die Bibliothek gilt als zentraler Vernetzungs-

ort der Neuen Rechten mit bundesweiter Strahlkraft und verfügt über einen Buchbestand bestehend aus konservativer bis extrem rechter Literatur. Das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (Apabiz) bezeichnet den Begriff „Konservatismus“ in diesem Zusammenhang als strategische Augenwischerei.

Motive: Rassismus größte Kategorie, LGBTIQ*-Feindlichkeit angestiegen

Rassistisch motivierte Vorfälle sind weiter auf einem hohen Niveau (2019: 82; 2018: 88). Die häufigste Vorgehensweise in diesem Kontext war Propaganda, rassistisch motivierte Beleidigungen und Bedrohungen sind leicht angestiegen (2019: 24; 2018: 21). Die Zahl der antisemitisch motivierten Vorfälle

Beispielvorfälle

14. Mai 2019

Eine unbekannte Frau verwehrte einer 38-jährigen Frau und ihrem Kind in der Wilmersdorfer Straße in Charlottenburg den Zugang zu einem Fahrstuhl. Die 38-Jährige wurde aus Anti-Schwarzer rassistischer Motivation beleidigt, mit heißem Kaffee begossen und an den Haaren gezogen.
Quelle: ReachOut Berlin

28. August 2019

Auf dem U-Bahnhof Kurfürstendamm wurde gegen ca. 15 Uhr auf der Ebene der U1 einer Familie mit Kleinkindern aus antiziganistischer Motivation des Betreibers der Zugang zu einem Kiosk verweigert. Weder Personen aus der Familie noch die Dolmetscherin durften den Laden betreten, um Wasser zu kaufen.
Quelle: Berliner Register

6. März 2019

In der Umlandstraße / Lietzenburger Straße in Wilmersdorf wurde an einem Briefkasten ein antimuslimischer Aufkleber mit der Aufschrift „Stoppt die Islamisierung“ entdeckt und teilweise entfernt. Im neurechten Diskurs wird häufig behauptet, die „westlichen Werte“ gegen den Islam verteidigen zu müssen. Diese völkisch-rassistische Argumentation ist von dem Konzept des „Ethnopluralismus“ geprägt.
Quelle: Register CW

ist berlinweit deutlich zurückgegangen, in Charlottenburg-Wilmersdorf jedoch konstant auf dem Niveau des Vorjahres geblieben (2019: 61; 2018: 60). Dabei ist insbesondere die Zahl antisemitisch motivierter Sachbeschädigungen angestiegen (2019: 11; 2018: 1). Eine erhebliche Zunahme wurde bei den LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen dokumentiert (2019: 19; 2018: 3). Ebenfalls 19 Vorfälle richteten sich gegen die politischen Gegner*innen. In 14 Fällen wurde der Nationalsozialismus verharmlost oder verherrlicht. Dazu zählten beispielsweise Hakenkreuzschmierereien, wie die auf dem Gipfelstein des Havelberges, welche trotz wiederholter Aufforderung nicht entfernt worden sein sollen. Die Gedenkstätte „Gleis 17“ in Grunewald wurde mit Steinen beworfen und beschädigt. Das Motiv Rechte Selbstdarstellung wurde in diesem Jahr seltener dokumentiert (42). Drei Vorfälle waren sozialchauvinistisch motiviert. So wurde beispielsweise eine Frau angegriffen und an den Haaren aus der Bahn gezogen, außerdem wurden Schmierereien gegen wohnungslose Menschen gemeldet. Im Zuge des Europawahlkampfes wurden 5 Vorfälle dokumentiert, und 1 Vorfall richtete sich gegen Menschen mit Behinderung.

Vorfallsarten

Fast die Hälfte aller dokumentierten Vorfälle war Propaganda (116) und damit die häufigste Art der Vorfälle. Diese Zahl zeigt, dass die organisierte extreme Rechte, zu der auch die Neue Rechte gehört, im Bezirk aktiv ist. 35 dieser Vorfälle waren rassistisch motiviert, 32 dienten der rechten Selbstdarstellung. Inhaltlich wurde gegen geflüchtete Menschen, Muslim*innen und Migration gehetzt, Bedrohungsszenarien wurden beschworen und soziale Konflikte rassistisch aufgeladen. Im Vergleich zu den Vorjahren wurde mehr LGBTIQ*-feindliche Propaganda dokumentiert (2019: 10; 2018: 0). Selbst geschriebene Aufkleber mit der Aufschrift „schwul=krank“ wurden wiederholt am S-Bhf. Westend entdeckt. Die Propaganda gegen die politische*n Gegner*innen hat sich verdreifacht (2019: 18). Dazu zählten Aufkleber, Plakate und Schmierereien u.a. der „Identitären Bewegung“, des „III. Wegs“ oder Material von extrem rechten Versandhandeln.

Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien ereigneten sich mit 45 Vorfällen am zweithäufigsten (2018: 63). Der Rückgang in dieser Kategorie ist auf weniger Online-Vorfälle zurückzuführen. Die Zahl der Bedrohungen und Beleidigungen auf der Straße blieb gleich. Hier war Rassismus (24) das häufigste Motiv (2018: 21), 3 Vorfälle richteten sich direkt gegen Schwarze Menschen, 8 waren antimuslimisch und 4 antiziganistisch motiviert. Zweithäufigstes Motiv der Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien war Antisemitismus (18) und jeweils 2 Vorfälle dienten der NS-Verharmlosung bzw. waren LGBTIQ*-feindlich motiviert. Vier antisemitische Beleidigungen und Bedrohungen fanden im Kontext des Al-Quds-Marsches statt. Bei zwei Fußballspielen im Olympiastadion wurden der Schiedsrichter oder Fans antisemitisch und bei einem weiteren Spiel rassistisch beleidigt.

Im Vergleich zum Vorjahr wurden mehr Sachbeschädigungen dokumentiert (2019: 16; 2018: 4). Elf der insgesamt 16 Sachbeschädigungen waren antisemitisch, 3 NS-verharmlosend bzw. verherrlichend motiviert. Es wurden antisemitische Schriften in Autos gekratzt sowie auf Marktständen, an Hauswänden und an privaten Wohnhäusern angebracht. Dazu zählen Schriftzüge wie „Fuck Israel“ und „Juden sind Kindermörder“. Mitte Dezember wurde medial über die Beschädigung der Gedenkstätte zur Erinnerung an die Ermordeten der NS-Militärjustiz am Murellenberg in Westend berichtet. Die Infotafeln an den Denkmälern wurden fast vollständig abgerissen, zerkratzt und teilweise mit Hakenkreuzen beschmiert. Die Zahl der dokumentierten Angriffe ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken (2019: 17; 2018: 25). LGBTIQ*-feindliche Angriffe stiegen jedoch an (2019: 6; 2018: 1). Dabei wurden Personen mit Gegenständen beworfen, körperlich angegriffen und im Rahmen des Christopher Street Day mit Eiern beworfen. In 3 Fällen waren Kinder und Jugendliche betroffen. Die meisten Angriffe fanden auf offener Straße statt.

Ortsteile: Schwerpunkt Charlottenburg

Im Ortsteil Charlottenburg ereigneten sich insgesamt 147 Vorfälle, dies ist mehr als die Hälfte aller dokumentierten Vorfälle im Bezirk und stellt einen Anstieg im Vergleich

zum Vorjahr (2018: 108) dar. Der Anstieg ist zurückzuführen auf die Zahl der Propaganda-Vorfälle, die sich in Charlottenburg fast verdoppelt hat (2019: 51; 2018: 27). Die Anzahl der Beleidigungen und Bedrohungen (2019: 36; 2018: 26) und der Sachbeschädigungen (2019: 9; 2018: 2) sind ebenfalls angestiegen. Einen Rückgang gab es bei den Veranstaltungen (2019: 31; 2018: 38) und den Angriffen (2019: 10; 2018: 13). Die Menge der Vorfälle steht im Zusammenhang mit den Veranstaltungen unterschiedlicher extrem rechter Akteur*innen und den belebten Orten wie der TU-Berlin und dem Bahnhof Zoo. Im Ortsteil Wilmersdorf ereigneten sich 41 Vorfälle. Dort wurden Hakenkreuze, SS-Runen und „Nazi-Kiez“ in Form von Schmierereien entdeckt. Zudem wurden dort 6 Angriffe verübt.

Im Internet wurde vorrangig rechte und rassistische Hetze der NPD und AfD Charlottenburg-Wilmersdorf dokumentiert (2019: 16). Das Jahr 2019 erscheint aus Registerperspektive im Rückblick durchschnittlich. Die Aktivitäten der extremen Rechten finden auf lokaler Ebene wenig Beachtung und Gegenwehr und verfestigen sich dadurch zunehmend.



Die ausführlichere Auswertung können Sie im Registerbericht 2019 aus Charlottenburg-Wilmersdorf nachlesen. Dieser kann sowohl online als pdf eingesehen, als auch kostenlos als Print-Ausgabe bestellt werden.

Siehe dazu: <https://www.berliner-register.de/charlottenburg-wilmersdorf> oder per Mail an: cw@berliner-register.de

25. Februar 2019

Das Mahnmal für die Opfer des „Generalplans Ost“ am „ehemaligen Standort des zuständigen Reichskommissariats für die Festigung des deutschen Volkstums“ auf dem Kurfürstendamm in Charlottenburg wurde beschädigt.

Die Glasoberfläche der Säule wurde eingeschlagen.

Quelle: RIAS Berlin

6. Juli 2019

Gegen 3:20 Uhr wurde vor einem Club in der Joachimsthaler Straße in Charlotten-

burg eine 28-jährige Person von einem 21-jährigen Mann LGBTIQ*-feindlich beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Die Person erlitt eine Verletzung im Gesicht und wurde ambulant in einem Krankenhaus behandelt.

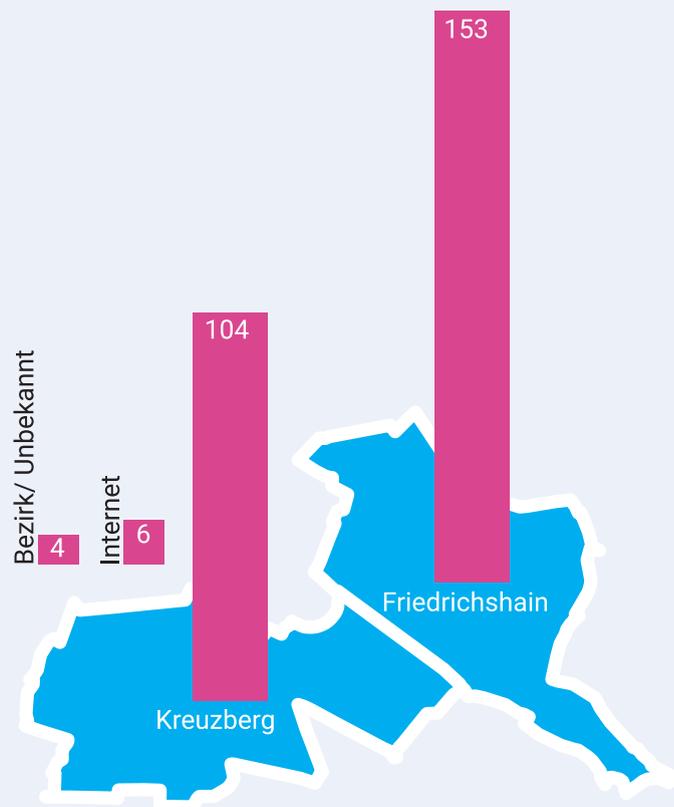
Quelle: Polizeimeldung

Friedrichshain-Kreuzberg

Der Innenstadtbezirk ist der kleinste und am dichtesten besiedelte Berliner Bezirk. Hier wohnen über 290.000 Menschen aus mehr als 150 Nationen.

Die Oberbaumbrücke verbindet die beiden Stadtteile Friedrichshain und Kreuzberg miteinander.

Der Bezirk ist touristisch stark frequentiert, bedingt durch die hohe Anzahl an Übernachtungsmöglichkeiten, Clubs und Bars, besonders im Ortsteil Friedrichshain. Wo viele Menschen unterwegs sind, passieren auch mehr Vorfälle. So wundert es nicht, dass zunehmend Vorfälle im ÖPNV und aus dessen Umfeld gemeldet werden. Überwiegend finden Vorfälle an den Umsteigebahnhöfen der S- und U-Bahn statt.



Homophober Schriftzug am Ostkreuz



Rassistischer Aufkleber gegen Schwarze Menschen in der Manteuffelstraße



Kontakt:

Register Friedrichshain-Kreuzberg

UBI KLiZ e. V.

Kreutzigerstr. 23

10247 Berlin

Tel.: 030 - 74 07 88 31

0157 - 77 36 99 42

Mail: fk@berliner-register.de

Web: www.register-friedrichshain.de

Twitter: twitter.com/regfhainkberg

Veränderungen zum Vorjahr

Mit 267 Vorfällen (2018: 241) wurde in Friedrichshain-Kreuzberg ein Zuwachs von 26 Vorfällen im Vergleich zum Vorjahr registriert. Die Zunahme ist in den Kategorien Angriffe mit 54 (+13), Propaganda mit 115 Vorfällen (+10) und bei Sonstige 19 (+8) zu sehen. Unter den Sonstigen Fällen sind 14 Diskriminierungen durch Behörden erfasst. Die häufigsten Vorfalldmotive aller Meldungen sind Rassismus (124), Antisemitismus (41), LGBTQIQ*-Feindlichkeit (38) und Vorfälle gegen politische Gegner*innen (30).

Zivilcourage bei Bedrohungen und Angriffen

Bei den Angriffen sind LGBTQIQ*-feindlich motivierte von 13 im Vorjahr auf 20 angestiegen. Dies ist auch in anderen Innenstadtbezirken der Fall: In Neukölln gab es einen Anstieg LGBTQIQ*-feindlicher Angriffe von 15 auf 21, in Tempelhof-Schöneberg von 3 auf 17 und in Mitte von 20 auf 29.

Es wurden insgesamt 50 Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien gemeldet (2018: 48). Die häufigsten Motive in dieser Kategorie sind Rassismus (2018: 17; 2019: 29) und Antisemitismus (2018: 7; 2019: 13). Im Ge-

gensatz zu anderen Bezirken ist diese Zahl vergleichsweise hoch. Das liegt an einem hohen Potenzial an sensibilisierten und engagierten Personen, die ihre Beobachtungen dem Register melden.

In 10 Fällen von Angriffen, Beleidigungen und Bedrohungen sind Passant*innen eingeschritten. Es kann davon ausgegangen werden, dass durch das zivilcouragierte Eingreifen Schlimmeres verhindert werden konnte, so wurde z. B. aus einer Bedrohung kein Angriff. In 5 Fällen jedoch wurden die Helfer*innen selbst zum Opfer. In 1 Fall kam es zu einer Bedrohung und in 4 weiteren Fällen blieb es bei Beschimpfungen durch die Täter*innen.

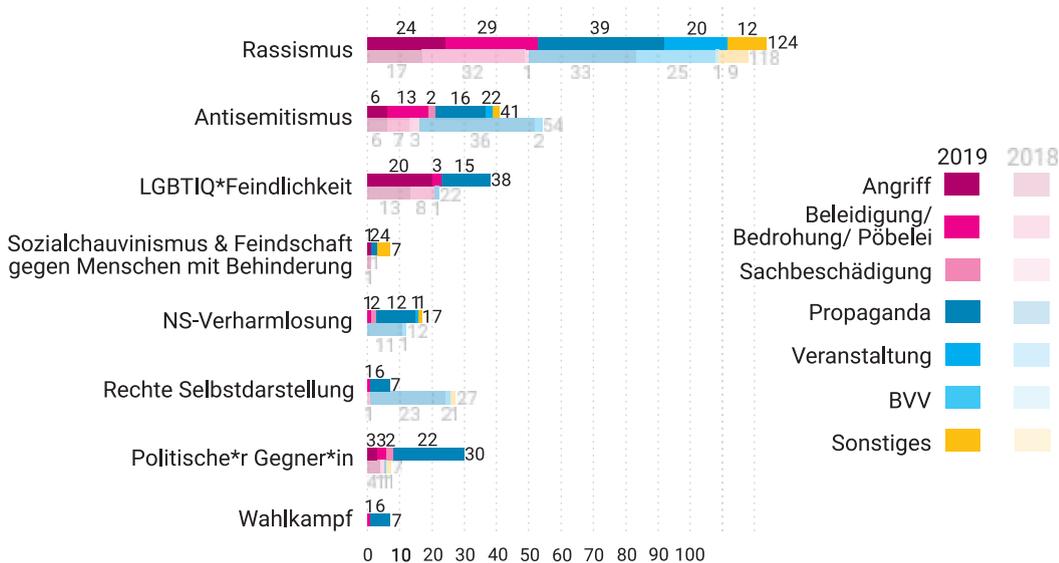
Räumliche Verteilung

Von den insgesamt 267 Vorfällen wurden in Friedrichshain 153 und in Kreuzberg 105 verzeichnet, sowie 3 bezirksweit und 6 Vorfälle im Internet. Insgesamt 82 Vorfälle ereigneten sich in S- und U-Bahnen, auf Bahnhöfen oder in deren unmittelbarer Nähe (2018: 33). Weiterhin waren Umsteigebahnhöfe wie Ostkreuz, Ostbahnhof, Kottbusser Tor oder Hallesches Tor besonders betroffen.

Rechte Akteure provozieren in linken Kiezen

Rassistische, LGBTQIQ*-feindliche und gegen die politischen Gegner*innen gerichtete Propaganda wurde häufiger dokumentiert als im Vorjahr (2018: 35; 2019: 76). Einen Rückgang gab es bei antisemitischer Propaganda (gesunken von 36 auf 16).

Was das Themenfeld Propaganda betrifft, konnte seit August 2019 eine Häufung im Gebiet zwischen dem Ostkreuz, der Warschauer Straße und der Boxhagener Straße festgestellt werden. Hier wurden zum Teil mehrmals täglich teilweise hunderte Sticker geklebt, die überwiegend rassistisch motiviert waren und sich gegen die politischen Gegner*innen (Parteien, Flüchtlingshelfer*innen etc.) richteten. Diese Aufkleber-Serien wurden partiell als ein Vorfall pro Woche zusammengefasst. Auch Hakenkreuzschmierereien haben hier zugenommen, und es gab eine Brandstiftung an einem Wohnhaus, der ein Drohbrief rechter Gesinnung vorausging. Ob die zunehmend rechte Propaganda im Gebiet ursächlich mit der Brandstiftung in Zusammenhang stehen könnte, ist noch unklar.



Beispielvorfälle

7. April 2019

Ein Mann berichtete, dass nach einem Fußballspiel, an dem er selbst als Spieler teilgenommen hatte, der Schiedsrichter auf der Berichtsseite des BFV/DFB einen rassistischen Kommentar gegen die Spieler verfasst hat. Quelle: Bürger*innenmeldung

10. Mai 2019

In der Karl-Marx-Allee auf Höhe Weberwiese wurde ein schwulenfeindliches Graffiti gemeldet. Es ist der gleiche

Spruch „Schwule sterben aus“, der an anderen Orten in Friedrichshain gesehen wurde und auch in den Bezirken Mitte und Pankow an verschiedenen Orten angebracht wurde. Quelle: Register Friedrichshain-Kreuzberg

19. Juni 2019

In der Mittelebene des U-Bhf. Frankfurter Allee wurde in die Glaswand des Fahrstuhls ein Hakenkreuz geritzt. Update: Nachdem die BVG informiert wurde, wurde das Hakenkreuz umgehend mit einem

gelben BVG-Herz überklebt. Quelle: Bürger*innenmeldung

8. Juli 2019

Neben der Wohnung einer jüdischen Familie wurde ein Hakenkreuz geschmiert. Es ist im Haus bekannt, dass die Bewohner*innen jüdisch sind. Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

28. Juli 2019

Ein 28-jähriger Mann wurde gegen 9:45

Nicht nur in Friedrichshain, auch in anderen Bezirken tauchen vermehrt rechte Aufkleber eines Online-Handels auf, die massenhaft verklebt wurden. Inhaltlich richteten sie sich überwiegend gegen die politischen Gegner*innen und/oder waren rassistisch motiviert.

Diese Aufkleber werden kostengünstig über den rechten Onlinehandel „Politaufkleber“ des extrem rechten Aktivisten Sven Liebich aus Halle vertrieben. Wer will, kann auch spenden, damit andere kostenlos Aufkleber verkleben können. Der Versand selbst spricht eher Käufer*innen mit fehlender Organisationsanbindung an, da organisierte Neonazis in erster Linie Material der eigenen Partei oder Gruppierung verkleben. Zudem decken die „Politaufkleber“ eine breite, extrem rechte Themenpalette ab. Neben rassistischen Motiven, die sich insbesondere gegen Schwarze Menschen richten, finden sich Aufkleber gegen politische Gegner*innen (Parteien und Antifaschist*innen) und geschichtsrevisio-nistische Provokationen, wie „Anne Frank wäre heute bei der AfD“. Es werden nicht nur Aufkleber vertrieben, sondern auch T-Shirts z. B. mit dem Logo der „Identitären Bewegung“. Ein Blick auf die Person Sven Liebich offenbart, dass er bereits vor ca. 20 Jahren in extrem rechte Gruppierungen eingebunden war.

Als provokative Aktion meldete „Pegida München“ am 4. und 5.10. Video-Kundgebungen im Görlitzer Park in Kreuzberg und auf dem Schleidenplatz in Friedrichshain an. Die Anmeldungen erfolgten über einen Zeitraum von zwei Tagen über mehrere Stunden. Auf der Kreuzberger Kundgebung waren lediglich fünf Personen anwesend, die ein rassistisches Transparent an einem Gerüst anbrachten. Das Transparent stigmatisierte alle nicht „deutsch“ gelesenen Menschen als Gewalttäter*innen. Sie zeigten in

einer sich stetig wiederholenden Schleife Propaganda-Filme. Die Polizei sperrte in beiden Fällen das Gebiet weiträumig ab. In Friedrichshain reduzierten sich die fünf Personen nach dem Aufbau der Veranstaltung auf zwei Personen. Eine der beiden wurde, nachdem sie „Sieg Heil“ rief, von der Polizei vorläufig festgenommen. Die Kundgebungen hatten das Ziel, linke, politisch engagierte Menschen und von Rassismus Betroffene zu gewalttätigen Protestaktionen zu provozieren, um sich im Anschluss als Opfer einer diversen Gesellschaft zu inszenieren. Das ist ihnen nicht gelungen.

Zusammenfassung und Ausblick

Die zunehmende Propaganda im Bezirk stellt insofern eine Herausforderung dar, da sich sympathisierende Anwohner*innen in ihrer politischen Einstellung gestärkt fühlen. Zudem kann extrem rechte und rassistische Propaganda die Hemmschwelle senken, aktiv zu werden. Gedanken können sich in Pöbeleien und Bedrohungen artikulieren. Zunehmend im Fokus sind Gebiete, die in den Vorjahren weitestgehend verschont blieben. Auffällig ist das Gebiet um das Kottbusser Tor und zwischen Ostkreuz und Warschauer Straße. Täglich erneuerte rassistische und extrem rechte Parolen im öffentlichen Raum können Straßenzüge oder ganze Kieze prägen. Damit keine schleichende Veränderung eintritt, ist ein konsequentes Vorgehen der lokalen Zivilgesellschaft erforderlich. So finden z. B. im Gebiet zwischen Ostkreuz und Warschauer Straße fast täglich Putzspaziergänge von Anwohner*innen statt.

Als in den Vorjahren ein erhöhter Anstieg an LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen verzeichnet wurde, beschäftigten sich BVV-Vertreter*innen mit dem Problem. So rieten u. a. Clubs ihren Besucher*innen, nachts nicht allein nach Hause zu fahren. In der Folge wurde ein Rückgang an Angriffen und Bedrohungen festgestellt. Im Jahr 2019 haben diese Fälle wieder leicht zugenommen.

Mit Sorge betrachtet das Register auch die Vorfalls-Entwicklung im ÖPNV oder in dessen Nähe. Seit Jahren ist ein Anstieg zu verzeichnen. Betraf dies im Jahr 2018 noch 14 % aller gemeldeten Vorfälle, waren es im Jahr 2019 bereits 31 %, darunter 27 Mal Propaganda, 22 Angriffe und 19 Veranstaltungen. Diese Entwicklung muss in den folgenden Jahren genauer beobachtet und analysiert werden, um an den Ursachen ansetzen zu können.

Uhr in seiner Wohnung in der Jungstraße von zwei 22-jährigen Männern aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation beleidigt, misshandelt und mit einem Messer bedroht.

Quelle: ReachOut Berlin

8. September 2019

In dem Gebiet zwischen Bahntrasse, Ostkreuz, Grünberger Straße und Warschauer Straße wurden in der letzten Woche mehrere hundert rechte Aufkleber entdeckt und entfernt. Vertrieben werden die Aufkleber von einem rechten Online-Portal aus Halle.

Überwiegend richteten sich die Inhalte gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten (Parteien, Linke, Fridays for Future etc.), auch Rassismus in verschiedenen Formen war vorhanden.

Quelle: Bürger*innenmeldung

27. November 2019

In der Oppelner Straße wurde ein Aufkleber mit dem Schriftzug „Seenotrettung ist kein Verbrechen“ an einer Stelle übersprüht, so dass aus „kein“ „ein“ wurde.

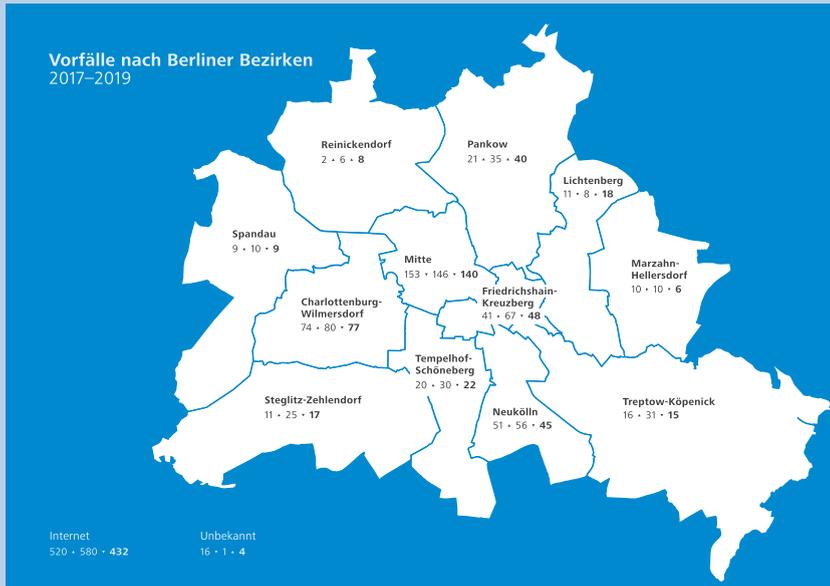
Quelle: Bürger*innenmeldung

25. Dezember 2019

Gegen 23:30 Uhr wurde in der S8 Richtung Grünau eine Frau von zwei Männern und einer Frau mehrfach rassistisch beleidigt. Zwei Zeug*innen schritten gegen die Äußerungen ein, worauf die augenscheinlichen Neonazis mit der Androhung von körperlicher Gewalt reagierten. Die Betroffene berichtete den Zeug*innen gegenüber später, dass die Pöbeleien gegen sie bereits auf dem Bahnsteig Landsberger Allee begonnen hatten.

Quelle: Bürger*innenmeldung

Antisemitische Vorfälle 2019: Ein Überblick von RIAS Berlin



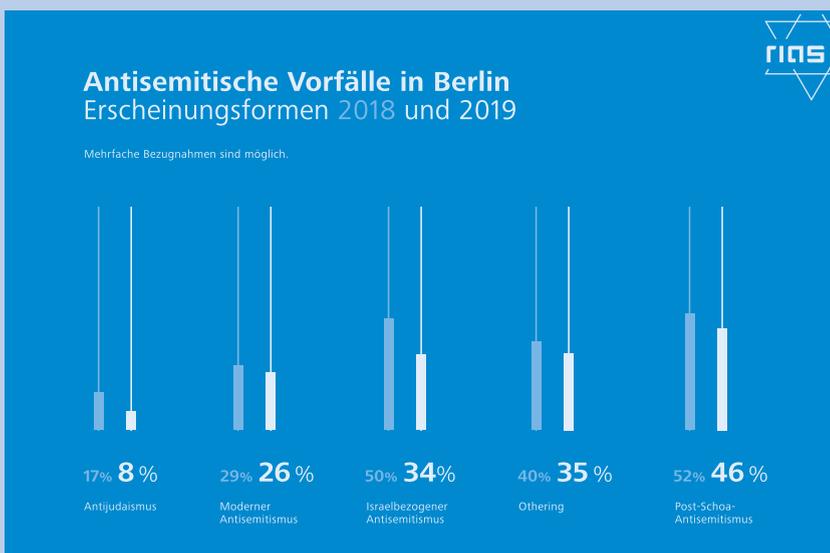
Seit ihrer Gründung 2015 kooperiert die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) Berlin eng mit den Berliner Registern. Zwischen RIAS Berlin und den Berliner Registern findet ein regelmäßiger Abgleich der bekannt gewordenen Vorfälle statt, so dass in den jeweiligen Statistiken alle zivilgesellschaftlich bekannt geworden Vorfälle gezählt werden und Dopplungen ausgeschlossen sind. Seit 2016 verwendet RIAS Berlin ein von den Berliner Registern leicht abweichendes Erfassungs- und Kategoriensystem, welches einen Fokus auf die Spezifika antisemitischer Erscheinungsformen und die Wahrnehmungen der jüdischen Communities legt. Die Unterschiede zwischen den Erfassungsweisen werden im Kasten erläutert.

RIAS Berlin erfasste 2019 insgesamt 881 antisemitische Vorfälle. Hierunter waren 33 Angriffe, 38 gezielte Sachbeschädigungen, 59 Bedrohungen, 648 Fälle verletzenden Verhaltens (darunter 54 Versammlungen) und 103 antisemitische Massenzuschriften. Im Vergleich zum Jahr 2018, in dem es zu einem großen Anstieg der RIAS bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle gekommen war, bedeutet dies einen Rückgang um 19 %.

Die Wahrnehmung der Bedrohung durch Antisemitismus wurde für die jüdischen Communities durch mehrere extreme, prominente Fälle dominiert. So wurden bundesweit drei Fälle extremer antisemitischer Gewalt bekannt, darunter der rechtsextreme Terroranschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) an Jom Kippur, am 9. Oktober, und ein Brandanschlag auf das Wohnhaus eines jüdischen Ehepaars in Niedersachsen. Auch der versuchte Angriff auf die Synagoge Oranienburger Straße durch einen Mann mit einem Messer Anfang Oktober führte zu großer Sorge der Communities um ihre Sicherheit. Dieser Umstand steht nicht im Widerspruch zu dem feststellbaren Rückgang bekannt gewordener Vorfälle in Berlin, sondern hebt die Bedeutung dieser schweren Vorfälle für die jüdischen Communities hervor.

Der quantitative Rückgang betraf nicht alle Erscheinungsformen antisemitischer Vorfälle gleichermaßen. So wurde RIAS Berlin eine um 25 % geringere Anzahl von Online-Vorfällen wie propagandistische und beleidigende E-Mails gemeldet. Die Zahl der dokumentierten Offline-Vorfälle verringerte sich gegenüber 2018 zwar auch, übertraf jedoch alle Erfassungsjahre zuvor.

Die Anzahl der RIAS Berlin bekannt gewordenen antisemitischen Angriffe sank um 28 %. Diese positive Entwicklung umfasst jedoch nicht die Anzahl der Angriffe auf jüdische und als jüdisch wahrgenommene Menschen, die sich gegenüber dem Vorjahr sogar von 19 (2018) auf 25 erhöhte. Im geringeren Maße von gewalttätigem Antisemitismus betroffen



Unterschiede zwischen der Erfassung durch die Berliner Register und RIAS Berlin

- RIAS Berlin benutzt ein Kategoriensystem, das auf der jahrelangen Arbeit der britischen Wohltätigkeitsorganisation Community Security Trust (CST) basiert und für den deutschen Kontext angepasst wurde. Als **extreme Gewalt** versteht RIAS Berlin physische Angriffe oder Anschläge, die den Verlust von Menschenleben zur Folge haben können oder schwere Körperverletzungen darstellen. Seit Beginn der Erfassung 2015 wurde für Berlin noch kein Fall von antisemitisch motivierter extremer Gewalt dokumentiert. Bundesweit fanden 2019 drei solche Fälle statt, darunter der bereits erwähnte Anschlag auf die Synagoge in Halle (Saale) am Jom Kippur sowie eine versuchte Brandstiftung am Haus eines jüdischen Ehepaares in Niedersachsen. Als **Angriffe** versteht RIAS Berlin Vorfälle, bei denen Personen körperlich angegriffen werden, ohne dass dies lebensbedrohliche oder schwerwiegende körperliche Schädigungen nach sich zieht. Diese Kategorie beinhaltet auch den bloßen Versuch eines physischen Angriffs. Die beiden Kategorien „extreme Gewalt“ und „Angriff“ entsprechen weitgehend der Registerkategorie „Angriff“, umfassen im Gegensatz zu dieser jedoch keine massiven Bedrohungen. Unter einer **gezielten Sachbeschädigung** versteht RIAS Berlin die Beschädigung oder das Beschmieren jüdischen Eigentums mit antisemitischen Symbolen, Plakaten oder Aufklebern. Dazu zählt auch die Beschädigung oder Beschmutzung von Erinnerungszeichen und -orten für die Opfer der Schoa, also z.B. Gedenkstätten, Gedenktafeln,

Stolpersteinen, sowie von Geschäftsstellen entsprechender Organisationen. Diese Kategorie entspricht in etwa der Registerkategorie „Sachbeschädigung“.

Als **Bedrohung** gilt jegliche eindeutige und konkret an eine Person bzw. Institution adressierte schriftliche oder mündliche Androhung von Gewalthandlungen. Vorfälle dieser Art werden von den Registern entweder als „Angriff“ (falls die Bedrohung massiv ist) oder als „Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei“ eingeordnet.

Als **verletzendes Verhalten** fasst RIAS Berlin sämtliche antisemitischen Äußerungen gegenüber jüdischen oder israelischen Personen oder Institutionen, aber auch antisemitische Beschimpfungen oder Kommentare gegenüber anderen Personen und Institutionen. Dies gilt auch für online getätigte antisemitische Äußerungen, sofern diese direkt an eine konkrete Person oder Institution adressiert sind. Als verletzendes Verhalten werden ferner antisemitische Beschädigungen oder das Beschmieren nicht-jüdischen Eigentums gewertet. Als eine Unterkategorie des verletzenden Verhaltens erfasst RIAS Berlin Versammlungen – öffentlich zugängliche Veranstaltungen, wenn entweder auf ihnen selbst oder in den Ankündigungen und Aufrufen zur Versammlung antisemitische Inhalte feststellbar sind. Fälle von verletzendem Verhalten erfassen die Berliner Register unter den Kategorien „Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei“, „Propaganda“, „Sachbeschädigung“, „Veranstaltung“ oder (z.B. im Falle einer Diskriminierung) „Sonstiges“.

In der Kategorie **Massenzuschrift** werden schließlich antisemitische Zuschriften erfasst, die sich an einen größeren Kreis von Personen richten – meistens handelt es sich hier um Online-Vorfälle. Alle diese Vorfälle sind für die Register Fälle von „Propaganda“.

- Im Gegensatz zu den Berliner Registern, die ein Monitoring der Social Media-Aktivitäten einschlägiger Berliner rechtsextremer Einzelpersonen und Gruppen betreiben und Ergebnisse aus diesem Monitoring als Vorfälle in die Chronik aufnehmen, erfasst RIAS Berlin Online-Vorfälle nur dann, wenn diese an Einzelpersonen oder Institutionen adressiert werden, z.B. in Form von E-Mails, Facebook-Kommentaren und weiteren direkt gerichteten Mitteilungen.
- RIAS Berlin erhält vom Kriminalpolizeilichen Meldedienst – Politisch Motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) der Berliner Polizei regelmäßig eine Statistik antisemitischer Straftaten inklusive kurzen Beschreibungen der Sachverhalte. Hieraus übernimmt das Projekt, bereinigt von Dopplungen und nicht zielgerichteten Propagandastraftaten, alle antisemitischen Vorfälle in die eigene Statistik – anders als die Berliner Register, die polizeilich bekannte Straftaten nur dann aufnehmen, wenn diese auf einem sonstigen Wege bekannt wurden (z.B. durch eine separate Meldung, eine polizeiliche Veröffentlichung oder durch die Opferberatungsstelle Reachout).
- Antisemitische Vorfälle können eine oder mehrere weitere zusätzliche Motivationen wie rechte Selbstdarstellung, NS-Verharmlosung, Rassismus u.w. aufweisen. Da die Berliner Register die Vorfälle thematisch jeweils einfach zuordnen, kann es dazu kommen, dass ein Vorfall mit auch antisemitischer Motivation von den Berliner Registern statistisch unter einem anderen Phänomen verzeichnet wird, weil diesem im konkreten Fall eine größere Rolle als Antisemitismus zugemessen wird. RIAS Berlin erfasst auch solche Vorfälle in der eigenen Statistik antisemitischer Vorfälle. Durch den Abgleich soll sichergestellt werden, dass möglichst viele Fälle dem gleichen Phänomen zugeordnet werden.

waren dagegen nicht-jüdische Menschen wie etwa politische Gegner_innen in den entsprechenden Auseinandersetzungen. Entgegen dem rückläufigen Gesamttrend erhöhte sich zudem die Anzahl antisemitischer Bedrohungen um 28 %. Wenn es auch seltener zu verrohnten Formen im Umfeld von Kundgebungen und anderen öffentlichen politischen Auseinandersetzungen kam, blieb Antisemitismus 2019 für Jüdinnen_Juden bedrohlich – trotz insgesamt 204 Vorfällen weniger als im Vorjahr. Knapp zwei Drittel der betroffenen Einzelpersonen waren jüdisch oder wurden als jüdisch adressiert (213), beinahe genauso viele wie im Vorjahr (220). Gegenüber 2018 weniger von Antisemitismus betroffen waren in erster Linie Institutionen wie jüdische und israelische Organisationen oder zivilgesellschaftliche Initiativen: Die Anzahl der gegen sie gerichteten Vorfälle sank um 33 %. Eine geringere Rolle, im Gegensatz zum Vorjahr, spielte israelbezogener Antisemitismus: Die absolute Anzahl der Vorfälle mit entspre-

chenden Stereotypen halbierte sich beinahe gegenüber dem Vorjahr, der Anteil an der Gesamtzahl betrug 34 %. Entsprechende Themen standen 2019 weniger im Fokus der medialen Öffentlichkeit als 2018 (50 %), als Israel den 70. Jahrestag seiner Gründung feierte und die US-Botschaft in Israel von Tel Aviv-Jaffa nach Jerusalem verlegt wurde. Weiterhin war die antisemitische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und der Schoa die häufigste inhaltliche Erscheinungsform des Antisemitismus in Berlin.

Erneut waren die Bezirke, in denen die meisten geografisch zuordbaren Vorfälle dokumentiert wurden, Mitte (140) und Charlottenburg-Wilmersdorf (77). In diesen Bezirken erreichte die Anzahl der bekannt gewordenen Vorfälle ein ähnliches Niveau wie im Vorjahr. In den meisten Bezirken kam es zu deutlichen Rückgängen zwischen und 20 % und 52 %. Eine auffällige Ausnahme bildet der Bezirk Pankow, wo sich die Anzahl von 35 (2018) auf 40 vergrößerte – und sich gegenüber 2017 (21 Vorfälle)

sogar nahezu verdoppelte. Auf geringerem Niveau kam es in Lichtenberg zu einem deutlichen Anstieg (von 8 auf 18 Vorfälle).

Unmittelbar nach dem Anschlag in Halle (Saale), einer für die jüdische Gemeinschaft schwierigen Zeit, kam es zu zusätzlicher Viktimisierung durch zahlreiche weitere Vorfälle mit explizitem Bezug auf den Terrorangriff. Infolge dessen war Oktober, ein in den Vorjahren im Hinblick auf Antisemitismus vergleichsweise ruhiger Monat, derjenige mit den meisten Vorfällen 2019.

Kontakt: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS Berlin)

VdK Berlin e.V.
Gleimstraße 31
10437 Berlin

Tel.: 030 817 985 810

Mail: info@report-antisemitism.de

Web: report-antisemitism.de/rias-berlin

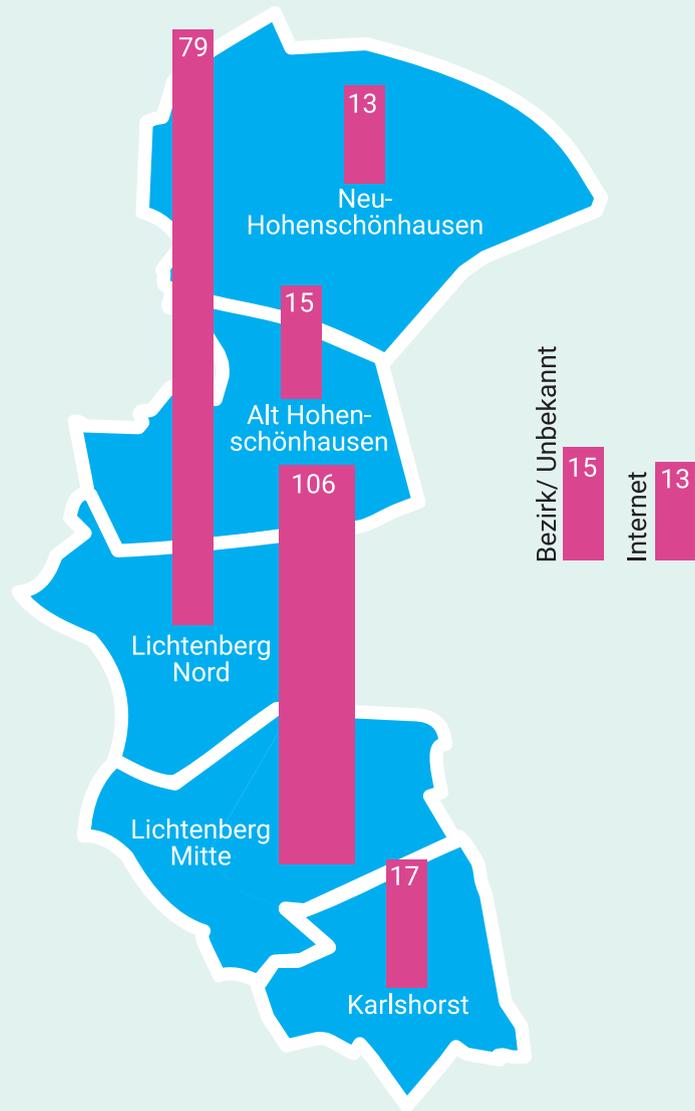


Lichtenberg

Im Bezirk Lichtenberg wohnen über 290.000 Menschen. Der Bezirk weist je nach Ortsteil (Hohenschönhausen, Lichtenberg, Karlshorst) eine sehr unterschiedliche Bevölkerungszusammensetzung auf.

Lichtenberg ist seit über 30 Jahren ein Bezirk mit einer aktiven und gut organisierten extrem rechten Szene.

Diese konnte in den letzten Jahren durch zivilgesellschaftliches Engagement und problembewussten Handeln des Bezirks zurückgedrängt werden.



Neonazi-Schriftzüge in Lichtenberg-Mitte

„Identitären“-Stand in Karlshorst



Kontakt:

Lichtenberger Register

Fach- und Netzwerkstelle
Licht-Blicke, pad gGmbH
Einbeckerstraße 85, 10315 Berlin

Tel.: 030 - 50566518

Handy: 0176 - 16371635

Mail: register@licht-blicke.org

Facebook: Lichtenberger Register

Twitter: @LichtenbergerR7

Lichtenberg und die extreme Rechte am Beispiel des „III. Wegs“

Die Zahlen des Lichtenberger Registers sind im Jahresvergleich von 2018 (210 Vorfälle) zu 2019 (258 Vorfälle) um über 20 % angestiegen. Grund des Anstiegs waren vorrangig die Aktivitäten extrem rechter Akteur*innen im Europa-Wahlkampf und die Aktivierung weiterer Melder*innen im Bezirk durch neue Kommunikationswege und neue berlinweite Kooperationspartner*innen. Die Meldestellen dokumentierten Vorfälle zu den Themen Antisemitismus, Anti-Schwarzer und antimuslimischer Rassismus sowie Antiziganismus, aber auch die erweiterten Möglichkeiten der Erreichbarkeit in den sozialen Medien, die von Melder*innen genutzt wurden, flossen mit ein. Der Europa-Wahlkampf wurde von extrem rechten Parteien für provokative Aktionen genutzt. Die Partei „Der III. Weg“, die neben der NPD, der Partei „Die Rechte“ und der „Alternative für Deutschland“ um die Stimmen am extrem rechten Rand warb, trat mit offenen Bezügen zum klassischen Nationalsozialismus auf. Die Neonazipartei „Der III. Weg“ brachte „Volksverräter“-Plakate vor dem Lichtenberger Rathaus an. Zudem wurden gezielt Plakate demokratischer Parteien überklebt, beschmiert und zerstört. Die „Volksverräter“-Plakate an den Laternenmasten wurden von demokratischen Akteur*innen als Drohung verstanden. Ziel der Provokation war neben der inhaltlichen Positionierung als nationalsozialistische Partei und der Einschüchterung politischer Gegner*innen vor allem die Herstellung von skandalisierender Presseöffentlichkeit.

Der Bezirk Lichtenberg war im vergangenen Jahr mehrfach mit rassistischer und LGBTIQ*-feindlicher Gewalt in den Schlagzeilen. Das spiegelt sich auch in einem generellen Anstieg der Angriffs- und Bedrohungs-Zahlen im Register wider. Es gab jeden Monat durchschnittlich zwei Angriffe und fast drei Bedrohungen, Belei-

digungen oder Pöbeleien. Zuletzt wurden im Dezember 2019 am gleichen Abend zwei unterschiedliche lesbische Paare in Hohenschönhausen beleidigt und geschlagen. Der Großteil der Betroffenen wurde aus rassistischen Gründen angegriffen und bedroht.

Motive:

Fast die Hälfte der Fälle rassistisch

Die Anzahl der rassistischen Vorfälle blieb unabhängig von aktuellen oder lokalpolitischen Ereignissen auf hohem Niveau. 109 rassistische Vorfälle wurden 2019 dokumentiert (2018: 110). Dazu zählen sowohl Propaganda (32) und Veranstaltungen (14) als auch Bedrohungen, Beleidigungen, Pöbeleien (14) und Angriffe (17).

Politische Gegner*innen wurden in 41 Fällen (2018: 32) adressiert, meist in Form von Propaganda, aber auch zwei Angriffe und fünf Bedrohungen richteten sich gegen das politische Gegenüber.

Der „III. Weg“ veranstaltete im Jahr 2019 zwei Kampagnen gegen politische Gegner*innen aus dem demokratischen Spektrum. Im Vorfeld des zentralen Aufmarschs der Partei am 1. Mai in Plauen wurde gezielt Propaganda an Parteibüros angebracht. Die Bezeichnung des eigenen Aufmarschs als „Arbeiterkampftag“ ist eine Strategie, sich Feiertage und Symboliken der politischen Gegner*innen anzueignen und inhaltlich neu zu besetzen. Im Dezember startete die Neonazi-Partei eine Kampagne mit dem Titel „Rudi Dutschke wäre heute einer von uns“. Mit verkürzt dargestellten Zitaten des Studenten-Aktivistens sollte suggeriert werden, dass er bereits in den 1970ern nationalistische Thesen auf Linie mit der Neonazi-Partei vertreten hätte. Die Plakate und Aufkleber wurden gezielt an Büros der Linkspartei und der Grünen geklebt.

32 Mal wurde der Nationalsozialismus (2018: 39) verherrlicht. Das geschah in Form von gesprühten Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen und mit inhaltlicher Bezugnahme auf Funktionäre des NS-Regimes, so zum

Beispiel „III. Weg“-Aufkleber in Gedenken an den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß.

24 diskriminierende Vorfälle wurden im Kontext des Wahlkampfs erfasst.

Eine Zunahme gab es vor allem bei der LGBTIQ*-Feindlichkeit (2018: 2, 2019: 14) – darunter allein vier Angriffe – und beim Antisemitismus (2018: 4, 2019: 12). Die rechte Selbstdarstellung (2018: 21, 2019: 23) umfasste vor allem Propaganda. Unter Sozialchauvinismus (2018: 1, 2019: 3) wurden ein obdachlosenfeindlicher Angriff und zwei Diskriminierungen aufgrund von Behinderung zusammengefasst. Auch wenn die organisierte Rechte in Lichtenberg noch eine Relevanz hat, ist Rassismus unabhängig von diesen Akteur*innen ein Problem der Gesellschaft und spiegelt sich in den Daten des Lichtenberger Registers wider.

Vorfallsarten:

Anstiege bei Propaganda, Angriffen, Bedrohungen und Sachbeschädigungen

Fast zwei Drittel aller Vorfälle fielen in den Bereich Propaganda (2018: 121, 2019: 150), was für einen Bezirk mit organisierten rechten Strukturen nicht ungewöhnlich ist. Die Steigerung um 31 Vorfälle ist zum einen auf die Europawahl und die Aktivitäten extrem rechter Parteien zurückzuführen. Zum anderen nehmen zunehmend mehr Menschen extrem rechte Propaganda im Stadtbild als Problem wahr und melden mit Hilfe ihrer Smartphones direkt an das Register. Daran zeigt sich, dass eine Steigerung der Zahlen sowohl eine Steigerung der Vorfälle, aber auch eine gesteigerte Sensibilisierung von Anwohner*innen bedeutet.

Eine weitere Tendenz des letzten Jahres war, dass weniger Aufkleber der extrem rechten Parteien geklebt wurden, dafür mehr im Internet erhältliche oder selbst gestaltete Motive. Das deutet darauf hin, dass mehr Menschen Propaganda verkleben, die keinen Anschluss an die organisierte Neonazi-Szene haben. Das derzeitige Potenzial von Menschen, die rassistisch denken

5. Mai 2019

In der Schulze-Boysen-Str. und der Wilhelm-Guddorf-Str. wurden mehrere Wahlplakate der Grünen und Linken gezielt mit Aufklebern eines Neonazi-Versands überklebt. Die Aufkleber richteten sich teilweise gegen die Parteien direkt („Die Stasi“), waren gegen den politischen Gegner gerichtet („Dumm Dümmer Antifa“) oder waren flüchtlingsfeindlich motiviert („Stoppt die NGO Schlepper Mafia“). In den vergangenen Tagen wurden Wahlplakate derselben

Parteien am Nöldnerplatz zerstört.

Quelle: Lichtenberger Register

30. Juli 2019

Die Lichtenberger NPD führte in der Vincent-van-Gogh-Straße mit vier Neonazis eine rassistische „Schutzzonen“-Streife durch.

Quelle: Lichtenberger Register

21. Dezember 2019

Eine 18- und eine 19-jährige Frau wurden gegen 3.45 Uhr an der Haltestelle

Hohenschönhauser Str. / Weißenseer Weg von einem Mann LGBTIQ*-feindlicher beleidigt. In der Straßenbahn wurde die 19-Jährige von dem Täter zu Boden gestoßen und mehrmals ins Gesicht getreten. Die 18-Jährige wurde ins Gesicht geschlagen. Gegen 4.00 Uhr wurden zwei Frauen im Alter von 28 und 29 Jahren an der Haltestelle Altenhofer Straße von einem Mann aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation beleidigt und in der Tram angegriffen. Quelle: ReachOut Berlin, Polizei Berlin

und auch so agieren, kann von den extrem rechten Parteien nur teilweise mobilisiert werden.

In der Kategorie Beleidigung/Bedrohung/Pöbeleien (2018: 21, 2019: 34) sowie bei Angriffen (2018: 22, 2019: 28) gab es nennenswerte Steigerungen. Wieder waren hauptsächlich Menschen betroffen, die aus rassistischen Motiven attackiert wurden (21 Angriffe, 19 Bedrohungen).

Die Zahl der Veranstaltungen (2018: 26, 2019: 16) ging zurück. Es gab im vergangenen Jahr keinen Aufmarsch und nur eine NPD-Kundgebung mit vier Teilnehmer*innen im Bezirk. Nur die NPD und die „Identitären“ führten Infostände durch. Auch die „Schutzzone“-Kampagne (10 Rundgänge), bei der sich NPD-Aktivist*innen als Bürgerwehr inszenierten, verlor im Vergleich zum Vorjahr an Intensität.

Der Rudolf-Heß-Marsch, der 2018 mit mehreren hundert Neonazis auch durch Lichtenberg zog, fand 2019 nicht statt. Neben anderen Absagen regelmäßiger Veranstaltungen der extremen Rechten – wie die 1. Mai-Kundgebung am Pre-rower Platz und der geschichtsrevisionistischen Kundgebung am 8. Mai vor dem Museum der Kapitulation in Karlshorst – war die Absage des Heß-Marschs ein Indiz für die derzeitige Schwäche der organisierten extremen Rechten in Berlin. Vor allem im Wahlkampf stieg die Zahl der Sachbeschädigungen an (2018: 5, 2019: 13).

In 5 Fällen wurden diskriminierende Wortmeldungen in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) aufgenommen (2018: 7). In der Kategorie Sonstiges (2018: 8) gingen 12 Diskriminierungen in Behörden ein (2018: 8). Diese waren meist antiziganistisch motiviert.

Ortsteile:

Lichtenberg Mitte als Zentrum der extrem rechten Aktivitäten

Lichtenberg Mitte ist erneut der Ortsteil mit den meisten Vorfällen (2018: 104, 2019: 106). Außer den Sitzungen der BVV fanden hier die meisten Angriffe und Bedrohungen statt, vor

allem in der Gegend um den Bahnhof Lichtenberg. Im Wahlkampf wurden insbesondere im Victoriakiez Plakate demokratischer Parteien zerstört, übersprüht oder mit extrem rechten Aufklebern beklebt.

Eine deutliche Steigerung gab es in Lichtenberg Nord (2018: 42, 2019: 79). Neben regelmäßigen Aufklebern der „Identitären“ und Schriftzügen von „Combat 18“ (Kampfgruppe Adolf Hitler, seit Januar 2020 verboten) fanden auch hier mehrere Angriffe und Bedrohungen sowie 8 Diskriminierungen in Behörden statt.

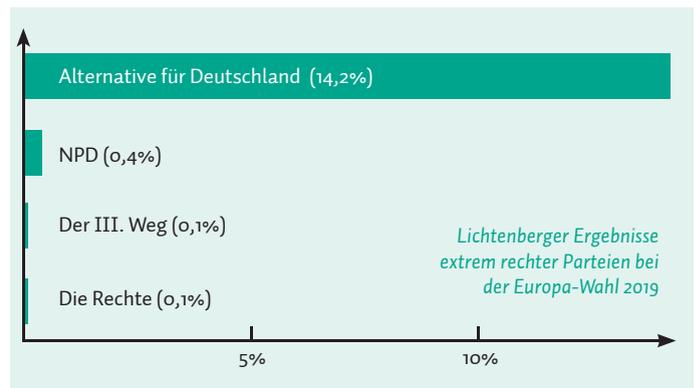
In Neu-Hohenschönhausen (2018: 31, 2019: 13) waren die Zahlen stark rückläufig. Dreimal wurden hier „Schutzzone“ bzw. Parteistände der NPD durchgeführt. Die Zahlen in Alt-Hohenschönhausen (2018: 5, 2019: 15) stiegen an. Allein 5 Angriffe fanden hier statt, darunter 2 Angriffe auf lesbische Paare im Dezember und 1 Angriff mit einem Hund aus rassistischer Motivation. In Karlshorst (2018: 3, 2019: 17) stieg vor allem die Zahl der verklebten Propaganda. Hier führten die „Identitären“ auch einen Infostand durch.

15 Vorfälle konnten örtlich nicht genau zugeordnet werden und wurden der Kategorie Bezirksweit zugeordnet. 13 Vorfälle aus dem Internet wurden aufgenommen, dabei handelte es sich vorrangig um rassistische und NS-verharmlosende Beiträge der NPD.

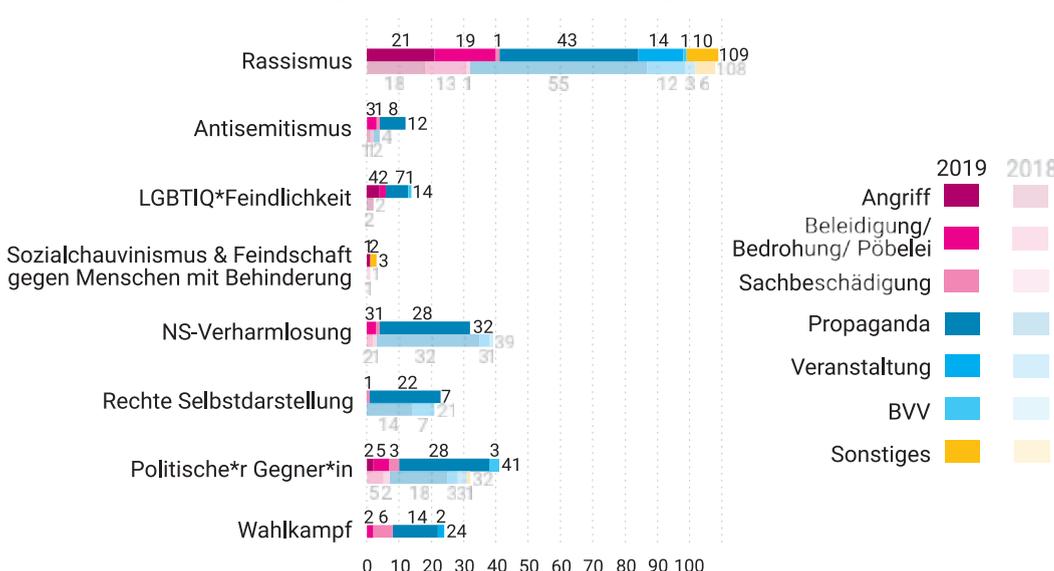
Veränderte Anschlussfähigkeit der extremen Rechten

Der Blick auf die vergangenen Jahre zeigt, dass es einen deutlichen Anstieg der Register-Zahlen in den Jahren der Auseinandersetzung über die Unterbringung von Geflüchteten 2015 und

2016 gab. Die Register-Vorfälle verdoppelten sich. Extrem rechte Akteur*innen machten die Erfahrung, dass trotz massiver Straßenmobilisierung die Eröffnung von Unterkünften nicht verhindert werden konnte. Die damit einhergehende gefühlte Ohnmacht der „besorgten Bürger“ gegenüber der gesellschaftlichen Entwicklung schlug in rassistische Gewalt um. Ein Rückgang der rassistischen Mobilisierungen folgte erst auf den Einzug der AfD ins Abgeordnetenhaus und die Bezirksverordnetenversammlungen. Dadurch wurden die Forderungen der rechten Demonstrant*innen von der Straße ins Parlament getragen. Auch wenn die rassistischen Mobilisierungen endeten, stieg die Zahl der rassistischen Angriffe und Bedrohungen in den letzten Jahren kontinuierlich an.



Der bundesweite Trend, dass andere extrem rechte Parteien Bedeutung an die AfD verlieren, macht sich auch in Lichtenberg bemerkbar. Dies betrifft sowohl Wähler*innen, als auch Sichtbarkeit und Themensetzung in Medien und Parlamenten. So haben Parteien wie „Pro Deutschland“, „Nein zum Heim“-Initiativen und Kameradschaftsstrukturen wie die „Autonomen Nationalisten Berlin“ in den letzten Jahren ihre Auflösung bekannt gegeben. Die NPD tritt kaum in Erscheinung und versucht sich in Kampagnen darzustellen, die nur noch selten unter dem Partei-Label laufen. Lediglich die Neonazi-Kaderpartei „Der III. Weg“ arbeitet weiter wie bisher. Ihre elitäre Strategie, sich organisatorisch auf wenige langjährige und ideologisch geschulte Neonazi-Kader zu beschränken, lässt sie die reale Bedeutungslosigkeit besser überstehen als andere extrem rechte Organisationen.

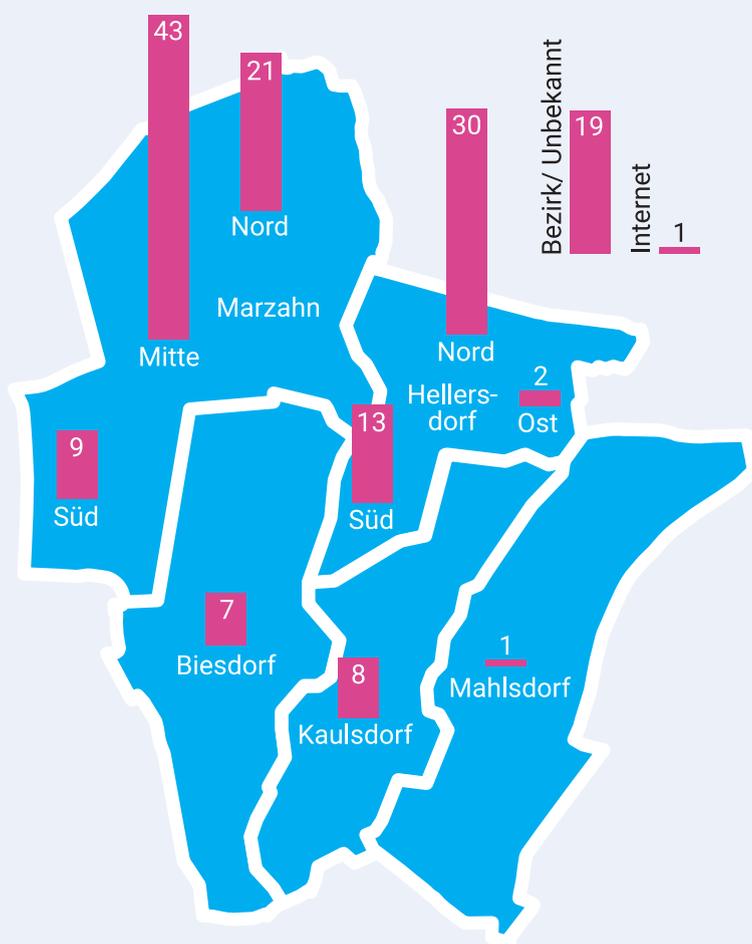




Marzahn-Hellersdorf

Am östlichen Rand von Berlin liegt Marzahn-Hellersdorf. Der Bezirk zählt knapp 270.000 Einwohner*innen und weist in seinen Ortsteilen (Marzahn-Nord, Marzahn-Mitte, Marzahn-Süd, Biesdorf, Kaulsdorf, Mahlsdorf, Hellersdorf-Nord, Hellersdorf-Ost und Hellersdorf-Süd) eine sehr heterogene Struktur der Bewohner*innen auf. Neben dem größten zusammenhängenden Plattenbaugebiet Europas ist Marzahn-Hellersdorf mit den „Gärten der Welt“ einer der grünsten Berliner Bezirke. Ebenfalls gibt es eine der größten Einfamilienhaus-siedlungen.

Seit Jahren existiert im Bezirk eine aktive, extrem rechte Szene, die zwischen 2013 und 2015 ein vergleichsweise hohes Mobilisierungspotenzial mit rassistischen Themensetzungen aufweisen konnte. Neben der permanenten Selbstdarstellung extrem rechter Akteur*innen ist Rassismus weiterhin ein häufiges Motiv für Vorfälle vor Ort.



Hakenkreuz an einer Tram-Haltestelle in Marzahn Nord



Kontakt:

Register Marzahn-Hellersdorf
Partnerschaften für Demokratie
Marzahn und Hellersdorf,
Stiftung SPI
Neue Grottkauer Str. 3
12619 Berlin

**Antirassistisches Register
der Alice Salomon Hoch-
schule Berlin**
Alice-Salomon-Platz 5
12627 Berlin

Tel.: 030 - 99 27 50 98
Mail: pfd-mh@stiftung-spi.de

Mail: arreg@ash-berlin.eu
Twitter: @registerMaHe

Im Jahr 2019 wurden in Marzahn-Hellersdorf 154 Vorfälle (2018: 182) registriert. Trotz des Rückgangs der Meldungen bleiben somit die extrem rechten und diskriminierenden Aktivitäten im Bezirk weiterhin auf einem hohen Niveau. Teile der extrem rechten Szene spielen sich seit Jahren als vermeintliche „Platzwarte“ auf, indem sie demokratische Veranstaltungen, die sich für ein solidarisches Miteinander und gegen rechte Hetze positionieren, im Internet diffamieren oder vor Ort gezielt stören. Gleichzeitig wächst das zivilgesellschaftliche Engagement im Rahmen von Bündnissen im Bezirk und neuen Gruppen an der in Hellersdorf ansässigen Alice-Salomon-Hochschule.

Art der Vorfälle

Die Zahl der gemeldeten Vorfälle ist im Vergleich zum Vorjahr um ca. 15 % (28 Vorfälle) gesunken. Diese Entwicklung ist in erster Linie Folge des Rückgangs der Zahlen in zwei Kategorien: Zum einen der erfassten Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (2018: 40; 2019: 23) und zum anderen der Propaganda-Vorfälle (2018: 116; 2019: 104). Als eine der Ursachen für diesen Rückgang ist die Schwächung der Melder*innenbasis anzuführen. Eine große Rolle spielt in diesem Zusammenhang die hohe Fluktuation des Personals in Einrichtungen im Bezirk, die für die Meldung von Vorfällen relevant sind (z. B. Mitarbeiter*innen von Unterkünften für Geflüchtete).

Zugleich gab es einen Anstieg bei der Zahl der Veranstaltungen (2018: 3; 2019: 10), der primär auf die Aktivitäten der extrem rechten Parteien im Rahmen der Europawahl 2019 zurückzuführen ist. Auch die Zahl der Angriffe hat sich im Jahr 2019 erhöht (2018: 14; 2019: 15).

Inhalt der Vorfälle

Die von den Registerstellen Marzahn-Hellersdorf erfassten Angriffe und Bedrohungen hatten zumeist einen rassistischen Hintergrund. So war Rassismus das Motiv bei 14 von 15 Angriffen sowie bei 17 von 23 Vorfällen in der Kategorie Bedrohung/Beleidigung/Pöbeleie. Die Angriffe erfolgten zumeist durch unbekannte Täter*innen, die bei Begegnungen im Supermarkt, auf der Straße oder in Bahnstationen unvermittelt Gewalt anwendeten.

Der Jahresvergleich der Motive der dokumentierten Vorfälle belegt, dass sich der Rückgang der Gesamtzahl in erster Linie auf die Kategorie „Rechte Selbstdarstellung“ beschränkt (2018: 73; 2019: 34). So ist z. B. die Zahl aller Vorfälle, die unter anderem im Phänomenbereich „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF) untersucht werden (Antisemitismus, Rassismus, mit den Ausprägungen antimuslimischer Rassismus, anti-Schwarzer Rassismus und Antiziganismus), weitgehend konstant geblieben (2018: 65; 2019: 62). In einzelnen Kategorien, wie z. B. der „Verharmlosung des Nationalsozialismus“, konnte 2019 sogar ein Anstieg der Fallzahlen festgestellt

(2018: 21; 2019: 27) werden. Hierbei handelte es sich überwiegend um Hakenkreuz-Schmierereien im öffentlichen Raum, aber auch um Hitlergrüße, die auf den Straßen gezeigt wurden.

Aufgrund der Europawahl gab es 2019 einen Anstieg in der Kategorie „Wahlkampf“ (2018: 0; 2019: 12). Der Wahlkampf wurde aus den Spektren der extremen Rechten wie auch des völkisch-autoritären Populismus im Bezirk zum Teil mit aggressiven, demagogischen Inhalten geführt. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise die menschenverachtenden Plakate der NPD mit dem Slogan „Migration tötet“ zu nennen.

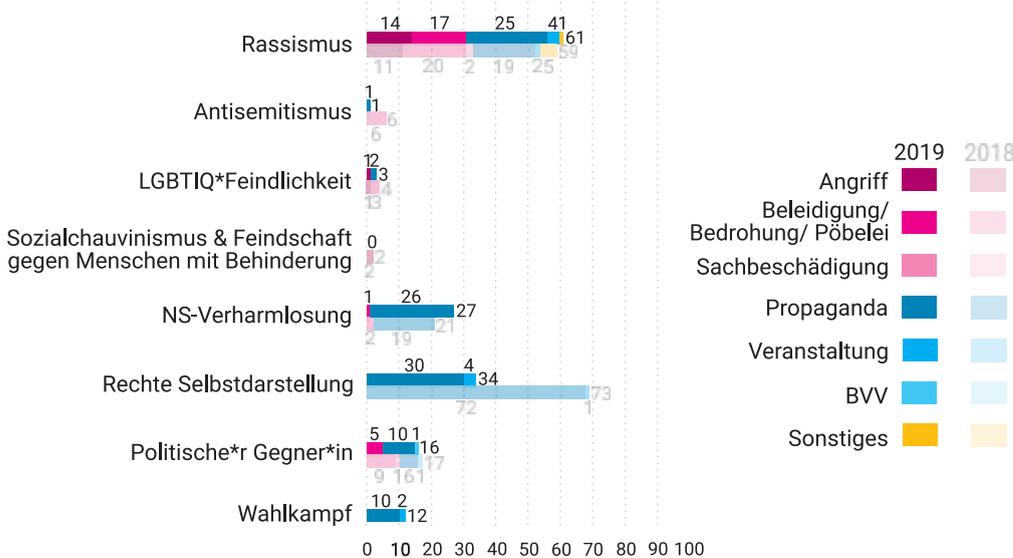
Der Monat mit den meisten Vorfällen war der Mai (34). Dies lässt sich auf Vorfälle im Zusammenhang mit der Europawahl zurückführen. Trotz des Rückgangs der Gesamtzahl der erfassten Vorfälle ist also nicht von einer grundsätzlich veränderten politischen Großwetterlage im Bezirk auszugehen.

Orte der Vorfälle

Schwerpunktmäßig finden die erfassten Vorfälle im Gesamtbezirk Marzahn-Hellersdorf weiterhin in den Großsiedlungen statt. Dies dürfte auch daran liegen, dass dort mehr Menschen auf vergleichsweise engem Raum wohnen und im öffentlichen Raum mehr Vorfälle beobachtet und gemeldet werden. In Hellersdorf sind nach wie vor in Hellersdorf-Nord die meisten Vorfälle zu verzeichnen.

Auffällig waren dabei u. a. wiederholte Sprühereien des Logos der extrem rechten „Identitären Bewegung“. Dennoch ist die Zahl der erfassten Vorfälle in Hellersdorf-Nord 2019 stark rückläufig gewesen, während in Hellersdorf-Süd eine Zunahme der Zahlen festzustellen ist. In Marzahn weisen Marzahn-Nord sowie Marzahn-Mitte die höchsten Fallzahlen auf.

Die im letzten Jahresbericht festgestellte Verschiebung der lokalen Schwerpunkte nach Marzahn-Nord setzte sich damit nicht fort. Vielmehr ist eine zunehmende Konzentration der Aktivitäten der neonazistischen und extrem rechten Gruppierungen und Parteien in Marzahn-Mitte zu konstatieren. Hierbei spielte das Ein-



Beispielvorfälle

14. Mai 2019

Auf einen Mülleimer an der Bushaltestelle in der Havemannstraße/Ecke Rabensteiner Straße (Buslinie 197) wurde ein Hakenkreuz gemalt. Daneben wurde die Parole „Nazikiez“ geschrieben. Quelle: Augenzeug*in

25. Mai 2019

Die neonazistische Kleinpartei „Der III. Weg“ führte am Tag vor der Europawahl in Marzahn-Hellersdorf und Treptow-Köpenick Aktionen zum Wahlkampfabschluss durch. Am Einkaufszentrum „Eastgate“ ließen sich acht Mitglieder der neonazistischen

Kleinpartei, die mit Parteisymbolen bedruckte uniformartige Kleidung trugen, mit einem Banner ablichten. Außerdem wurden Aufsteller mit extrem rechten Parolen gezeigt und offenbar auch Flyer verteilt.

Quelle: Register Marzahn-Hellersdorf

kaufscenter „Eastgate“ eine besondere Rolle. Neonazistische Akteure und Gruppierungen versuchten sich lokale Konfliktlagen rund um das Einkaufszentrum (Berichte über Jugendkriminalität) für ihre Mobilisierung zunutze zu machen. Entsprechend war das Eastgate und seine Umgebung 2019 ein lokaler Schwerpunkt der rassistischen „Schutzzonen“-Kampagne der NPD. In der breiten Öffentlichkeit ist diese Kampagne bisher auf wenig Resonanz gestoßen. Für die NPD hatte sie jedoch den positiven Effekt, dass neonazistische Akteure aus dem Bezirk nach internen Streitigkeiten wieder geschlossener auftreten.

In Marzahn wechseln sich seit 2017 Marzahn-Nord und Marzahn-Mitte als Ortsteile mit den meisten gemeldeten Vorfällen ab. Die von Einfamilienhäusern dominierten Ortsteile (Kaulsdorf, Mahlsdorf, Biesdorf) weisen weiterhin weitgehend konstante und vergleichsweise niedrige Fallzahlen auf. Bemerkenswert ist hier allenfalls die deutliche Zunahme der erfassten Vorfälle in Kaulsdorf (2018: 1; 2019: 8), die aber vermutlich auf mehr Melder*innen zurückzuführen ist.

Zusammenfassung & Ausblick

Die niedrigere Zahl der registrierten, extrem rechten und diskriminierenden Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr dürfte weniger an einem realen Rückgang der stattgefundenen Ereignisse liegen, da die Anzahl rassistisch motivierter Angriffe im Vergleich zum Vorjahr konstant geblieben ist.

Darüber hinaus besitzt der Bezirk weiterhin eine besondere Bedeutung für die berlinweiten Strukturen der extremen Rechten. Der Berliner NPD-Landesvorsitzende wird nach der Wahl im Dezember 2019 weiterhin vom Marzahn-Hellersdorfer Kreisverband gestellt. Zudem üben zwei Neonazis aus dem Bezirk Beisitzerfunktionen im Vorstand aus. Diese Entwicklung unterstreicht die zentrale Rolle des Kreisverbandes für die Parteistrukturen.

Die Bemühungen einzelner neonazistischer Akteure und Gruppierungen wieder verstärkt Präsenz im Bezirk zu zeigen – hier ist insbesondere die „Schutzzonen“-Kampagne der NPD zu nennen – stoßen auf wenig Resonanz in der breiten Öffentlichkeit.

Durch den Betreiberwechsel der Kneipe „Viwa“

am U-Bahnhof Cottbusser Platz ist ein wichtiger Treffpunkt der extrem rechten Szene in Marzahn-Hellersdorf weggebrochen. Auch die neonazistische Kleinpartei „Der III. Weg“ klagt über fehlende Räumlichkeiten im Bezirk. Die lokal ansässigen Neonazis werden dementsprechend verstärkt an anderen Orten aktiv.

Auch wenn die organisierte extreme Rechte aktuell wenig Relevanz entfaltet, ist das neonazistische Spektrum im Bezirk weiterhin in der Lage, punktuell Teile der lokalen Bevölkerung zu mobilisieren, wie in den Jahren 2013 bis 2015 an den rassistischen Demonstrationen gegen die Unterkünfte von Geflüchteten zu sehen war. Dies zeigte sich zuletzt auch beim Richtfest für die neue Unterkunft für Geflüchtete am Murtzener Ring, welches von massiver rassistischer Hetze im Netz begleitet wurde.

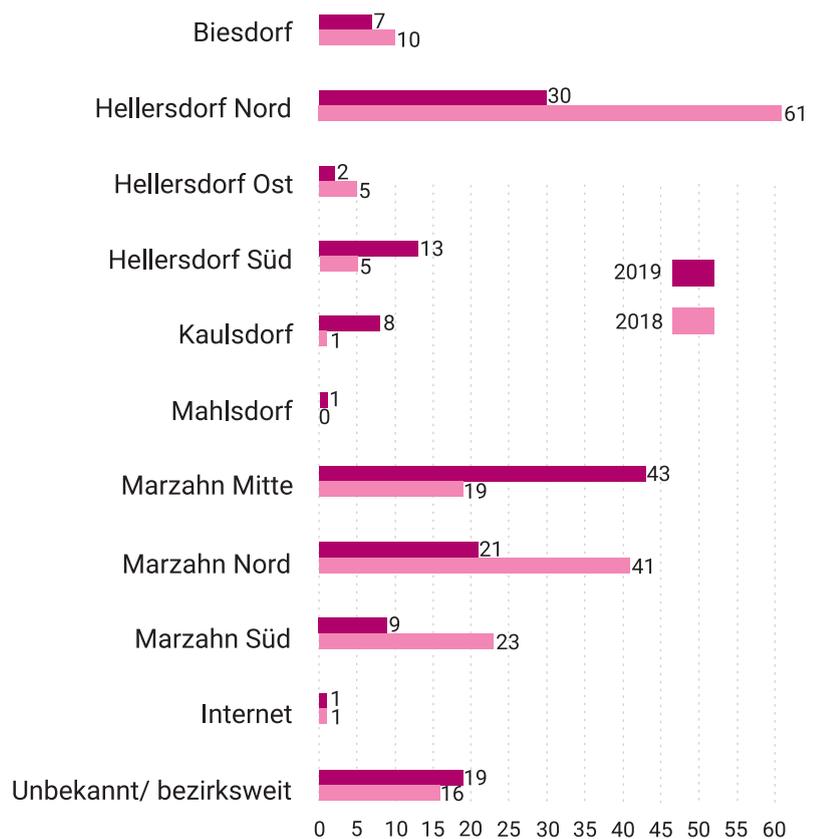
Mit 19% der Stimmen bei der Europawahl war die AfD erneut die zweitstärkste gewählte Partei im Bezirk. Die deutlich völkische Ausrichtung des Bezirksverbandes scheint der Wählbarkeit keinen Abbruch zu tun. So besuchte laut einer Melder*innen-Recherche eine Mehrheit der Mitglieder der BVV-Fraktion in der Vergangenheit eine Veranstaltung des extrem rechten „Flügels“ der AfD.

Eine besondere Herausforderung für die lokale Zivilgesellschaft ist das – vor allem seit Ende 2018 – zunehmend aggressive Auftreten der AfD gegenüber demokratischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bezirk. Dies beinhaltet eine Vielzahl von An-

fragen zur Finanzierung bzw. Arbeitsweise des Registers und vieler anderer demokratischer Akteur*innen. Damit verfolgt die AfD das Ziel, die demokratischen Akteur*innen mundtot zu machen.

Hinsichtlich der lokalen Schwerpunkte ist 2019 eine Konzentration der Vorfälle in Marzahn-Mitte und Hellersdorf-Nord zu konstatieren. Die hohe Anzahl und der Inhalt der Vorfälle verdeutlichen weiterhin die nicht zu unterschätzende Existenz der extremen Rechten sowie des völkisch-autoritären Populismus im Bezirk. Die Zustimmung zu deren Themen und Parolen von Teilen der Bevölkerung spiegelt sich nicht zuletzt in den Wahlergebnissen wider. Die Arbeit der durchaus vorhandenen und engagierten demokratischen Zivilgesellschaft in Marzahn-Hellersdorf wird also auch 2020 wertvoll und unerlässlich sein, um diesen Entwicklungen im Bezirk entschlossen entgegenzuwirken. Auch die vielen verschiedenen Melder*innen sowie die diversen bezirklichen Anlaufstellen des Registers leisten hierzu einen wichtigen Beitrag.

Vorfälle in den Ortsteilen 2018 und 2019



27. November 2019

Am Nachmittag wurde eine Familie von einer Person vor dem Marktplatz Center rassistisch beleidigt. Die Person betrat das Center und setzte dort die Äußerungen von rassistischen Sprüchen fort. Daraufhin schritt ein Passant ein.

Quelle: Augenzeug*in / Register M-H

20. Juli 2019

Einem 13-jährigen Mädchen wird gegen 16.20 Uhr in der Eichhorster Straße von einer 29-jährigen Frau aus anti-muslimischer Motivation das Kopftuch heruntergerissen. Die 13-Jährige wird gewürgt und geschlagen.

Quelle: ReachOut

Kurzdarstellung des Projekts DOSTA - Auswertung der antiziganistisch motivierten Vorfälle 2019

Amaro Foro e.V. ist eine Migrantenjugendselbstorganisation von Rom*nja und Nicht-Rom*nja und vertritt vor allem die nichtdeutschen Rom*nja in Berlin, die mit struktureller Benachteiligung zu kämpfen haben.

Amaro Foro e.V. erfasst seit 2014 kontinuierlich diskriminierende und antiziganistisch motivierte Vorfälle, die in Berlin stattfinden. Hierfür wurde das Projekt „DOSTA - Dokumentationsstelle Antiziganismus“ entwickelt. Das Projekt entstand aus der Notwendigkeit heraus, Menschen, die von Antiziganismus betroffen sind, Unterstützung durch Erstberatung, Aufklärungsarbeit über Handlungsmöglichkeiten, Begleitung zu Beratungsinstanzen sowie Empowermentarbeit zu bieten. Für die in Berlin lebenden Rom*nja und Sinti*zze (und für dafür gehaltene Menschen) stellen solche diskriminierenden Äußerungen und Handlungen nach wie vor eine alltägliche Erfahrung dar. Antiziganistische Vorfälle geschehen in Behörden, am Arbeitsplatz, auf dem Wohnungsmarkt, in Schule und Kindergärten ebenso wie in allen anderen Lebensbereichen.

„DOSTA“ zielt darauf ab, anhand der Dokumentation der Vorfälle und deren Auswirkungen, Berliner Behörden sowie relevanten zivilgesellschaftlichen Akteur*innen einen Überblick für die Einleitung gezielter Schritte für die Prävention und Bekämpfung von Antiziganismus zu schaffen. Eine Dokumentation wird jährlich veröffentlicht, um die gesellschaftlichen und institutionellen Ausschlussmechanismen sichtbar zu machen, von denen Menschen mit tatsächlichem oder zugeschriebenem Roma-Hintergrund betroffen sind und so die Öffentlichkeit für antiziganistische Diskriminierungen zu sensibilisieren.

Auch die Einleitung von Gegenmaßnahmen steht im Fokus des Projektes, sodass in einigen Fällen eine direkte Intervention mit Unterstützung der Projektmitarbeiter*innen stattfindet. Gleichzeitig werden mediale Berichterstattungen und Internet-Beiträge mit antiziganistischen Zügen dokumentiert und ausgewertet. Die Fallmeldungen werden anonym erfasst und von den Projektmitarbeitende (je nach Erscheinungsform und Lebensbereich) kategorisiert und ausgewertet. Dabei ist die Einschätzung der Betroffenen entscheidend.

Im Jahr 2019 erfasste das Projekt ca. 120 dis-

kriminierende und antiziganistische Vorfälle. Wie in den vorherigen Jahren sind in den Bereichen „Kontakt zu Leistungsbehörden“ und „Alltag und öffentlicher Raum“ die meisten Diskriminierungsfälle verzeichnet. Dabei stellen „Rassistische Propaganda“, „Rassistische Beleidigungen“, „Kriminalisierende Unterstellungen“, „Vermietungsverweigerung“ wie auch „Verweigerungen der Antragsannahme“ bzw. unterschiedliche „Dienstleistungsverweigerungen“ durch entsprechende Behörden die häufigsten diskriminierende Erscheinungsformen dar.

Die Zahl der registrierten Vorfälle sollte nicht als repräsentativ für das Ausmaß des Phänomens in Berlin betrachtet werden. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass nur wenige Vorfälle gemeldet werden und dass die Dunkelziffer viel höher liegt. Dies hängt mit der Tatsache zusammen, dass die Betroffenen oftmals über Interventionsmöglichkeiten nicht informiert bzw. verunsichert sind, Gegenmaßnahmen einzuleiten, um dadurch keine weitere Viktimisierung zu erfahren. Ein weiterer Aspekt der Dunkelziffer hängt auch mit den eingeschränkten Meldekapazitäten der Berater*innen/ Mitarbeiter*innen der Meldestellen zusammen, da Fallmeldungen im stressigen Beratungsalltag öfters untergehen. Bei der Auswertung der medialen Beiträge zeigt sich vor allem die Kontinuität antiziganistischer Klischees. Es wurden insgesamt etwa 50 Artikel als antiziganistisch eingeordnet; darunter fallen überregionale Beiträge zur „Kindergelddebatte“ im Sommer 2019 und solche in lokalen bzw. Berliner Medien. Bei Letzteren sind nach wie vor die Themen Kriminalität, Obdachlosigkeit und sogenannte Problemimmobilien die, bei denen eine Zuschreibung einer Romaidentität häufig ist.

Das DOSTA-Team hat sich darüber hinaus im vergangenen Jahr auch mit dem Thema „Racial Profiling“ bzw. mit dem Thema „Antiziganismus bei der Polizei“ beschäftigt, nachdem in der 2018 veröffentlichten Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) eine klar antiziganistische Passage enthalten war. In Kooperation mit dem Zentralrat Deutscher Sinti und Roma und andere Akteur*innen der Zivilgesellschaft wurde kontinuierlich intensive Öffentlichkeits- und politische Arbeit betrieben. Dies führte zu der Erklärung des Senats für Inneres und Sport, dass dergleichen nie wieder in der PKS stehen wird bzw. auch aus der Online-Fassung entfernt wird.

Die Auswertung der dokumentierten Vorfälle im Jahr 2019 deutet darauf hin, dass Antiziganismus weiterhin als eine weitgehend akzeptierte Form von Rassismus gilt. Gerade deswegen ist es notwendig die Erscheinungsformen einschließlich der unterschweligen Diskriminierung gegenüber Menschen mit selbst- oder fremdzugeschriebenem Roma-Hintergrund sichtbar zu machen und eine breite Öffentlichkeit zu erreichen, um auf die Probleme der sozialen Ausgrenzung im Alltag aufmerksam zu machen. Die Erfahrungen, die Amaro Foro e.V. im Rahmen des Projektes gesammelt hat, zeigen, dass in vielen Fällen Interventionen nicht möglich sind, aufgrund fehlenden oder nicht ausreichenden Rechtsschutzes. Aus diesem Grund unterstützt Amaro Foro e.V. zusammen mit Berliner Antidiskriminierungsberatungsstellen die Verabschiedung eines Berliner Landesantidiskriminierungsgesetzes (LADG), das die Rechtsschutzlücken des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) schließen soll.

Im Bezug darauf ergeben sich weitere relevante Forderungen. Die Umsetzung von gezielten Angeboten für Betroffene sollen nachhaltig gefördert werden, damit diese über ihre Rechte und Interventionsmöglichkeiten aufgeklärt und somit gestärkt werden können. Im Bereich des Asylrechts wird die Forderung nach der Rücknahme der sicheren Herkunftsstaatenregelung und die Rückkehr zu fairen und individuellen Asylverfahren erhoben. Es ist außerdem dringend erforderlich, eine Bleiberechtsregelung zu finden für Menschen, die seit vielen Jahren hier leben, vor allem im Fall von in Deutschland geborenen und verwurzelten Kindern sowie für Asylsuchende, die Opfer rassistischer Gewalt wurden. Schließlich, im Bereich der Medien ergibt sich aus der erfassten diskriminierenden medialen Berichterstattung die Forderung an den Presserat, zu der ursprünglichen Formulierung der Richtlinie bezüglich der Nennung der ethnischen Herkunft in der Kriminalitätsberichterstattung zurückzukehren.

Kontakt:

DOSTA - Dokumentationsstelle Antiziganismus

Amaro Foro e.V.

Weichselplatz 8, 12045 Berlin

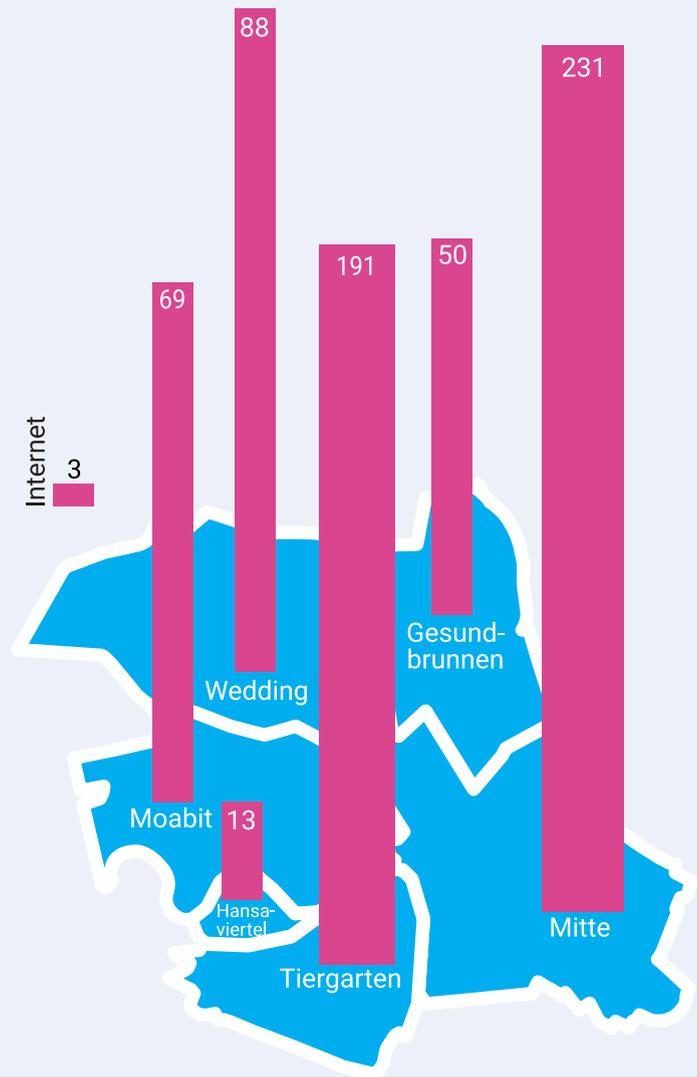
Tel.: 030 / 616 200 12

Mail: info@amaroforo.de

Web: amaroforo.de/antidiskriminierungsarbeit

Mitte

Der Bezirk Berlin Mitte umfasst die Ortsteile Mitte, Moabit, Tiergarten, Wedding, Gesundbrunnen und das Hansaviertel. Hier leben fast 390.000 Menschen. Zum Bezirk gehören das Regierungsviertel, in dem besonders viele Kundgebungen und Demonstrationen stattfinden, sowie viele Verkehrsknotenpunkte, belebte öffentliche Plätze und Einkaufsgassen, an denen sich leider auch besonders viele Vorfälle ereignen.



Homophober Schriftzug in Mitte

Schüler*innen aus Mitte kontern LGBTIQ*-feindliche Slogans

SCHWULE
STEBEN
AUS

LSBGTQ im Tierreich



Es ist ganz normal dass Tiere L,S,B,G,T,Q sind.
Das ist sogar wissenschaftlich bewiesen,
außerdem ist die Homosexualität bei manchen Tieren
sogar verbreiteter.
als die Heterosexualität.
Z.B. bei Pinguinen.

Kontakt:
Registerstelle Berlin-Mitte
NARUD e.V.
Brüsseler Str. 36
13353 Berlin

Tel.: 030 - 40757551
0157 - 76318728
Web: www.register.narud.org
Mail: register@narud.org
Twitter: @narud_ev

Während berlinweit die Vorfälle zurückgingen, wurden im Bezirk Mitte 2019 insgesamt 645 Vorfälle, gegenüber 495 im Jahr 2018 und 344 im Jahr 2017, registriert. Damit fielen im Bezirk Mitte, wie schon in den beiden Vorjahren, die meisten Vorfälle von allen Berliner Registern an. Die Hemmungen, sich rassistisch, antisemitisch und LGBTIQ*-feindlich zu äußern oder sogar andere aus dieser Motivation anzugreifen, sind weiter gefallen. Aber deutlicher als noch im letzten Jahr haben sich auch die Grenzen verschoben - von der Parole ins Handeln überzugehen. So stiegen körperliche Angriffe und massive Bedrohungen insgesamt von 62 im Vorjahr auf 96 an. Besonders deutlich war dieser Anstieg bei rassistisch motivierten Angriffen, die sich von 25 auf 46 erhöhten. In keinem anderen Berliner Bezirk ereigneten sich so viele Angriffe.

Art der Vorfälle

2018 gab es bereits einen starken Anstieg von Beleidigungen und Bedrohungen, die von 48 (2017) auf 136 (2018) zunahmen. 2019 erhöhten sie sich weiter auf 142. Doch besonders alarmierend war 2019 die Zunahme von Angriffen von 62 auf 96. Diese Angriffe und Beleidigungen gingen nur zu einem sehr geringen Teil von extrem rechten Akteur*innen und ihren Veranstaltungen aus. Sie fanden vor allem im Alltag statt, an öffentlichen Orten und deutlicher als im Vorjahr auch unter Nachbar*innen. Allein in öffentlichen Verkehrsmitteln und an Verkehrsknotenpunkten wie Umsteigebahnhöfen ereigneten sich 132 Angriffe und Beleidigungen. Propaganda-Vorfälle wie Aufkleber und Graffiti, mit denen auch versucht wird, ein Revier zu markieren, stiegen ebenfalls von 133 (2018) auf 184 an. Sachbeschädigungen wurden vor allem an Mahnmalen für Opfer des Nationalsozialismus festgestellt, sie verdoppelten sich von 14 auf 28. Unter den Sachbeschädigungen sind auch 3 Vorfälle, bei denen ein Mann Autos in Mitte angezündet hatte, um die linke Szene als Verursacher zu diskreditieren.

Leistungsverweigerungen und behördliche und berufliche Diskriminierungen wurden unter Sonstiges erfasst. Hier ist die Zahl deutlich von 8 im Vorjahr auf 31 angestiegen. Im Bezirk Mitte mit den verschiedenen hier ansässigen Regierungsinstitutionen und den zentralen Plätze finden besonders viele Veranstaltungen wie Kundgebungen und Demonstrationen statt. Auch diese nahmen von 142 auf 164 weiter zu. Es ließen sich jedoch weniger Teilnehmer*innen mobilisieren, so dass die Veranstaltungen überwiegend gering besucht waren. Diese Kundgebungen und Demos werden verstärkt im Internet gestreamt und auf einer Vielzahl von rechtspopulistischen und extrem rechten Internetmedien verbreitet. So tragen sie zur Verfestigung rechter, rassistischer und antisemitischer Weltbilder in den Internetblasen bei.

Anstieg rassistischer Vorfälle, besonders rassistischer Angriffe

Der Anstieg von Vorfällen im Bezirk Mitte ist wie im Vorjahr besonders auf die Zunahme von rassistischen Vorfällen von 145 (2017), 272 (2018) und in 2019 nun auf insgesamt 324 Vorfälle zurückzuführen. Besonders rassistisch motivierte Angriffe nahmen von 25 auf 49 zu. Doch auch rassistische Bedrohungen und Beleidigungen stiegen deutlich weiter von 75 (2018) auf 94 an, ebenso rassistische Propagandavorfälle von 42 (2018) auf 55 und auch unter Sonstiges erfasste rassistisch motivierte Leistungsverweigerungen und behördliche Diskriminierungen. Mit 113 war auch ein Großteil der 164 registrierten Veranstaltungen vor allem rassistischen Ursprungs. Sie richteten sich gegen Migration im Allgemeinen und gegen geflüchtete Menschen. Die dort verwendeten Feindbilder waren vor allem muslimische und Schwarze Männer sowie all diejenigen, die angeblich dazu beitragen, die Migration nach Deutschland zu ermöglichen und gesellschaftliche Teilhaberechte und -chancen einräumen möchten. Dafür wurden auch 2019 wieder verschwörungsideologi-

sche Inhalte von einem angeblich geplanten Bevölkerungsaustausch verbreitet.

Die erfassten Vorfälle von antimuslimischem Rassismus gingen in der Gesamtzahl von 73 auf 63 zurück. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die 2018 noch wöchentlichen, besonders antimuslimisch-rassistischen „BärGiDa“-Aufmärsche aufgrund immer geringerer Mobilisierung 2019 höchstens noch monatlich stattfanden. Angriffe, Bedrohungen und Beleidigungen nahmen hingegen 2019 zu. Darunter waren in diesem Jahr vermehrt Fälle, die sich im Alltag, in öffentlichen Verkehrsmitteln und in der Nachbarschaft aggressiv gegen Kopftuch tragende Muslima richteten, oftmals in Anwesenheit von deren Kindern. Antiziganistische Vorfälle nahmen zwar nur leicht von 13 auf 15 zu, aber auch hier stiegen Angriffe und Beleidigungen an. Darunter war ein lebensgefährlicher Messerangriff in der U-Bahn im Wedding, weswegen die Täterin inzwischen wegen Mordversuchs und schwerer Körperverletzung verurteilt wurde. Außerdem wurde das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Sinti*innen und Rom*innen zweimal beschädigt.

Anti-Schwarzer Rassismus

Im Rahmen der UN-Dekade 2015 – 2024 unter dem Motto „Menschen Afrikanischer Abstammung: Anerkennung, Gerechtigkeit und Entwicklung“ war die Sichtbarmachung von Vorfällen, die diesen spezifischen Rassismus reproduzieren, eine Forderung von Vereinen der wachsenden afrikanischen Diaspora in Berlin sowie von Interessenverbänden Schwarzer Deutscher im Konsultationsprozess des Berliner Senats zur Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung der Dekadenziele. Die Berliner Register erfassen daher seit Oktober 2018 Vorfälle gesondert, die dieser Form von Rassismus gegen Schwarze Menschen zugeordnet werden können. In Mitte und besonders im Ortsteil Wedding haben sich in den letzten Jahren viele afrikanische

30. März 2019

Gegen 10:30 Uhr wurden eine 49-jährige Frau, ein 54-jähriger und ein 29-jähriger Mann in der U-Bahn Linie 6 zwischen den U-Bahnhöfen Afrikanische Straße und Rehberge von einer 37-jährigen Frau aus antiziganistischer Motivation beleidigt und angegriffen. Der 29-Jährige und die 49-Jährige wurden durch Messerstiche lebensgefährlich verletzt und der 54-Jährige wurde gestoßen und dadurch verletzt. Die Täterin wurde am 4.11.2019 vom Landgericht Berlin wegen

versuchten Mordes in einem und vorsätzlicher gefährlicher Körperverletzung in weiteren tatmehrheitlichen Fällen zu vier Jahren und neun Monaten Freiheitsentzug verurteilt.

Quellen: ReachOut, Polizeimeldung

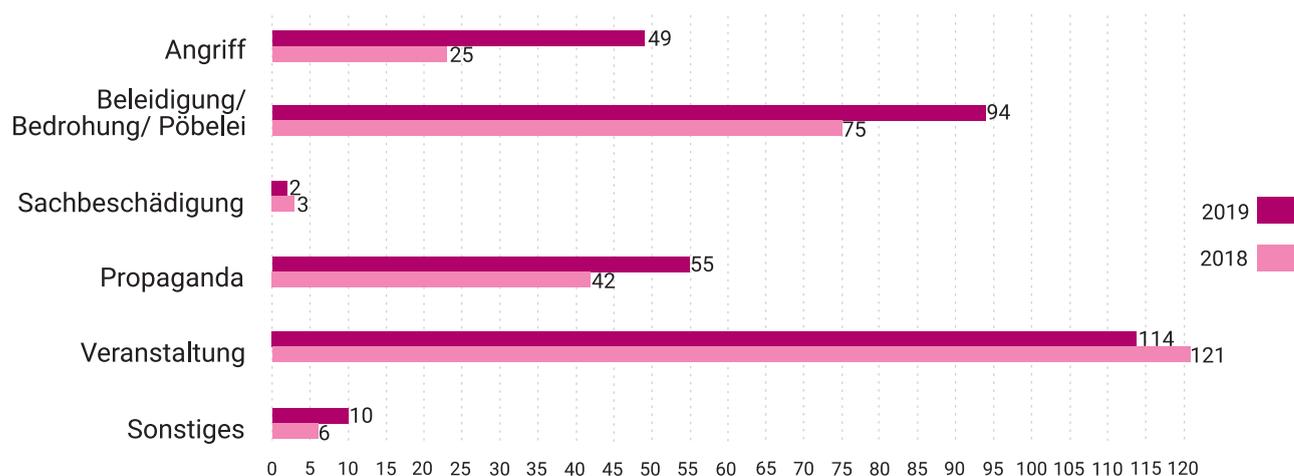
15. April 2019

Auf der Außenseite der Scheibe eines Vereinslokals in Moabit, das in der Unterstützung von Geflüchteten tätig ist, und auf einem nahe gelegenen Stromkasten wurden zwei rassistisch-

flüchtlingsfeindliche Aufkleber entdeckt und entfernt. Die Aufkleber stammen von einem extrem rechten Versandhandel aus Halle, der von einem ehemaligen Mitglied der verbotenen „Blood & Honour-Bewegung“ betrieben wird. Das Vereinslokal war außen bereits mehrfach mit ähnlichen rassistisch-flüchtlingsfeindlichen Aufklebern beklebt und mit Hass-Kommentaren auf der Facebook Seite behelligt worden.

Quelle: Registerstelle Berlin-Mitte

Rassistische Vorfälle 2018 und 2019



Vereine, Geschäfte und Lokale angesiedelt und viele Menschen aus der afrikanischen Diaspora hier ihren Lebensmittelpunkt gefunden. In Mitte nahmen die Vorfälle in diesem Themenfeld insgesamt 2019 von 31 auf 41 zu und auch hier war der Anstieg besonders auf Angriffe (11) und Beleidigung und Bedrohungen (23) zurückzuführen. Es wurden auch zwei gegen die Dekolonisierungsbewegung in Berlin gerichtete Veranstaltungen erfasst, auf denen die deutsche Kolonialvergangenheit legitimiert wurde, indem vermeintliche Wohltaten für die von kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung Betroffenen geschönt herausgestellt wurden.

Die Verbrechen des Kolonialismus wurden hingegen geleugnet oder heruntergespielt, damit die andauernden entwicklungshemmenden und den Rassismus reproduzierenden Folgen des Kolonialismus weiter ausgeblendet werden können. Darunter war eine Veranstaltung der AfD-Bundestagsfraktion, auf welcher der zentral beworbene Vortrag eines US-amerikanischen Politologen untertitelt war mit: „Bilanz des deutschen Kolonialismus – Warum sich die Deutschen nicht für die Kolonialzeit entschuldigen und erst recht nicht dafür bezahlen müssen.“ Mit dieser Veranstaltung nahm die AfD dagegen Stellung, die deutsche Kolonialgeschichte und

ihre Verbrechen und Folgen in die deutsche Erinnerungskultur als Mahnung zur Dekolonisierung und gegen Rassismus aufzunehmen.

Antisemitismus in Mitte

Antisemitische Vorfälle werden im Bezirk Mitte mit seinen vielen jüdischen Institutionen auch mehr als in anderen Bezirken gemeldet und erfasst. Hier gab es den großen Anstieg bereits im Jahr 2017 von 58 (2016) auf 95 Vorfälle. 2018 blieb mit 91 Vorfällen die Entwicklung auf diesem hohen Niveau und fiel auch 2019 nur leicht auf 80 Vorfälle. Es ereigneten sich weniger Angriffe als im Vorjahr (8 statt 13), ebenso weniger Beleidigungen (20 statt 37). Vorfälle, wie ein versuchter Angriff mit einem Messer vor einer Synagoge, und Ereignisse, wie der Anschlag an Jom Kippur in Halle, erzeugen Unsicherheitsgefühle unter Jüdinnen und Juden in Berlin. Außerdem nahmen antisemitische Veranstaltungen von 12 auf 17 und Sachbeschädigungen an Mahnmalen zur Erinnerung an die Judenverfolgung im Nationalsozialismus und die Schoah deutlich von 4 auf 10 zu. Auch Hassmails und Hassbriefe gegen israelische und jüdische Institutionen und Einzelpersonen im Bezirk stiegen entgegen dem berlinweiten Trend leicht an. Es besteht also auch hier

kein Grund zur Entwarnung. Zudem ließ sich eher noch deutlicher als im Vorjahr auf vielen rassistischen und flüchtlingsfeindlichen Veranstaltungen in Mitte beobachten, dass dort antisemitische Töne angeschlagen und weithin geduldet wurden. Dort wurde u.a. immer wieder verschwörungsideologisch auf den US-amerikanischen Investor jüdisch-ungarischer Herkunft und Gründer der Open Society Foundation, George Soros, hingewiesen, der hinter angeblichen „Umvolkungsplänen“ durch Einwanderungspolitik stecke. Das rechte Narrativ vom Antisemitismus als einem „importierten Problem“, das angeblich vor allem bei muslimischen Eingewanderten vorkomme, lässt sich hingegen in Mitte insgesamt quantitativ nicht bestätigen und auch nicht in der deutschen Geschichte.

Verdoppelung LGBTQ*-feindlicher Vorfälle

Einen deutlichen Anstieg, in dem sich die allgemeine Tendenz zur Enthemmung zeigte, wurde auch bei LGBTQ*-feindlichen Vorfällen registriert. Sie haben sich von 30 (2018) auf 63 (2019) mehr als verdoppelt. Darunter waren 29 zumeist besonders brutale homophobe und transfeindliche körperliche Angriffe, sieben Beleidigungen, neun Sachbeschädigungen – immer wieder vor allem

25. April 2019

Als eine Kopftuch tragende Frau mit Kinderwagen und zweitem Kleinkind an der Hand am U-Bahnhof Turmstraße gegen 17:30 Uhr in die U9 in Richtung Osloer Straße einstieg, machten zwei alte weiße Frauen laut hörbar antimuslimisch-rassistische beleidigende Bemerkungen u.a. über die Kinderzahl von muslimischen Frauen.

Quelle: Registerstelle Berlin-Mitte

11. Mai 2019

Ab 11:00 Uhr fand eine kleine Kundgebung der Reichsbürger-Gruppe „Staatenlos.Info“ am Platz der Republik vor dem Bundestagsgebäude statt. In Reden vor ca. 20 Teilnehmenden wurden die Bundesrepublik und ihre Regierung delegitimiert und rassistisch-flüchtlingsfeindlich sowie gegen politische Gegner*innen gehetzt.

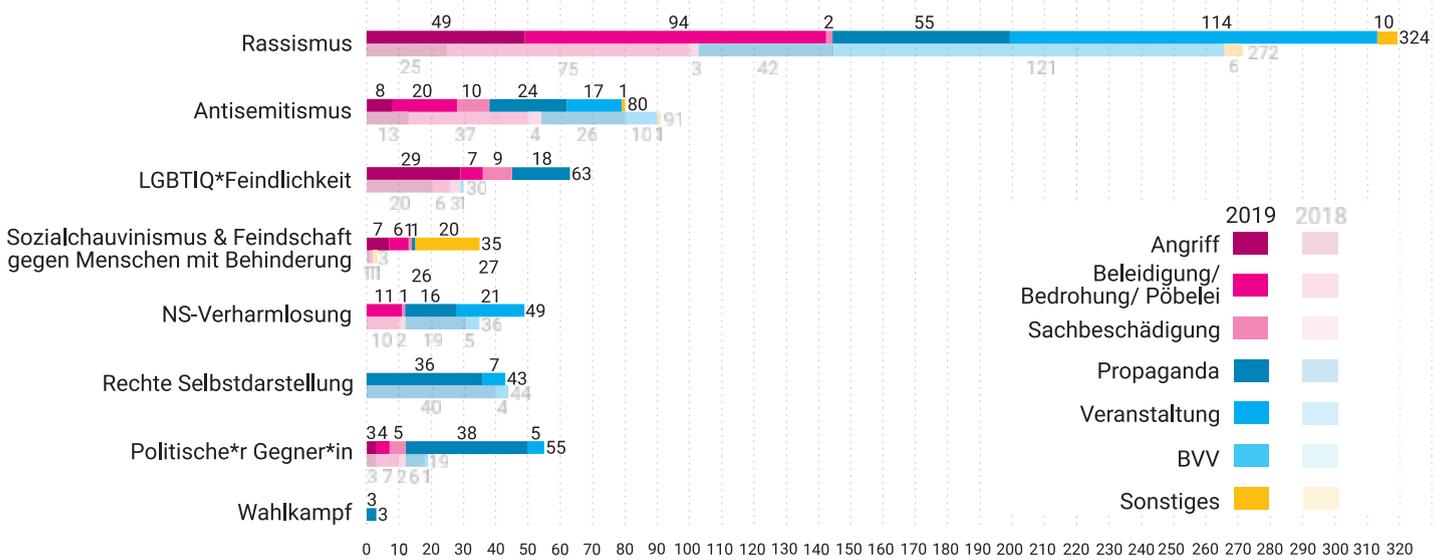
Quelle: Registerstelle Mitte

17. Juli 2019

Vor dem Bundeskanzleramt fand eine Kundgebung von Gegner*innen einer Impfpflicht gegen Masern statt. Unter den Demonstrierenden waren zahlreiche bekannte Neonazis, radikale und extreme Rechte, Querfront-Aktivist*innen, rechte Esoteriker*innen und Verschwörungsideolog*innen. Es wurde die Schoah relativierendes Propagandamaterial verteilt, ohne dass dies offenbar andere Teilnehmende gestört hätte.

Quelle: Registerstelle Berlin-Mitte

Mitte



am Mahnmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen im Tiergarten - und ein Anstieg an schwulen- und transfeindlichen Graffitis und Aufklebern. Die allgemeine Tendenz zur Enthemmung zeigte sich auch bei dem Anstieg von Angriffen auf Wohnungslose sowie bei der Zunahme von Beleidigungen und Bedrohungen gegen Menschen mit Behinderung. Außerdem konnten wir in diesen beiden Bereichen 2019 auch mehr Vorfälle von Behördendiskriminierung und Leistungsverweigerung erfassen.

Weitere Entwicklungen

Deutlich stiegen auch Vorfälle, die von extrem Rechten gegen politische Gegner*innen gerichtet waren von 19 (2018) auf 55 an. Darunter waren jedoch nur drei Angriffe und vier Beleidigungen, ansonsten Propaganda-Vorfälle wie Anti-Antifa-Aufkleber. Ebenso nahm die Verherrlichung und Verharmlosung des Nationalsozialismus von 36 auf 49 Vorfälle zu, zumeist handelte es sich um Pöbeleien wie Hitlergrüße sowie Hakenkreuze. 21 Veranstaltungen waren vorwiegend neonazistisch und geschichtsrevisionsmotiviert. Dennoch ist die neonazistische und organisierte extreme Rechte aus NPD, den Kleinstparteien „Die Rechte“ und „Der III. Weg“ sowie Kameradschaften im Bezirk nur noch sehr schwach. Lediglich die Aktivitäten

der türkischen faschistischen Ülkücü (dt.: Idealistenvereine), der sogenannten „Grauen Wölfe“, haben 2019 deutlich zugenommen. Im Bezirk waren Parteien und Kameradschaften der neonazistischen Rechten nie besonders aktiv. Stattdessen haben sich in den letzten Jahren in Verbindung mit den Veranstaltungen Mischszenen aus Rechtspopulisten und extremen Rechten gebildet wie im Kontext von „BärGiDa“, „Wir für Deutschland“ oder rechten „Gelbwesten“. Diese haben sich 2019 zunehmend auf radikale Kerne reduziert und konnten immer weniger Anhänger*innen auf die Straße bringen, so dass sie inzwischen ihre Aufmärsche teilweise sehr reduziert oder eingestellt haben. Auch die extrem rechte „Identitäre Bewegung“ hat sich zunehmend als Scheinriese erwiesen und hat 2019 deutlich weniger Aktionen mit sinkender Beteiligung durchgeführt. Dennoch erhöhte sich insgesamt die Anzahl von Kundgebungen aus diesen Mischszenen wie insbesondere auch aus dem Reichbürger*innenspektrum, wenn auch bei insgesamt gesunkener Teilnahme. In den Social-Media-Kanälen radikalisiert sich dieses Spektrum weiter und gewinnt Anhänger*innen, um deren Sympathien auch die AfD bemüht ist. So veranstaltete die AfD-Bundestagsfraktion im Mai 2019 die „1. Konferenz der Freien Medien“ zu der zahlrei-

che AfD-nahe, anti-muslimisch-rassistische und weit rechts stehende Blogger, aber auch solche aus dem esoterisch-völkischen und esoterisch-antisemitischen Spektrum eingeladen waren.

Die gezielte Rhetorik, die auf Angst und Panikmache aus ist, trifft auf Menschen mit existenziellen Ängsten, die sich in ihren Überzeugungen in den Internetblasen gegenseitig bestätigen und sich dann genötigt fühlen, ihre Überzeugung in die Tat umzusetzen. Das ist an den Zahlen der Registerstelle Mitte zu sehen. Mit Ausblick auf das Jahr 2020 zeigen zwei Demonstrationen von Impfgegner*innen in Mitte, die 2019 mit mehreren Tausend Teilnehmer*innen stattfanden, dass das Spektrum von Impfgegner*innen und Esoteriker*innen bereits vor Corona gut mit der extremen Rechten vernetzt war. Die Teilnehmenden dieser Veranstaltungen störten sich nicht an NS-verharmlosenden Vergleichen, antisemitischen Verschwörungsideologien und dort offen auftretenden extremen Rechten. Die sogenannten Hygienesdemonstrationen (2020) gegen die Corona-Maßnahmen sind nicht aus dem Nichts entstanden, sondern schließen an die Vernetzungen, wie sie sich auf den Impfgegner*innen-Demos (2019) zeigten, an.

Beispielvorfälle

9. Oktober 2019

Während einer Führung des Vereins „Berlin Postkolonial“ im Afrikanischen Viertel näherte sich gegen 16:30 Uhr im Bereich der Petersallee nahe dem Eingang zur Kleingartenanlage „Togo“ ein älterer Mann mit aufgenähter Deutschlandflagge am Ärmel der an der Führung teilnehmenden Gruppe von ca. 30 Studierenden und kommentierte die Anwesenheit des Schwarzen Leiters der Veranstaltung mit: „Der Hetz-[N-Wort]

schon wieder“. Anschließend wiederholte er das „N“-Wort in weiteren Beleidigungen. Nachdem er daraufhin von mehreren Personen lautstark kritisiert worden war, zog er sich in ein nahe gelegenes Wohnhaus zurück.
Quelle: Registerstelle Berlin-Mitte, Berlin Postkolonial

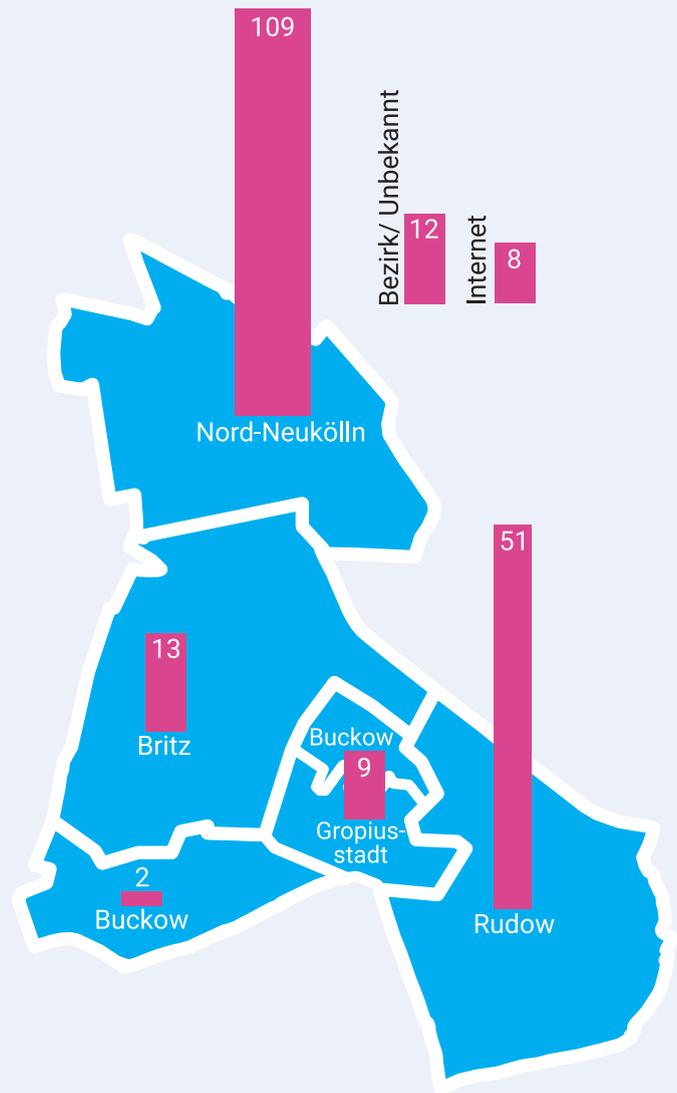
15. Oktober 2019

Kurz nach dem Anschlagversuch auf die Synagoge in Halle durch Stephan

B. wurde auf eine Stele des Mahnmals für die ermordeten Juden Europas in der Ebertstraße in Mitte „Free Step“ geschmiert. Es ist davon auszugehen, dass es als Solidaritätsbotschaft an den antisemitischen Attentäter adressiert wurde. Erst am Vortag war bereits die Infotafel am Mahnmal beschädigt vorgefunden worden.
Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

Neukölln

In Neukölln wohnen fast 330.000 Menschen. Aus Registerperspektive ist der Bezirk zweigeteilt. Es gibt zum einen den innerstädtisch geprägten Bezirksteil Nord-Neukölln und zum anderen die südlichen Ortsteile Britz, Buckow, Gropiusstadt und Rudow. Mit den U-Bahnlinien 7 und 8 sowie der Ringbahn und deren Umsteigebahnhöfen verfügt der Bezirk über stark genutzte öffentliche Verkehrswege, die außer von Anwohner*innen auch von Tourist*innen frequentiert werden. Die Unterschiedlichkeit der Ortsteile spiegelt sich auch in der Art der Vorfälle wider.



Neonazi-Markierungen im Straßenland



Irmela Mensah-Schramm bei der Entfernung von Neonazi-Parolen



Kontakt:
Register Neukölln
Amaro Foro e. V.
Weichselplatz 8
12045 Berlin

Tel.: 030 - 43 20 53 73
Mail: register@amaroforo.de
Twitter: @NkRegister

Neukölln: Weniger Vorfälle, mehr Angriffe

2019 wurden im Bezirk Neukölln 204 Fälle dokumentiert (2018: 364). Das entspricht insgesamt einem Rückgang von 78 %. Das Jahr 2018 stellt allerdings eine Ausnahme in der Dokumentation dar. Hierfür wurden Zahlen aus einer kleinen Anfrage im Abgeordnetenhaus zu rechtem Terror in Neukölln wegen ihrer lokalen Brisanz in die Chronik aufgenommen. Das führte zu einem starken Anstieg der dokumentierten Vorfallszahlen. Im Jahr 2018 waren es 104 Vorfälle, die aus parlamentarischen Anfragen in die Dokumentation übernommen wurden. In der Anfrage aus dem Jahr 2019 werden 88 Vorfälle aufgelistet. Da die Register aber vor allem zivilgesellschaftlich gemeldete Vorfälle aufnehmen, wurden diese Zahlen aus der auch 2019 gestellten parlamentarischen Anfrage nicht erneut als Vorfälle berücksichtigt. So soll eine Vergleichbarkeit der dokumentierten Vorfallszahlen zwischen den Bezirken gewährleistet werden.

Ein Großteil des Rückgangs der Zahlen lässt sich darauf zurückführen. Um dennoch genauere Aussagen über Entwicklungen im Bezirk treffen zu können, wird hier auch das Jahr 2017 als Referenz genommen.

Vor allem die Meldungen von Propaganda-Vorfällen sanken (2019: 92; 2018: 169; 2017: 140). Ebenso nahm die Zahl der Meldungen in der Kategorie Bedrohung/Beleidigung/ Pöbelelei im Vergleich zum Vorjahr ab (2019: 29;

2018: 84). Damit bewegen sich diese wieder auf dem Niveau des Jahres davor (2017: 36). Gemeldet wurden, bezogen auf Propaganda, vor allem Inhalte, die sich rechter Selbstdarstellung zuordnen ließen. Das lässt darauf schließen, dass es weiterhin Akteur*innen der organisierten rechten Szene im Bezirk gibt. Bei Bedrohungen und Beleidigungen waren vor allem Rassismus und Antisemitismus die häufigsten Motive.

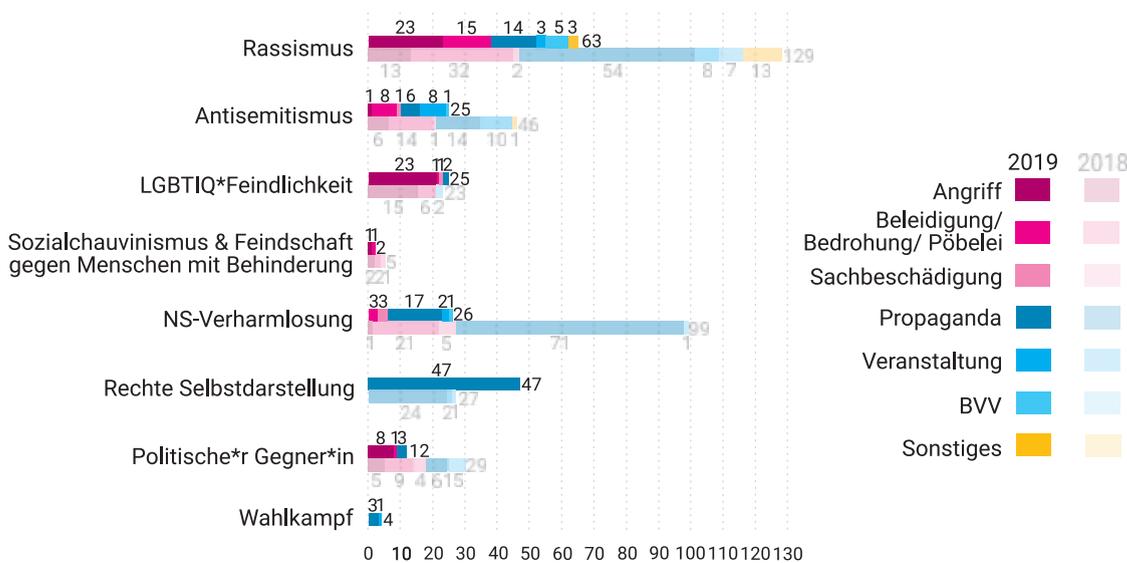
Wesentliche Entwicklungen des Jahres 2019

Trotz des Rückgangs blieb auch 2019 Propaganda (92) die häufigste Vorfallsart. Hier wurden u. a. Hakenkreuz-Schmierereien, rassistische und geflüchtetenfeindliche Sticker, Flyer extrem rechter und rechtspopulistischer Gruppen sowie antisemitische und antimuslimische Graffiti erfasst. 28 der Meldungen kamen aus Nord-Neukölln, der Rest aus dem südlichen Teil Neuköllns, also aus den Ortsteilen Britz, Buckow, Gropiusstadt und Rudow.

Nord-Neukölln war, wie schon in den Jahren zuvor, der Ortsteil mit den meisten Vorfällen (2019: 109; 2018: 182; 2017: 132), gefolgt von Rudow (2019: 51; 2018: 63; 2017: 48). Wesentlich geringer – auch im Vergleich zu 2017 – fielen die Vorfallsmeldungen in den restlichen Bezirksteilen aus. Deutlich weniger Vorfälle wurden in Britz aufgenommen (2019: 13; 2018: 44; 2017: 40). Die hohe Anzahl an

Vorfällen in Nord-Neukölln ist darauf zurückzuführen, dass es dort mit der Ringbahn, den U-Bahnlinien 7 und 8 sowie vielen Kneipen, die ein linkes oder LGBTIQ*-Publikum anziehen, Orte gibt, an denen sich Betroffene und Täter*innen begegnen. Rudow hat seit vielen Jahren einen aktiven Kern der rechten Szene, der für die Propaganda-Vorfälle, Angriffe und Sachbeschädigungen verantwortlich ist. Je stärker dieser Personenkreis observiert wird, desto weniger Vorfälle passieren. In Gropiusstadt waren es 9 Vorfälle (2018: 24; 2017: 13) und in Buckow nur 2 (2018: 16; 2017: 9). Bei der Zahl der Online-Vorfälle, die in Neukölln erstmals im Vorjahr aufgenommen wurden, gab es ebenfalls einen Rückgang (2019: 8, 2018: 27).

Ebenso wurden weniger Veranstaltungen gemeldet (2019: 14; 2018: 21; 2017: 26). Auch hier fand der größte Teil in Nord-Neukölln statt. Etwa die Hälfte davon wurden als antisemitische Vorfälle aufgenommen. Bei den anderen Veranstaltungen handelte es sich um sogenannte „Schutzonenstreifen“ der NPD und zwei Aktionen der „Identitären Bewegung“. Sachbeschädigungen wurden weniger gemeldet (2019: 5; 2018: 13; 2017: 20). Einen weiteren Rückgang gab es bei der Zahl der Vorfälle aus der Bezirksverordnetenversammlung (BVV). Hier wurden 7 Vorfälle dokumentiert (2018: 16; 2017: 7). Mehrheitlich handelte es sich um rassistische, antisemitische oder antimuslimische Äußerungen von Verordneten. Unter der Kategorie Sonstiges wurden 3 Vorfälle von behördlicher Diskriminierung erfasst (2018: 14, 2017: 4).



Höchststand bei Angriffszahlen

Der Rückgriff auf das Jahr 2017 ist aufgrund der unterschiedlichen Quellenverwendung notwendig, um die Entwicklungen interpretieren zu können. Anders stellt sich das aber bei der Zahl der Angriffe dar. Hier wurden die Zah-

Beispielvorfälle

25. Februar 2019

In der Karl-Marx-Straße wurde gegen 15:50 Uhr ein 37-jähriger Mann von zwei Unbekannten angegriffen. Der 37-Jährige wurde LGBTIQ*-feindlich beleidigt, festgehalten und von einem der beiden unbekannt Männer ins Gesicht geschlagen. Quelle: ReachOut Berlin

13. März 2019

Gegen 21:40 Uhr wurde ein 44-jähri-

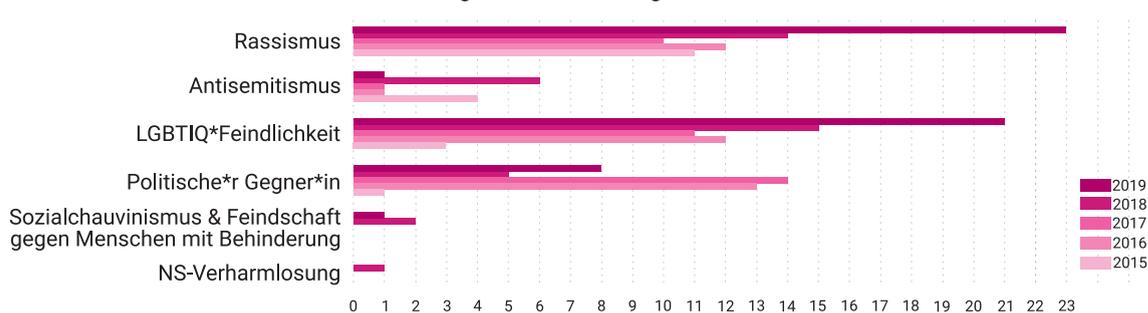
ger Mann in einem Supermarkt in der Reuterstraße von einem Mann aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation beleidigt. Er wurde gestoßen und sein Arm wurde verdreht. Quelle: ReachOut Berlin

16. März 2019

In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde der Flur eines Wohnhauses in Nord-Neukölln mit roter Farbe be-

schmiert. Die Sprüherei enthielt den vollständigen Namen einer im Haus wohnenden Person in Kombination mit der Morddrohung „9 mm für“ und einem Keltenkreuzsymbol. Es wurde Anzeige erstattet. Der Vorfall ist Teil einer extrem rechten Angriffsserie: In derselben Nacht wurden die Fassaden und ein Hausflur von vier Wohnhäusern in Nord-Neukölln mit Farbe beschmiert. An die Häuser wurden Namen von dort lebenden, in

Entwicklung der Motive der Angriffe in Neukölln von 2015 bis 2019



die Problematik nicht aus dem Blickfeld gerät. In den letzten Jahren war es zu Brandanschlägen auf PKWs und Cafés gekommen, die sich gezielt gegen linke, politisch aktive Menschen und Kollektive gerichtet hatten. Das Anton-Schmaus-Haus der Falken wurde bereits 2011

zwei Mal in Brand gesteckt und seit Juni 2016 kam es zu über 50 Angriffen auf politisch Aktive, darunter 16 Brandanschläge. Dazu kommen gesprühte und geschmierte Drohungen gegen Einzelpersonen an und in deren Wohnhäusern. Zum letzten Mal kam es im März 2019 zu Bedrohungen und Morddrohungen. Häuserwände wurden mit „9mm für XY“ besprüht und dort lebende Menschen mit vollem Namen genannt. Seitdem ist es ruhiger geworden und keine Vorfälle konnten der Angriffsserie direkt zugeordnet werden. Und trotzdem kommt es vor allem in Nord-Neukölln in regelmäßigen Abständen zu Hakenkreuz-Markierungen von Gebäuden und Läden sowie zu eingeworfenen Scheiben bei linken Lokalen. Und obwohl die Zahl der Angriffe abnimmt, möglicherweise aufgrund gesteigerter Aufmerksamkeit und Observation durch die Polizei, bleibt im Süden Neuköllns das Straßenbild oft geprägt von extrem rechten Schmierereien und Stickern.

Beständig bleibt die Kritik an den Ermittlungen wegen der anhaltenden Erfolglosigkeit bei der Aufklärung der Angriffsserie. So werden immer noch wöchentliche Demonstrationen der Betroffenen vor dem Berliner Landeskriminalamt organisiert und ein Untersuchungsausschuss gefordert.

In vielen Fällen ist es immer noch unklar, ob Brandstiftungen, Sachbeschädigungen und Angriffe dem Täterkreis der Neuköllner Angriffsserie zuzuordnen sind. Betroffene kritisieren in diesem Zusammenhang, dass Rassismus als Tatmotiv oftmals nicht anerkannt und diesem deshalb nicht nachgegangen wird.

len, wie bereits in den Jahren zuvor, mit Polizeimeldungen und der Chronik der Opferberatungsstelle ReachOut abgeglichen.

54 dokumentierte Angriffe in Neukölln machten über ein Viertel der Vorfälle im Bezirk aus und sind eine nochmalige Steigerung zum Vorjahr (2018: 43; 2017: 36).

Der größte Teil dieser Angriffe ereignete sich in Nord-Neukölln, vor allem an stark frequentierten öffentlichen Orten, beispielsweise in öffentlichen Verkehrsmitteln oder auf Plätzen. Am häufigsten waren die Angriffe rassistisch motiviert (2019: 23; 2018: 15; 2017: 8). Eine Steigerung gab es ebenfalls bei LGBTIQ*-feindlichen Angriffen (2019: 21; 2018: 15; 2017: 11). Es kann festgehalten werden, dass es nach wie vor viel rechte Propaganda nicht nur in den südlichen Teilen Neuköllns gibt. Dazu zählen sowohl Sticker von extrem rechten Parteien und Kleinstparteien wie dem „III. Weg“ oder der NPD als auch viele mit Hakenkreuzen oder Keltenkreuzen beschmierte Stromkästen oder Bushaltestellen. Während die Propaganda-Vorfälle im Bezirk zeigen, dass es eine ansässige organisierte rechte Szene gibt, bietet der öffentliche Raum im Norden Neuköllns mit den Verkehrsmitteln und Party-Kiezen ein Umfeld, in dem häufig Angriffe stattfinden.

Gestiegene Meldungen bei LGBTIQ*-feindlichen Vorfällen

Auch wenn es in nahezu allen anderen Kategorien Rückgänge zu verzeichnen gibt, blieb die Zahl der LGBTIQ*-feindlichen Vorfälle stabil bzw. stieg minimal an (2019: 25; 2018: 23). 21 dieser 25 Vorfälle sind Angriffe (2018: 15).

Wie in anderen Bezirken (etwa Friedrichshain-Kreuzberg oder Tempelhof-Schöneberg) erhöhte sich auch in Neukölln die Zahl der ge-

meldeten LGBTIQ*-feindlichen Angriffe.

Alle Angriffe fanden im öffentlichen Raum statt, meist an viel frequentierten Orten und Straßen und mehrheitlich abends oder nachts, da die Community sichtbar am bezirklichen Nachtleben teilnimmt.

Öffentliche Räume sind nach wie vor für bestimmte Gruppen und Menschen gefährlicher als für andere. Von einer Dunkelziffer in diesem Bereich muss weiterhin ausgegangen werden. Mit Blick auf berlinweite Entwicklungen lässt sich sagen, dass sich das Melde- und Anzeigeverhalten von Betroffenen geändert hat und dadurch mehr Menschen ihre Erfahrungen öffentlich machen. Ein Abbau der Hemmschwelle zur Anzeige ist auch auf Community-basierte Beratungsarbeit zurückzuführen.

Ein geändertes Meldeverhalten lässt sich allerdings nicht in allen Bereichen erkennen. Denn obwohl anzunehmen ist, dass Betroffene von LGBTIQ*-feindlichen Angriffen auch Ziel von Bedrohungen oder Beleidigungen sind, wurde in Neukölln 2019 nur 1 derartiger Vorfall gemeldet, was auch einen Rückgang zum Vorjahr darstellt (2018: 6). Es ist daher notwendig, Betroffene ernst zu nehmen, zu unterstützen, Vorfälle zu melden und zum Einschreiten bei Angriffen zu motivieren.

Die Neuköllner Angriffsserie

Auch wenn es etwas ruhiger um das Thema geworden ist, hat die Neuköllner Angriffsserie 2019 nichts an ihrer Aktualität verloren. Kritische Nachfragen auf parlamentarischer Ebene und der Druck durch zivilgesellschaftliche Proteste haben nachträglich zur Veröffentlichung von Ermittlungsergebnissen beigetragen. Zusätzlich haben die Skandale in Bezug auf die Polizeiarbeit dazu geführt, dass

linken und antifaschistischen Kontexten aktiven Privatpersonen und Morddrohungen bzw. Bedrohungen gesprüht.
Quelle: Register Neukölln, MBR, taz

23. Juni 2019

Am Abend des 23. Juni wurde eine Person von einer Gruppe von vier oder fünf Jugendlichen am Kottbusser Damm angegriffen. Zuerst wurde sie mit Wasser bespritzt. Als sie die Jugendlichen

daraufhin ansprach, wurde sie zu Boden geschubst und mehrmals getreten. Als Zeugen zu Hilfe kamen, flüchtete die Gruppe. Die Person vermutete, dass sie aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes und sexueller Orientierung angegriffen wurde.

Quelle: Polizei Berlin

30. September 2019

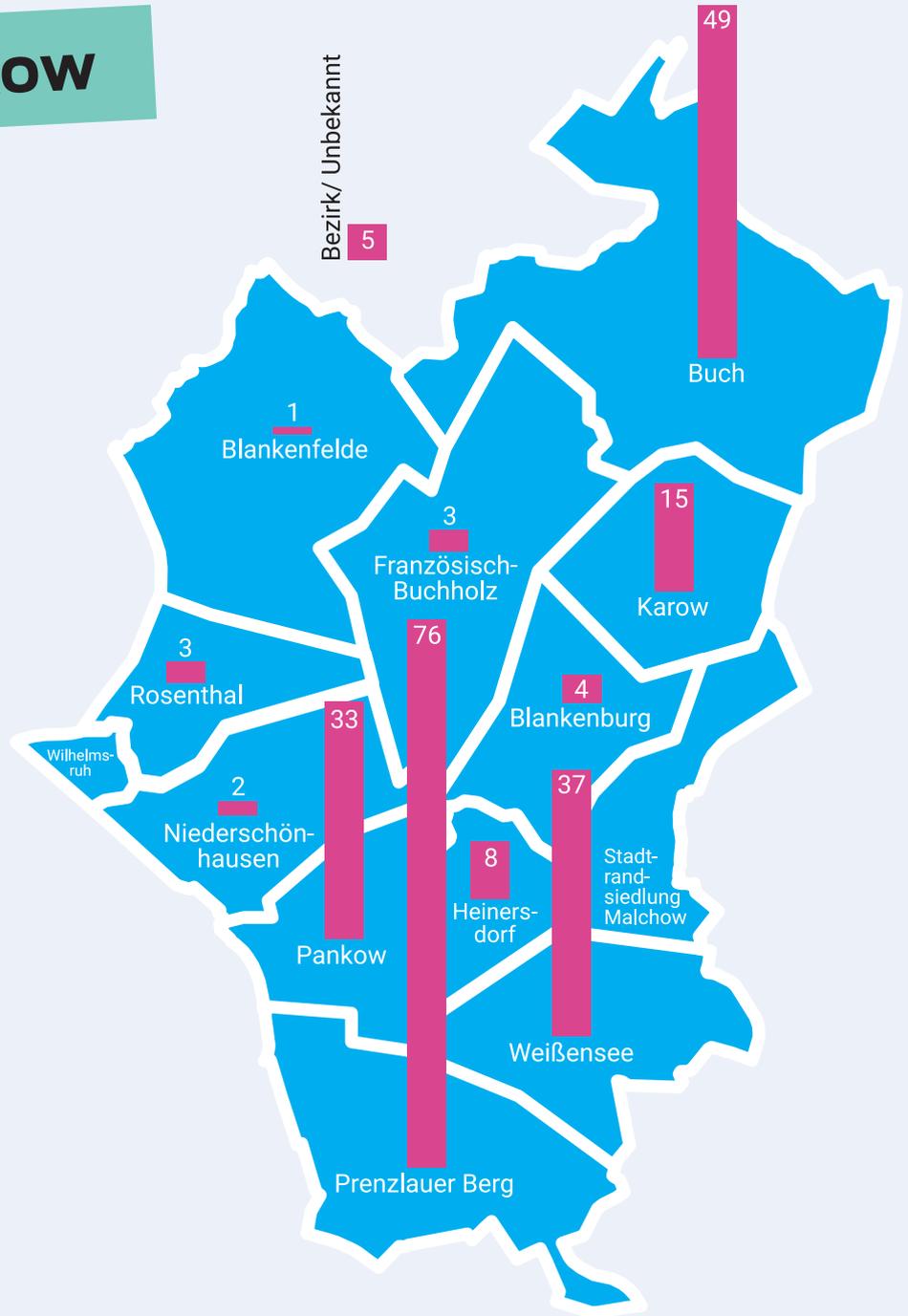
Eine Frau und ein Mann im Alter von 34 Jahren waren gegen 18:30 Uhr mit einem Kinderfahrradanhänger in der Roseggerstraße unterwegs. Die Frau wurde von einem 49-jährigen Mann rassistisch beleidigt und der Mann mit einer Bierflasche beworfen.

Quelle: ReachOut Berlin



Pankow

Der Bezirk Pankow ist mit knapp 410.000 Einwohner*innen der aktuell einwohner*innenstärkste Bezirk von Berlin, Tendenz wachsend. Der Prenzlauer Berg ist hierbei der Ortsteil mit der höchsten Bevölkerungsdichte im ganzen Bezirk. Insgesamt wohnen knapp 165.000 Menschen in dem Ortsteil, während in Weißensee „nur“ 53.700 Menschen leben. Zum Norden hin gliedert sich der Bezirk in weitere elf Ortsteile und erstreckt sich auf eine relativ große Fläche, sodass im Schnitt 3.925 Einwohner*innen pro Quadratkilometer im Bezirk leben.



Übermalte Hakenkreuze an Denkmal in Prenzlauer Berg Gefälschte Partei-Aufkleber zur Europawahl



Kontakt:
Pankower Register
 [moskito] Fach- und Netzwerkstelle
 gegen Rechtsextremismus, für
 Demokratie und Vielfalt
 Fehrbelliner Straße 92
 10119 Berlin

Tel.: 030 - 443 71 79
 Mail: moskito@pfefferwerk.de
 Twitter: @RegisterPankow

Die Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt [moskito] registrierte im Jahr 2019 insgesamt 236 Vorfälle für den Bezirk Pankow, denen das Motiv gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (Rassismus, Antisemitismus, LGBTIQ*-Feindlichkeit, etc.) und/ oder eine rechtspopulistische, extrem rechte bis neonazistische Einstellung zu Grunde lagen. Gegenüber den Vorjahren ist die Zahl der Meldungen leicht gestiegen (2018: 234; 2017: 230). Die meisten Vorfälle ereigneten sich im Zeitraum der Europa-Wahl (April: 26; Mai: 43). Generell zeigt sich, dass rassistische oder antisemitische Vorfälle von verschiedenen Täter*innen getätigt werden. Neonazis oder extreme Rechte spielen hierbei auch eine Rolle, sind jedoch nicht die Haupttäter*innengruppe. Die Adressierung der politischen Gegner*innen hingegen wird fast ausschließlich von Neonazis oder extremen Rechten begangen.

Zwei Seiten von Pankow – Prenzlauer Berg und Berlin-Buch

Der Prenzlauer Berg ist, wie in den Vorjahren, der Ortsteil mit den meisten Meldungen. Insgesamt 77 Vorfälle wurden hier verzeichnet. Der Ortsteil ist der dicht besiedelste im Bezirk Pankow, besitzt ein aktives Nachtleben sowie einige zentrale Verkehrsknotenpunkte (z.B. S-Bhf. Schönhauser Allee, S-Bhf. Greifswalder Straße oder S-Bhf. Storkower Straße). Im Vergleich zum Vorjahr ist ein leichter Anstieg zu verzeichnen (2018: 69, 2017: 61). Berlin-Buch ist mit 49 Einträgen weiterhin an zweiter Stelle und bewegt sich in den letzten Jahren auf einem ähnlichen Niveau (2018: 42, 2017: 47). Hier existieren weiterhin rechte und neonazistische Freundeskreise. Für die NPD Pankow ist dieser Ortsteil ein zentrales Aktionsfeld, wo Flyer gesteckt oder Aufkleber geklebt werden. Stark angestiegen sind die Vorfälle

in Weißensee von 19 (2018) auf 37 (2019). Für den Anstieg sind zum einen neue Meldemöglichkeiten über soziale Netzwerke, aber auch die zunehmende Zahl extrem rechter, rassistischer Aufkleber verantwortlich. Gesunken ist hingegen die Zahl der Vorfälle im Ortsteil Pankow mit 42 im Jahr 2018 auf 31 Meldungen. Die Anzahl bewegt sich auf einem ähnlichen Niveau wie 2017. Ebenfalls gesunken ist die Zahl der Vorfälle in Karow (2019: 15, 2018: 28, 2017: 30). Personen, die in den Vorjahren rechte oder neonazistische Aufkleber verklebt haben, scheinen sich aktuell nicht mehr im Ortsteil zu betätigen.

Angriffe leicht gestiegen – Bedrohungen gesunken

Der Großteil der Meldungen (57 %) sind weiterhin Propagandadelikte. Im Vergleich zum Vorjahr gibt es erneut einen Rückgang (2019: 134; 2018: 140; 2017: 154). Die Anzahl der Angriffe ist leicht gestiegen auf insgesamt 28 (2018: 24; 2017: 12). Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sind im Vergleich zum Vorjahr gesunken (2019: 39, 2018: 50, 2017: 30). Die Zahl der Veranstaltungen ist von 11 im Jahr 2018 auf 16 gestiegen. Im Vergleich zu den Jahren 2014, 2015 und 2016 ist die Anzahl jedoch stetig gesunken. Diese Jahre waren Höhepunkte der rassistischen Straßenmobilisierung gegen die Unterkünfte geflüchteter Menschen.

2019 gab es insgesamt 6 gemeldete Sachbeschädigungen und 3 BVV-Anträge, die registriert wurden. Die Anzahl der Sonstigen Meldungen ist auf 10 angestiegen. Hier wurden vor allem Vorfälle gemeldet, denen eine behördliche Diskriminierung zu Grunde lag. Diese bezogen sich fast ausschließlich auf das Jobcenter Pankow.

Tatmotive der Vorfälle

Das Hauptmotiv der Vorfälle im Jahr 2019 war wie in den letzten Jahren Rassismus.

Die Anzahl ist im Vergleich zum Vorjahr gesunken (2019: 93; 2018: 118; 2017: 82). Zweithäufigstes Motiv war Rechte Selbstdarstellung (2019: 44, 2018: 33, 2017: 66). Die Vorfälle, denen NS-Verherrlichung oder -Verharmlosung zu Grunde lag, sind in den letzten drei Jahren stetig gestiegen (2019: 39; 2018: 34; 2017: 31). Die Adressierung der politischen Gegner*innen sowie antisemitische Vorfälle hatten jeweils 21 Einträge. 7 Mal wurden LGBTIQ*-feindliche Meldungen registriert. 10 Vorfälle ereigneten sich im Zusammenhang mit dem Europa Wahlkampf.

Rassismus

Insgesamt 93 Vorfälle waren rassistisch motiviert. Im Vergleich zum Vorjahr war dies eine Abnahme. Es kann dennoch nicht von einer Entspannung ausgegangen werden. Vielmehr ist und bleibt Rassismus im Alltag ein Problem im Bezirk: bezogen auf alle Angriffe waren 19 von 28 rassistisch motiviert.

Exemplarisch folgen einige Beispiele, die unterschiedliche Facetten von Rassismus darstellen:

Angriffe aufgrund von antimuslimischen Rassismus

Am 12. Januar wurde ein Mann (49 Jahre) im Prenzlauer Berg von einem anderen Mann (50 Jahre) zuerst antimuslimisch-rassistisch beleidigt und anschließend an den Hals gefasst und gewürgt. Im April wurde eine Familie ebenfalls im Prenzlauer Berg aus antimuslimisch-rassistischen Gründen von einem Mann zuerst bespuckt und anschließend beleidigt. Am S-Bahnhof Greifswalder Straße wurde im gleichen Monat eine Frau von einem Mann zuerst antimuslimisch-rassistisch beleidigt und anschließend in den Bauch getreten. Der Täter zeigte den Hitlergruß und verschwand. Die betroffene Frau brach sich beim Hinfallen den Arm.

17. Januar 2019

Im Ortsteil Französisch Buchholz in der Pasewalkerstraße wurde ein 1x1 m großes schwarzes Keltenkreuz entdeckt. Das Keltenkreuz dient in der Neonazi-Szene als Symbol für die Vormachtstellung der „weißen Rassen“.
Quelle: NEA

14. Februar 2019

Im Ortsteil Pankow wird ein 39-jähriger Mann gegen 13:20 Uhr in einem Wohnhaus in der Wisbyer Straße von einem

Nachbarn aus antisemitischer Motivation beleidigt und gegen den Hinterkopf geboxt.

Quelle: ReachOut

3. April 2019

Im Ortsteil Pankow tätigte eine Frau in der Breite Straße in einer Gruppe eine anti-Schwarze Drohung. Sie äußerte die Worte, dass alle „Schwarzen abgeknallt werden sollen“.

Quelle: [moskito]

10. August 2019

Im Ortsteil Berlin-Buch kam es gegen 16:55 zu einer rassistischen Beledigung in der Franz-Schmidt-Straße vor dem Bucher Bürgerhaus. Eine Frau, die mit ihrem Kind unterwegs war, wurde von einer anderen Frau (ca. 50 Jahre), die vom Bürgeramt Buch kam, mit dem Satz „Eine Schlampe bist du mit so einem N*[-Wort]kind. Schlampe!“ bepöbelt.
Quelle: [moskito]

Angriffe aufgrund von Anti-Schwarzen Rassismus

Am 01. Mai wurde eine Schwarze Frau in der U2 im Prenzlauer Berg von einer Gruppe junger Männer, die an einer Station ausstiegen, zuerst angerempelt und anschließend mit dem Ellenbogen ins Gesicht geschlagen. Die Frau fiel daraufhin hin und blutete im Gesicht. In Karow wurde ein Schwarzer Mann am 13. Juni bespuckt. Der Betroffene wartete an einer Bushaltestelle, als ein Auto vor ihm hielt, eine Person aus dem Auto ihn anspuckte und ihm anschließend den Mittelfinger zeigte.

Angriffe gegen Geflüchtete

Im Prenzlauer Berg versuchten Unbekannte am 17. August in eine WG für junge Geflüchtete einzudringen. Zwei Männer und eine Frau traten gegen die Wohnungstür und riefen dabei rassistische Beleidigungen und Bedrohungen. Nachbar*innen schritten ein, so dass die Angreifenden nicht in die Wohnung gelangen konnten. Die Polizei wurde gerufen und nahm die Ermittlungen auf. Fast eine Woche später, am 26. August, versuchten Personen in eine Geflüchtetenunterkunft in Französisch-Buchholz einzudringen. Die anwesende Security konnte Schlim-

meres verhindern. In Berlin-Buch wurde ein geflüchteter Jugendlicher am 07. Dezember von einer Frau am Einsteigen in einen Bus gehindert, geschubst und rassistisch beleidigt. Als der Jugendliche sich an der Frau vorbei schieben wollte, kamen zwei Männer hinzu und versuchten den Jugendlichen zu schlagen. Eine weitere Person warf eine Flasche nach dem Jugendlichen. Der Busfahrer griff ein und warf die Angreifenden aus dem Bus.

20 von 39 Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien hatten als Motiv Rassismus. So gab es am 13. Januar im Ortsteil Pankow „Scheiß Ausländer“-Rufe von der gegenüberliegenden Straßenseite. Die Rufe richteten sich an eine Person of Colour. Am 03. April sagte eine Frau in Pankow, die in einer Gruppe unterwegs war, in einem Gespräch, dass alle „Schwarzen abgeknallt werden sollen“. In Berlin-Buch zeigte am 19. Juli ein Mann einem anderen den Hitlergruß und schrie: „Hier ist unser Land!“. Im Ortsteil Pankow wurde am 23. Oktober ein Paar mit den Worten „Rassenschande“ bepöbelt.

Insgesamt 39 der 134 Propaganda-Meldungen hatten ein rassistisches Motiv.

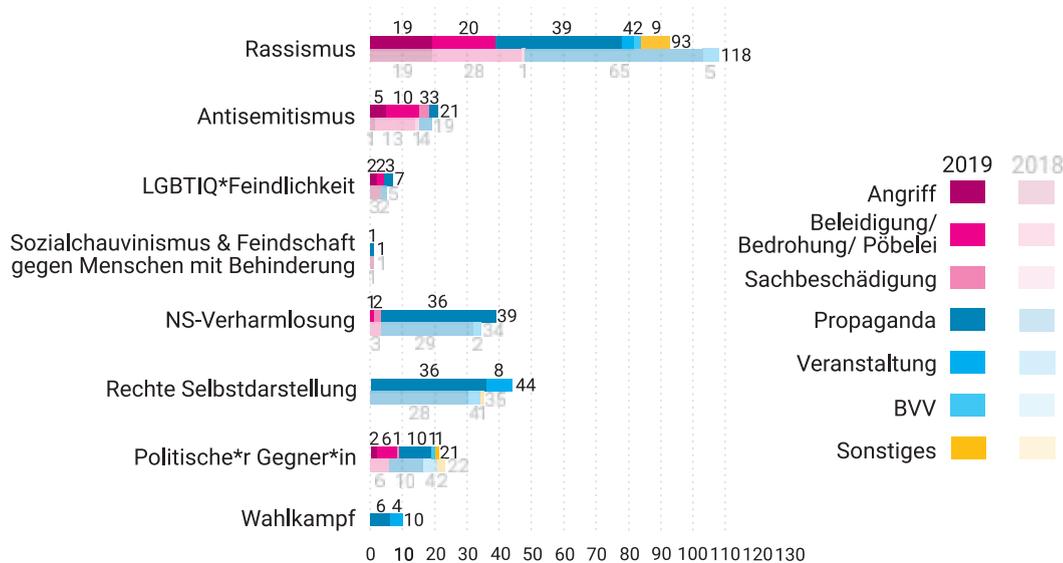
Dabei handelte es sich um Aufkleber, Flyer oder Sprühereien, die sich gegen Muslime*a richteten, Schwarze Menschen oder Geflüchtete adressierten.

Antisemitismus

Die meisten antisemitischen Vorfälle ereigneten sich im Innenstadt-Bezirk Prenzlauer Berg. Hier existiert offen gelebtes jüdisches Leben in Form von Restaurants, Cafés und der Synagoge. Aber auch in anderen Ortsteilen fanden schwerwiegende antisemitische Vorfälle statt.

5 von insgesamt 21 antisemitischen Vorfällen waren Angriffe. So wurde am 14. Februar ein Mann im Ortsteil Pankow zuerst antisemitisch beleidigt und anschließend auf den Hinterkopf geboxt. Im Prenzlauer Berg wurde am 03. September versucht, in eine Wohnung einzudringen und der Betroffene mit den Worten „dreckiger Jude“ beschimpft. In Karow wurde Ende Oktober ein Mann antisemitisch beleidigt. Als er sich verbal wehrte, griff ihn der Beleidiger an und schlug auf ihn ein. Der 70-jährige Betroffene wurde an Kopf und Kinn verletzt. Mitte November wurde im Ortsteil Pankow ein 76-jähriger Mann von Jugendlichen zuerst antisemitisch beleidigt und anschließend ins Gesicht geschlagen.

Insgesamt 10 Meldungen stellten antisemitische Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien dar. Es gab Schmierereien, die als Markierung dienen sollten, so wurde an einem Auto das Wort „Jude“ (04. Oktober) geschmiert, auch Klingelschilder in Weißensee wurden mit der Markierung „Jude“ versehen (09. Januar, 25. Januar).



4. Oktober 2019

Im Ortsteil Pankow wurde ein Auto mit den Wort „Jude“ beschmiert und markiert.

Quelle: RIAS

26. Oktober 2019

Im Ortsteil Niederschönhausen wurde kurz vor 21:00 Uhr ein 42-jähriger Mann in der Dietzgenstraße aus rassistischer und LGBTIQ-feindlicher Motivation von einem gleichaltrigen Mann beleidigt und geschlagen.

Quelle: ReachOut

16. November 2019

Im Ortsteil Berlin-Buch fand eine Party von Jugendlichen in der Nähe des ehemaligen THW-Geländes statt. Dort wurde u.a. die neonazistische Parole „Sieg Heil“ geschrien.

Quelle: Pankow Live vom 18.11.2019

Auf dem S-Bahnhof Pankow brüllte ein Mann unvermittelt zu einer Gruppe von ca. 15 Personen herüber: „Ihr Drecksjuden, Ihr sterbt alle“. Ein zivilgesellschaftliches Projekt im Prenzlauer Berg erhielt den Anruf: „Ich möchte 12 Millionen deutsche Opfer melden, die ein semitischer Gott umgebracht hat.“

In Weißensee gab es 2 antisemitische Schmierereien: Neben den gegen einen Sprayer gerichteten Slogan war ein durchgestrichener Davidstern gesprüht worden.

NS-Verherrlichung

Insgesamt 39 Vorfälle hatten NS-Verherrlichung oder -Verharmlosung als Motiv. Hierbei handelte es sich um zwei Sachbeschädigungen: Am 07. Mai wurde das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Buch am Vortag des Gedenkens zur Befreiung vom Nationalsozialismus beschmiert. Am 16. November wurde die Gedenktafel zu dem SA-Konzentrationslager am Wasserturm im Prenzlauer Berg beschädigt. Der Großteil, insgesamt 36 Einträge, waren Propagandadelikte: Eine Vielzahl Hakenkreuz-Schmierereien wurden gemeldet, aber auch Plakate mit der Aufschrift „NS-AREA“ oder „NAZI KIEZ“-Schmierereien.

Politische Gegner*innen

Insgesamt zwei Angriffe richteten sich ge-

gen politische Gegner*innen: Am 04. April wurde ein Mann in Berlin-Buch aufgrund seiner linken Einstellung zuerst beleidigt, dann geschlagen und getreten. Am 08. Mai wurde ein Mann, ebenfalls in Berlin-Buch, nach einer Gedenkundgebung zur Befreiung vom Nationalsozialismus von einem anderen Mann tätlich angegriffen und ins Gesicht gefasst. Der Betroffene konnte sich jedoch wehren.

6 Vorfälle waren Beleidigungen, Pöbeleien und Bedrohungen. So kam es 2 Mal zu „Scheiß Zecken“-Rufen und einmal wurde eine Frau als „Antifa-Fotze“ beleidigt. Ebenso wurde der Briefkasten von Mitgliedern einer demokratischen Partei in Berlin-Buch mit Bauschaum gefüllt. Der größte Teil der Vorfälle gegen politische Gegner*innen waren Propagandadelikte (10). So gab es zum Beispiel eine Serie von Aufklebern der extremen Rechten, die mit diskreditierenden Slogans die Werbung demokratischer Parteien nachahmte.

Schwache Neonaziszene

Organisierte Neonazis machen aktuell nur noch einen kleinen Teil des extrem rechten Spektrums aus. Ein paar wenige Neonazis sind im Kreisverband der neonazistischen Partei NPD Pankow und deren Jugendorganisation (Junge Nationaldemokraten) organisiert. Hauptaktionsform war das

Verteilen von Flyern oder das Verkleben von Aufklebern der NPD oder JN. Hinzu kamen ein paar wenige Spaziergänge im Rahmen der Kampagne „Schutzzonen schaffen“. Die Kampagne wurde von der NPD bundesweit organisiert. Einzelne Neonazis ohne organisatorische Anbindung leben weiterhin im Bezirk Pankow. Aktuell treten sie politisch nicht in Erscheinung.

Ausblick

In den nächsten Jahren ist weiterhin zu erwarten, dass sich an zentralen Verkehrsknotenpunkten im Bezirk Vorfälle ereignen werden. Diese sind: S-Bahnhof Schönhauser Allee, S-Bahnhof Greifswalder Straße, S-Bahnhof Storkower Straße sowie S-Bahnhof Pankow. Aber auch am Antonplatz in Weißensee ereignen sich immer wieder Vorfälle, da hier verschiedene Tram- und Buslinien zusammenkommen. Im Pankower Norden, speziell in Berlin-Buch, wird es weiterhin aktive Neonazis oder extreme Rechte geben, die versuchen, ihr Weltbild in die Öffentlichkeit zu tragen. Tage, an denen die politischen Gegner*innen adressiert werden, sind der 08. Mai am sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Buch sowie das Gedenken an den durch Neonazis ermordeten Dieter Eich am 24. Mai 2000.

Kooperationspartner*innen

INSSAN

Das Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit ist eine seit 10 Jahren bestehende unabhängige Anlaufstelle für Menschen, die von Antimuslimischem Rassismus betroffen sind.

Der Projektfokus liegt auf Community Empowerment. In diesem Rahmen werden kostenlose Empowerment- und Sensibilisierungsworkshops angeboten. Zudem ist Inssan eine Anlauf- und Beratungsstelle für betroffene Menschen, unterstützt und begleitet sie z.B. zu Klärungsgesprächen oder Gerichtsterminen. Die Beratung ist parteiisch für die Ratsuchenden.

Inssan dokumentiert Meldungen zu antimuslimischem Rassismus und Hate-Crimes und wertet sie aus.

Ziel der Dokumentation ist es, Diskriminierung von Muslim*innen sichtbar zu machen,

denn viele Vorfälle bleiben bisher im Verborgenen.

Benachteiligungen können in den verschiedensten Bereichen des alltäglichen Lebens vorkommen: In der Schule, am Arbeitsplatz, bei der Arbeitssuche, bei der Wohnungssuche, im Supermarkt, in öffentlichen Verkehrsmitteln, im Umgang mit Behörden oder einfach auf der Straße.

Unter dem Link inssan.de/meldung können niedrigschwellig Meldungen direkt über einen Meldebogen geschickt werden.

Das Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit ist ein Projekt von Inssan e.V. und wird gefördert von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (LADS).



Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit

Kontakt

Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit

Inssan e.V.
Gitschiner Str. 17
10969 Berlin

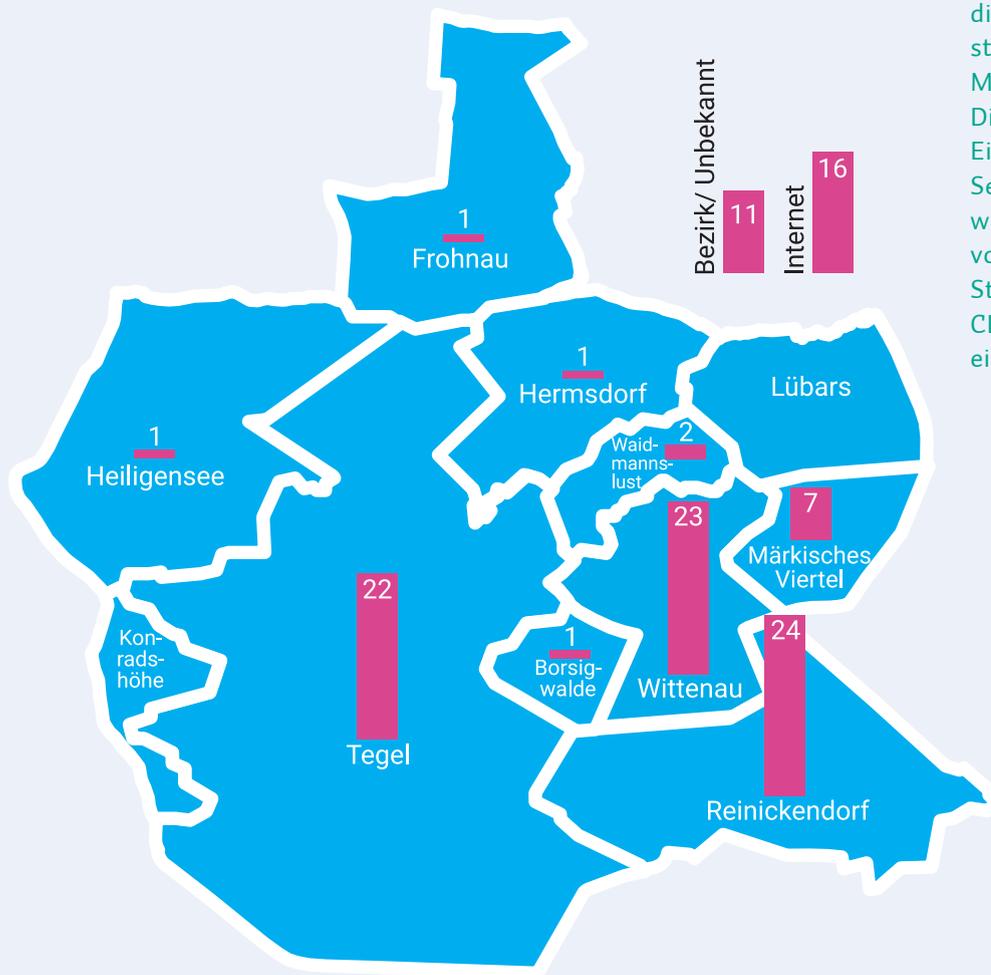
Tel.: 030 - 2061 9639
Email: antidiskriminierung@inssan.de
Web: www.inssan.de

Social Media:

Facebook: Netzwerk gegen Diskriminierung und Islamfeindlichkeit
Instagram: [@inssan_e.v](https://www.instagram.com/inssan_e.v)
Twitter: [@InssanV](https://twitter.com/InssanV)

Reinickendorf

Der Bezirk Reinickendorf erstreckt sich mit seinen elf Ortsteilen Reinickendorf, Borsigwalde, Wittenau, Märkisches Viertel, Lübars, Waidmannslust, Hermsdorf, Frohnau, Heiligensee, Konradshöhe und Tegel vom Wedding bis zum nördlichen Berliner Stadtrand. Reinickendorf hat mit knapp 270.000 Einwohner*innen vergleichsweise wenig Einwohner*innen, die sich auf die Gebiete in Innenstadtnähe und die Großsiedlung Märkisches Viertel konzentrieren. Die übrigen Ortsteile sind stark von Einfamilienhaussiedlungen geprägt. Seit mehr als zwei Jahrzehnten wird der bzw. die Bürgermeister*in von der CDU gestellt. Unter den Stadträt*innen befinden sich neben CDU-Vertreter*innen gegenwärtig ein SPD- und ein AfD-Politiker.



Antisemitischer Schriftzug am Buddeplatz

Flüchtlingsfeindlicher Sticker in der Gotthardstr.



Kontakt:

Register Reinickendorf

Stiftung SPI - Geschäftsbereich
 Lebenslagen, Vielfalt & Stadtentwicklung

Register Reinickendorf
 Frankfurter Allee 35 – 37, Aufgang C
 10247 Berlin

Tel.: 01577 - 57 44 973
 Mail: register-rd@stiftung-spi.de
 Web: www.berliner-register.de/reinickendorf

Im Jahr 2019 wurden in Reinickendorf insgesamt 107 diskriminierende Vorfälle und extrem rechte Aktivitäten dokumentiert. Damit liegt das Jahr auf dem Niveau der beiden Vorjahre (2017: 107; 2018: 114). Wenn man die Vorfälle außer Acht lässt, die sich im Internet abspielten, stieg die Zahl der Vorfälle leicht von 86 auf 91 Offline-Fälle.

Wie in den übrigen Bezirken machte Propaganda den Großteil der Vorfälle aus. Im Unterschied zu Bezirken mit sehr aktiver, extrem rechter Szene, liegt der Anteil von Propagandafällen in Reinickendorf aber unter 50 %, so dass andere Vorfallsarten entsprechend stärker ins Gewicht fallen. Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien stiegen leicht auf 25 dokumentierte Vorfälle an (2018: 22). Die übrigen Vorfallsarten gingen minimal zurück. Die Zahl der Angriffe lag mit 10 registrierten Vorfällen auf dem seit 2015 weiterhin erhöhten Niveau. Die Angriffe waren überwiegend rassistisch (8 Vorfälle, davon 1 antimuslimischer Vorfall), aber auch LGBTIQ*-feindlich (2 Vorfälle) motiviert. Sie fanden in den Ortsteilen Tegel, Märkisches Viertel, Wittenau und Reinickendorf statt. Tatorte der Angriffe waren Straßen und der öffentliche Nahverkehr (jeweils 4 Vorfälle), aber auch ein Badestrand am Tegeler See. Soweit bekannt, waren die Angreifer in allen Fällen Männer. Die Täter griffen vor allem nachmittags und abends an und waren in der Regel alleine. Betroffen waren einzelne oder mehrere Frauen, teils mit Babys, Fahrgäste in der U-Bahn, einzelne andere Männer oder gemischtgeschlechtliche Familien oder Paare. Im Unterschied zum Vorjahr waren keine Frauen als Täter*innen an Angriffen beteiligt. In mindestens drei Situationen griffen Zeug*innen mutig ein. 15 Veranstaltungen (2018:16) zeigen, dass es auch in Reinickendorf Treffpunkte und Veranstaltungsorte für die extreme Rechte gibt. Acht der dokumentierten Ver-

anstaltungen wurden von der AfD getragen, sechs von der NPD und einer unabhängigen Neonazi-Gruppe aus dem Umfeld des Neonazi-Magazins „Recht und Wahrheit“. Darüber hinaus wurden 6 sonstige Vorfälle, meist Diskriminierungsfälle (2018: 8), 3 Vorfälle im Zusammenhang mit der Bezirksverordnetenversammlung (2018: 4) sowie 2 Sachbeschädigungen (2018: 2) registriert.

Der Großteil der Vorfälle war weiterhin rassistisch motiviert, antisemitisch motivierte Vorfälle und NS-Verherrlichung stiegen jedoch deutlich an. Auch lesbenschwulen- und transfeindliche Vorfälle verdoppelten sich im Vergleich zu den Vorjahren auf 6 Vorfälle (2017: 1; 2018: 3).

Rassismus in seinen verschiedenen Varianten blieb im Jahr 2019 das Hauptmotiv, allerdings sank die Gesamtzahl deutlich auf 59 (2018: 81). Die dokumentierten Fälle in den Unterbereichen antimuslimischer Rassismus (2018: 9; 2019: 7) und anti-Schwarzer Rassismus (2018: 4; 2019: 3) sanken leicht. Vorfälle, die antiziganistisch motiviert waren, halbierten sich (2018: 9; 2019: 4).

Deutlich weniger Fälle als im Vorjahr wurden außerdem als Selbstdarstellung extrem rechter Organisationen eingeordnet (2018: 19; 2019: 11). Im Unterschied zum Vorjahr fand mit dem Europawahlkampf wieder ein Wahlkampf statt, dem 5 Vorfälle zugeordnet wurden. Wie bisher blieben die dokumentierten Fälle von Sozialchauvinismus sehr niedrig bei 2 Vorfällen (2018: 1), wobei jedoch von einer großen Dunkelziffer auszugehen ist.

Die meisten Vorfälle konzentrierten sich wie in den Vorjahren auf die Ortsteile Reinickendorf, Wittenau sowie Tegel. Die drei Ortsteile glichen sich zahlenmäßig an. Wie zuvor ist der Ortsteil Reinickendorf mit 24 Vorfällen Spitzenreiter (2017: 33; 2018: 21). Die Vorfälle in Wittenau und Tegel stiegen aber jeweils deutlich, so dass beide Orts-

teile mit 23 (2017: 10; 2018: 16) bzw. 22 (2017: 11; 2018: 16) fast gleichauf liegen.

Im Märkischen Viertel wurden hingegen mit 7 Vorfällen nur halb so viele Vorfälle wie in den Vorjahren (2017 und 2018: 15) dokumentiert. In den übrigen Ortsteilen wurden wie bisher keine oder höchstens 2 Vorfälle gemeldet, was teilweise auf eine weiterhin schwache Melder*innenstruktur zurückzuführen ist. Dort gibt es bisher keine Anlaufstellen und kaum Einzelpersonen, die Vorfälle melden. Ein Vorfall wurde als bezirkswweiter Vorfall (2018: 2) eingetragen. In 10 weiteren Fällen waren die genauen Orte entweder nicht bekannt oder wurden auf Wunsch von Betroffenen anonymisiert (2018: 9).

Antisemitismus und NS-Verherrlichung

Mit 13 Vorfällen im Jahr 2019 war die Verherrlichung und Verharmlosung des Nationalsozialismus das zweithäufigste Motiv in Reinickendorf. Die daraus resultierenden Zahlen stiegen in den letzten Jahren kontinuierlich an, bleiben jedoch auf vergleichsweise niedrigem Niveau. Gegenüber den Vorjahren verdoppelten sie sich (2017: 5; 2018: 6). Auch die Zahl antisemitisch motivierter Vorfälle lag doppelt so hoch wie im Vorjahr (2017: 1; 2018: 3; 2019: 6). Diese Zahlen zeigen, dass die Relativierung des Nationalsozialismus und Antisemitismus mittlerweile auch dort im Alltag angekommen sind, wo man sie vielleicht zunächst nicht vermutet. Auch wenn es in Reinickendorf weniger aktive Neonazistrukturen gibt als in anderen Bezirken, gibt es Personen, die auf Bahnhöfen oder im öffentlichen Straßenland entsprechende Schmierereien kritzeln oder die aktuelle Regierungspolitik mit dem Nationalsozialismus gleichsetzen. Auffallend ist, dass Antisemitismus in 3 Fällen (2018: 0) in Form von verbalen Pöbeleien und Beleidigungen auftrat, die Akteure sich also offensiv mit antisemitischen Inhalten gegenüber anderen Personen po-

11. August 2019

Gegen 21 Uhr wurden zwei Frauen im Alter von 28 und 37 Jahren im S-Bahnhof Wittenau von einem alkoholisierten 37-jährigen Mann aus rassistischer Motivation angegriffen. Die beiden Frauen saßen, in Begleitung zweier Säuglinge im Kinderwagen, auf einer Bank und unterhielten sich auf Türkisch. Die 28-Jährige wurde von dem Mann grob an der Schulter gefasst, geschüttelt und aufgefordert, sich auf Deutsch zu unterhalten. Als sie ihn aufforderte, sie loszulassen, drohte er den beiden

Frauen, nahm eine Metallratsche von seinem Gürtel und holte zum Schlag aus. Die Frauen flüchteten in eine S-Bahn. Zeug*innen nahmen dem Angreifer das Werkzeug ab und hielten ihn fest bis die Polizei kam.
Quelle: ReachOut, Bundespolizei

15. September 2019

Im AfD-Stammlokal in Wittenau fand ein Treffen des völkischen „Flügels“ der AfD statt. Auf dem Podium saßen mehrere AfD-Politiker*innen aus dem Berliner Abgeordnetenhaus. Unter den mehr als

50 Gästen befand sich eine Berliner AfD-Bundestagsabgeordnete.

Quelle: MBR

22. Dezember 2019

Am letzten Wochenende vor Weihnachten veranstaltete der NPD Kreisverband Mitte-Reinickendorf in einer Kneipe in der Residenzstraße in Reinickendorf-Ost ein Weihnachtsessen und in nationalsozialistischer Tradition ein sogenanntes „Julfest“. Die NPD-Jugendorganisation JN nahm mit einem Info-Stand teil.

Quelle: Register Reinickendorf

sitionierten. In einem Fall beschimpfte eine Mitarbeiterin der Abfertigung am Flughafen Tegel einen Reisenden antisemitisch. Daneben gab es jedoch weiterhin auch Personen, die heimlich und unerkannt Parolen an öffentlichen Plätzen hinterließen. So wurde beispielsweise ein Jugendlicher dabei beobachtet, wie er abends auf einem Klettergerüst im Ortsteil Reinickendorf die Parole „Jude Zyklon - B“ anbrachte. In den Bereich der NS-Verherrlichung fielen Veranstaltungen und Gedenkaktionen der NPD und anderer Neonazis mit nachweislichem Bezug zur nationalsozialistischen Ideologie und Praxis (4 Vorfälle) sowie einschlägige Aufkleber und gekritzelte Hakenkreuze (3 Vorfälle). Darüber hinaus äußerte sich ein Politiker verharmlosend über den Zweiten Weltkrieg und in Facebook-Diskussionen kam es zu Gleichsetzungen von NSDAP und Bündnis 90/Die Grünen. In 3 Fällen pöbelten Passant*innen, ähnlich wie im Bereich Antisemitismus, jedoch auch andere Personen mit NS-Parolen oder Hitlergruß an. So rief ein älterer Mann, der

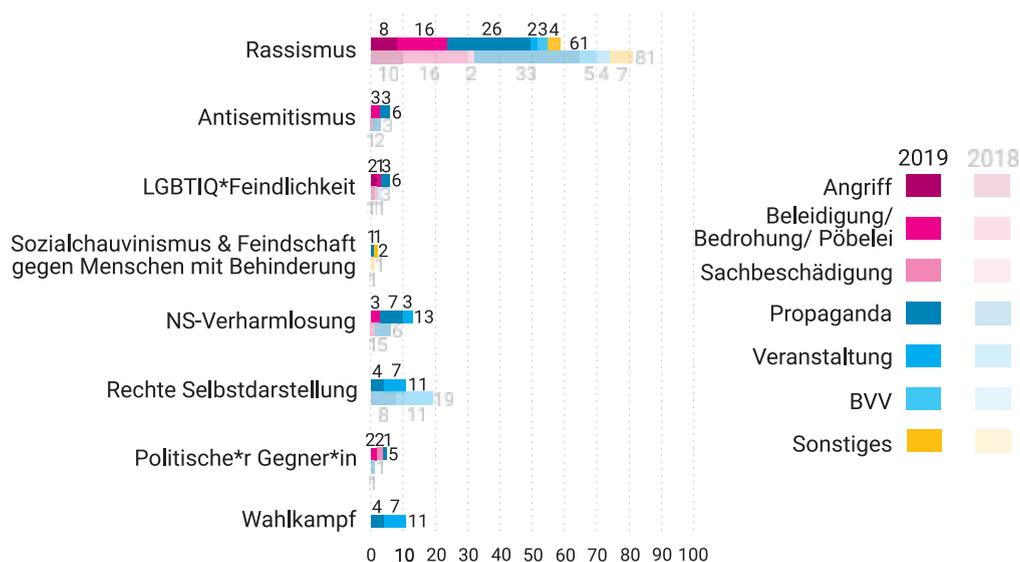
borstraße protestierten Anwohner*innen für den Erhalt der Kleingewerbe auf dem geplanten Gelände und gegen die Rodung sehr alter Bäume. Auch in Reinickendorf wurden Proteste gegen den Bau einer MUF am Paracelsusbad im Jahr 2018 mit Denkmalschutz und Naturschutz begründet. Der Erhalt eines alten Baumbestandes auf dem Gelände der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik wurde auch 2019 als Hauptargument gegen den Bau einer Unterkunft für Geflüchtete herangezogen. Der Schutz bestehender Strukturen und Institutionen, Denkmalschutz und Naturschutz sind legitime Interessen, die bei der Suche nach geeigneten Standorten berücksichtigt werden müssen. Im Unterschied zur Anwohner*innen-Initiative in Kreuzberg wurden einige der Proteste gegen die Unterkünfte in Reinickendorf in den Jahren 2018 und 2019 vom Register Reinickendorf als flüchtlingsfeindlich eingestuft und damit in die Chronik des Bezirks aufgenommen. Argumente wie Natur- und Denkmalschutz wurden in diesen Fällen als vorgeschobene Gründe einge-

In Reinickendorf blieben Bekundungen der Solidarität und konstruktive Lösungsalternativen für den Standort hingegen aus. Zusätzlich kamen weitere Faktoren hinzu, die es ermöglichten, die Proteste in einem größeren Rahmen zu deuten. Im Jahr 2018 wurde beispielsweise eine Bürgerinitiative gegen den Bau einer Unterkunft am Paracelsusbad und die damit einhergehenden Aktivitäten als flüchtlingsfeindlich eingestuft, da sich führende Persönlichkeiten der Initiative pauschal abwertend über Geflüchtete geäußert hatten.

Im Februar 2019 startete die AfD eine Online-Petition gegen den Bau einer Unterkunft auf dem Gelände der Karl-Bonhoeffer-Klinik. Auch ein Antrag im Abgeordnetenhaus thematisierte im August die Bebauungspläne. Im September störten Unterstützer*innen einer neu gegründeten, offenbar AfD-nahen Bürgerinitiative, „Bürgerinitiative KaboN-Park: Unser Amazonas in Reinickendorf i. G.“ die Sitzung der Bezirksverordnetenversammlung, indem sie Flugblätter auslegten und ein Transparent hochhielten.

Die Texte der AfD vermeiden flüchtlingsfeindliche Äußerungen, müssen aber im Kontext der gesamten, auf die Abwehr und Abwertung von Geflüchteten zielende Politik der Partei gewertet werden. Hinzu kommt, dass die Reinickendorfer AfD generell Stimmung gegen die Unterbringung von Geflüchteten im Bezirk machte, etwa indem sie behauptete, Unterkünfte würden steigende Kriminalität bedeuten.

Um Proteste gegen Unterkünfte zu bewerten, können also folgende Fragen gestellt werden: Bejaht die Initiative die Unterbringung von Geflüchteten prinzipiell? Arbeitet sie an konstruktiven Alternativen? Wie äußern sich die verantwortlichen Akteur*innen an anderer Stelle über Geflüchtete? Und schließlich: Engagieren sich die Beteiligten auch in anderen Kontexten für Denkmalschutz und Naturschutz? Falls nicht, kann auch die ungleich verteilte Empörung ein Indiz für flüchtlingsfeindliche Motive sein. Diese Überlegungen bildeten die Grundlage für die Einstufung der Bürgerinitiative als flüchtlingsfeindlich.



in Begleitung einer Frau unterwegs war, am U-Bahnhof Alt-Tegel einer Gruppe Jugendlicher, wahrscheinlich aus rassistischer Motivation, „Sieg Heil“ zu. Auch in Alltagsgesprächen äußerten sich Personen rassistisch oder den Nationalsozialismus verharmlosend. So bemerkte eine Person im Fahrstuhl völlig anlasslos: „Hitler - das war nicht die schlechteste Zeit für Deutschland.“

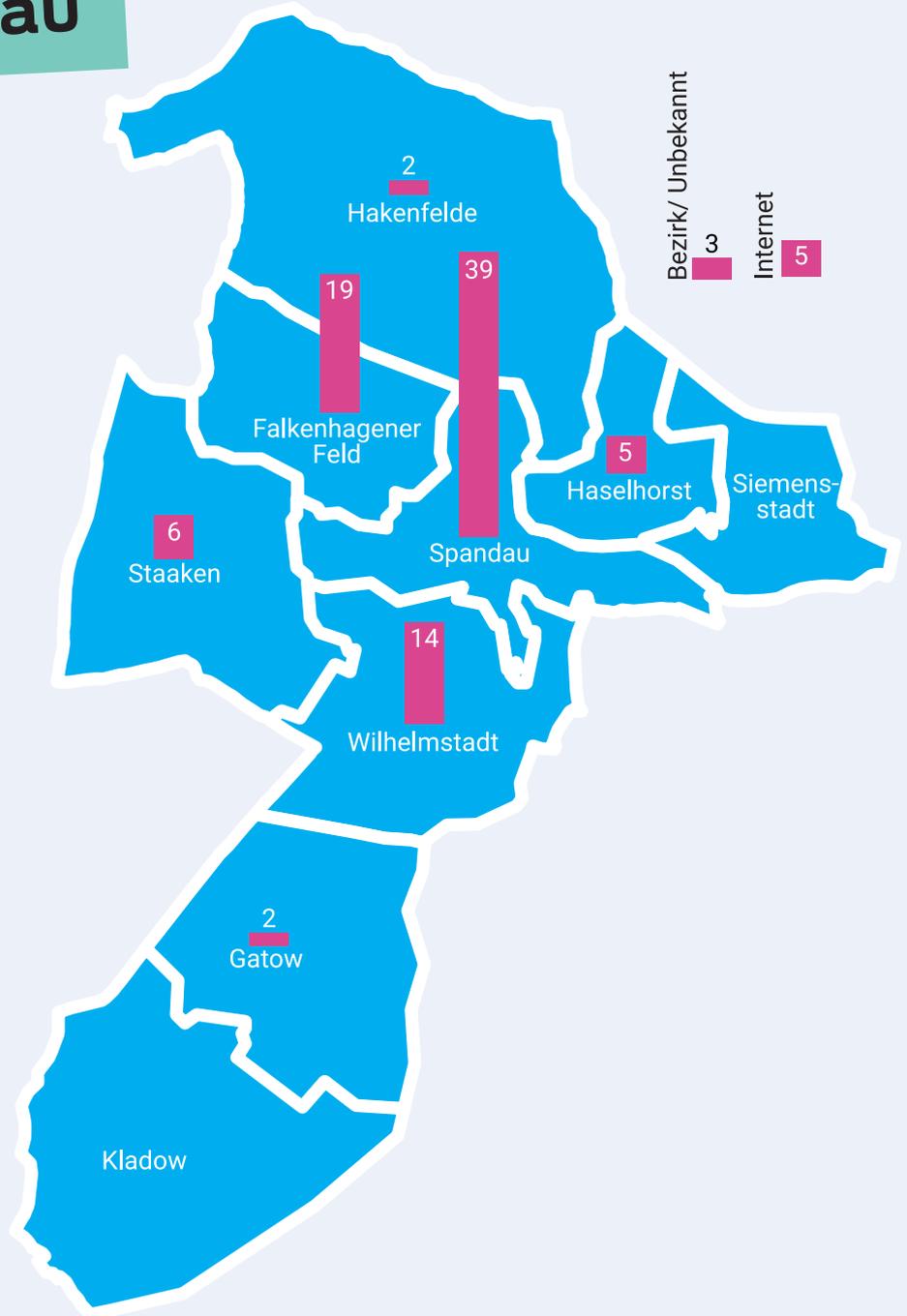
Verdeckter Rassismus bei Protesten gegen Unterkünfte für Geflüchtete

Auf den ersten Blick sind sie kaum zu unterscheiden: die Initiativen gegen den Bau mehrstöckiger Unterkünfte für Geflüchtete, sogenannter MUFs, in Kreuzberg und Reinickendorf. In der Kreuzberger Rati-

stuf, die eine generelle, flüchtlingsfeindliche Ablehnung von Unterkünften im Bezirk verschleiern und so möglichen Rassismuskorrekturen vorbeugen sollten. Worin lag der Unterschied zu Kreuzberg? In Kreuzberg positionierten sich die Anwohner*innen von Beginn an klar für die Aufnahme und menschenwürdige Unterbringung von Geflüchteten. Außerdem arbeiteten sie an konkreten Alternativen, wie kleineren Unterkünften auf dem Gelände, wo diese Platz finden könnten, ohne dass bestehende Strukturen abgerissen und Bäume gefällt werden müssten. Die Proteste waren so ganz klar nicht gegen die Geflüchteten allgemein gerichtet, sondern gegen das konkrete Bauvorhaben.

Spandau

Der Bezirk Spandau liegt am westlichen Stadtrand und hat knapp 250.000 Einwohner*innen. Der Ortsteil Spandau liegt im Zentrum des Bezirks und ist mit der U-Bahnlinie 7, der S-Bahn und der Regionalbahn gut an die Innenstadtbezirke Berlins angebunden. Hier ist der Sitz der Verwaltung, tagt die Bezirksverordnetenversammlung, und es gibt eine Fußgängerzone mit Einkaufsmöglichkeiten. Neben der beschaulichen Altstadt verfügt der Bezirk auch über Ortsteile, die von Hochhausiedlungen geprägt sind und über welche, in denen Einfamilienhäuser und Grünflächen das Stadtbild dominieren.



Gefälschter Partei-Aufkleber zur Europawahl

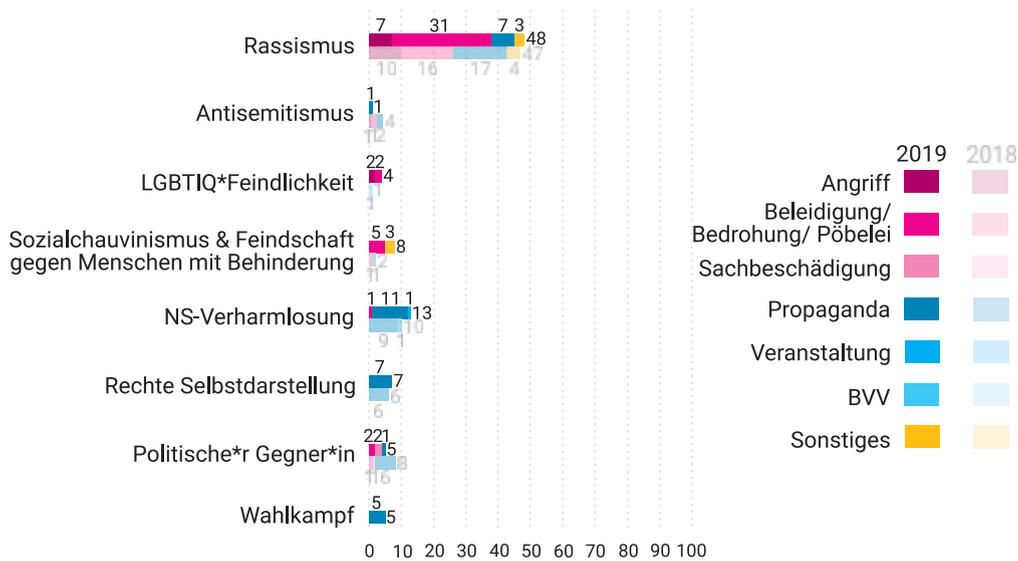
NS-verherrlichende Aufkleber in Spandau



Kontakt: Registerstelle Spandau

GIZ gGmbH
Reformationsplatz 2
13597 Berlin

Tel.: 0162 - 5781723
Mail: register.spandau@giz.berlin



Im Vergleich zu anderen Bezirken ist eine Besonderheit in Spandau, dass nicht Propagandavorfälle den Großteil der Dokumentation ausmachen, sondern Vorfälle der Kategorie Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei. Einzige Ausnahme bildet das Jahr 2018 mit Propaganda als häufigster Vorfallsart. Als zweithäufigste Vorfallsart in 2019 wurden 33 Propaganda-Vorfälle erfasst (2018: 40). Darunter waren Aufkleber, gesprühte Parolen und Flyer. In Spandau wurden 2019 insgesamt 9 Angriffe gemeldet, was ebenso wie 2018 die dritthäufigste Vorfallsart darstellt (2018:11). Die höchsten

Die bezirkliche Registerstelle Spandau wurde 2014 beim Träger „Gesellschaft für Interkulturelles Zusammenleben GIZ gGmbH“ eingerichtet. Bei diesem Träger werden pädagogische Weiterbildungen, Alphabetisierungs- und Integrationskurse angeboten, außerdem befinden sich bei diesem Träger auch das WiA-Büro (Willkommen in Arbeit) und die Integrationslots*innen für Spandau. So konnten von Anfang an Geflüchtete und Migrant*innen, die häufig von Rassismus und Diskriminierung betroffen sind, direkt und mittels Übersetzung durch Kolleg*innen ihre Erfahrungen der Registerstelle melden. Durch die Arbeit der „Partnerschaft für Demokratie“ in Spandau konnte das Netzwerk der Registerstelle erweitert werden, so dass 2019 fünf neue Anlaufstellen gewonnen wurden. Die Reichweite des Registers vergrößerte sich dadurch in verschiedenen Ortsteilen, wodurch sich die Anzahl der erfassten Vorfälle kontinuierlich erhöht hat. Die Zahl der Registervorfälle ist von 18 im Jahr 2014 auf 78 im Jahr 2018 angestiegen.

Auswertung nach Arten der Vorfälle

Im Jahr 2019 wurden vom Register Spandau 95 Vorfälle erfasst, was eine Steigerung zum Vorjahr um 22 % bedeutet, aber weiterhin die niedrigste Vorfallszahl im Vergleich mit den anderen Berliner Bezirken darstellt. Die Steigerung ist zurückzuführen auf die Erweiterung des bezirklichen Netzwerkes um neue zivilgesellschaftliche Akteur*innen. Fast 50 % der Vorfälle und die damit häufigste Vorfallsart waren Vorfälle der Kategorie Bedrohung/Beleidigung/Pöbelelei. Diese ist mit 46 Vorfällen im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen (2018: 21). Zwei Drittel (31) dieser Vorfälle waren rassistisch motiviert:

Angriffszahlen wurden in Spandau im Jahr 2016 verzeichnet. Damals wurden 13 Angriffe gemeldet. In diesem Jahr war die Hochphase rassistischer Straßenmobilisierung gegen Unterkünfte von geflüchteten Menschen.

22. Dezember 2019

Eine muslimische Frau, die ein Kopftuch trug, lief an einem älteren Paar (ein Mann und eine Frau) vorbei. Die Frau äußerte sich verächtlich und beleidigend über die traditionelle Kleidung der muslimischen Frau.

Motive der erfassten Vorfälle

Die von den Registern erfassten Vorfälle werden auch nach Motiven kategorisiert. In Spandau war seit Einrichtung der Registerstelle 2014 Rassismus das häufigste Motiv (2019: 48 Vorfälle). Die Kategorie Rassismus umfasst zusätzlich antimuslimischen Rassismus, Anti-Schwarzen-Rassismus und Antiziganismus. Jeder zweite Vorfall in Spandau war rassistisch motiviert, unter den Angriffen machte Rassismus sogar 78 % der Vorfälle aus. Von 9 Angriffen waren 7 rassistisch und 2 LGBTIQ*-feindlich. Zweithäufigstes Motiv war, ebenso wie im Vorjahr, die Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus mit 13 Vorfällen (2018: 9). Dabei handelt es sich um

Beispielvorfälle

8. Januar 2019

Eine Frau mit Migrationshintergrund, die von Obdachlosigkeit bedroht war und deshalb im Sozialamt um einen Termin zur Wohnungsvermittlung bat, bekam die Antwort, es gäbe keine Termine, sie seien keine Makler. Als die Begleitperson der Frau (ohne Migrationshintergrund) neben diese trat und noch einmal nach einem Termin fragte, bekam die Frau einen Termin. (Das Datum wurde anonymisiert.)
Quelle: Bürger*innen-Meldung

15. Februar 2019

Kurz vor Mitternacht wurde in der Westerdahlstr. im Falkenhagener Feld eine Frau von einem Mann LGBTIQ*-feindlich beleidigt, geschlagen und getreten.
Quelle: ReachOut

12. März 2019

Am Morgen fanden die Mitarbeiterinnen einer Frauenberatungsstelle die Eingangstür und die Schaufenster mit zahlreichen Stickern der neonazistischen Kleinstpartei „Der III. Weg“ beklebt.
Quelle: Register Spandau

15. März 2019

Eine Frau mit Migrationshintergrund arbeitete in einer Firma mit insgesamt neun Mitarbeiter*innen in Gatow. Sie hatte bemerkt, dass alle Kolleg*innen an einem Tag der Woche eine längere Mittagspause machten, um gemeinsam essen zu gehen. Nach einigen Wochen sprach sie einen Kollegen an, dass sie sich dem gerne anschließen würde. Dies wurde mit der Begründung abgelehnt, sie seien eine geschlossene Gruppe.
Quelle: Gesellschaft für Interkulturelles Zusammenleben GIZ gGmbH

Vorfälle wie das Zeigen des Hitlergrußes, Hakenkreuze oder andere NS-Symbole:

30. April 2019

Ein Mann zeigte auf einem Sportplatz am Förderichplatz den Hitlergruß und deutete den Hitler-Bart an. Zeug*innen riefen die Polizei, woraufhin der Mann festgenommen wurde.

Bei den Motiven LGBTIQ*-Feindlichkeit (2018: 1, 2019: 6) und Behindertenfeindlichkeit (2018: 1, 2019: 5) ist der berlinweiten Entwicklung entsprechend ein Anstieg festzustellen. In beiden Kategorien gibt es berlinweit neue Kooperationspartner*innen, die Fälle aus der Antidiskriminierungsberatung anonymisiert an die Registerstellen weiterleiten.

Verteilung der Vorfälle nach Ortsteil¹

Seit 2014 wurden die meisten Vorfälle für den Ortsteil Spandau gemeldet. Das liegt zum einen an seiner zentralen Lage: Hier befinden sich mit Fern- und S-Bahnhof, der Endhaltestelle der U7 sowie den Haltestellen aller Spandauer Busse wichtige Verkehrsknotenpunkte, an denen Menschen aufeinandertreffen. Rathaus und Bürgeramt, Jobcenter und Sozialamt als Orte potenzieller Diskriminierung liegen ebenfalls in diesem Ortsteil, außerdem der Marktplatz und Rathausvorplatz, auf denen (Wahl-)Veranstaltungen und Kundgebungen stattfinden. Die übrigen Ortsteile haben kleine Zentren mit wenigen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und sind von Siedlungsgebieten mit Hochhaus-

bauten, vor allem aber Einfamilienhäusern und ausgedehnten Grünflächen geprägt. 2019 wurde erstmals mehr als die Hälfte aller Vorfälle (55 %) aus anderen Ortsteilen als Spandau gemeldet. Dies zeigt, dass es inzwischen gelungen ist, auch dort zivilgesellschaftliche Akteur*innen für die Mitarbeit am Register zu gewinnen.

Falkenhagener Feld – Ortsteil mit dem größten Anstieg

Nach Spandau ist das Falkenhagener Feld der Ortsteil mit den meisten gemeldeten Vorfällen, daher sollen im Folgenden die Vorfälle aus diesem Ortsteil genauer analysiert werden. Im Vergleich zum Vorjahr (2019: 19; 2018: 4) hat sich die Zahl der Meldungen deutlich erhöht. 11 Vorfälle wurden aus dem Umfeld Schule übermittelt. Bei allen Vorfällen handelte es sich um Beleidigungen. Vier der Beleidigungen gingen vom pädagogischen Personal aus, entweder waren Schüler*innen direkt adressiert oder die beleidigenden Äußerungen wurden über die Familien der Schüler*innen gegenüber Kolleg*innen geäußert. Alle Beleidigungen waren rassistisch bzw. antimuslimisch rassistisch motiviert:

7. November 2019

Eine Pädagogin an einer Schule äußerte über ihre Schüler*innen: „Kein Wunder, dass sie so sind, die arabischen Familien erziehen ihre Kinder nicht.“

Die 7 Beleidigungen von Schüler*innen-seite waren entweder LGBTIQ*-feindlich (3) oder rassistisch (2) und direkt an eine anwe-

sende Person adressiert. In 2 Fällen wurde das Wort „behindert“ genutzt, um Anwesende negativ zu bewerten.

13. Dezember 2019

Ein Jugendlicher äußerte über einen anderen Jugendlichen mit gefärbten Haaren: „Bist du schwul, oder was?“ und fuhr fort, mit seinen Freunden über ihn zu lästern: „He, guck mal, wie der aussieht, er ist schwul!“

Diese 11 Vorfälle innerhalb von nur zwei Monaten zeigen die alltäglichen Diskriminierungen an Schulen. Bei den Meldungen handelt es sich ausschließlich um beleidigende Äußerungen, die öffentlich getätigt wurden. Bei insgesamt 57 allgemeinbildenden Schulen in Spandau ist von einem großen Dunkelfeld auszugehen.

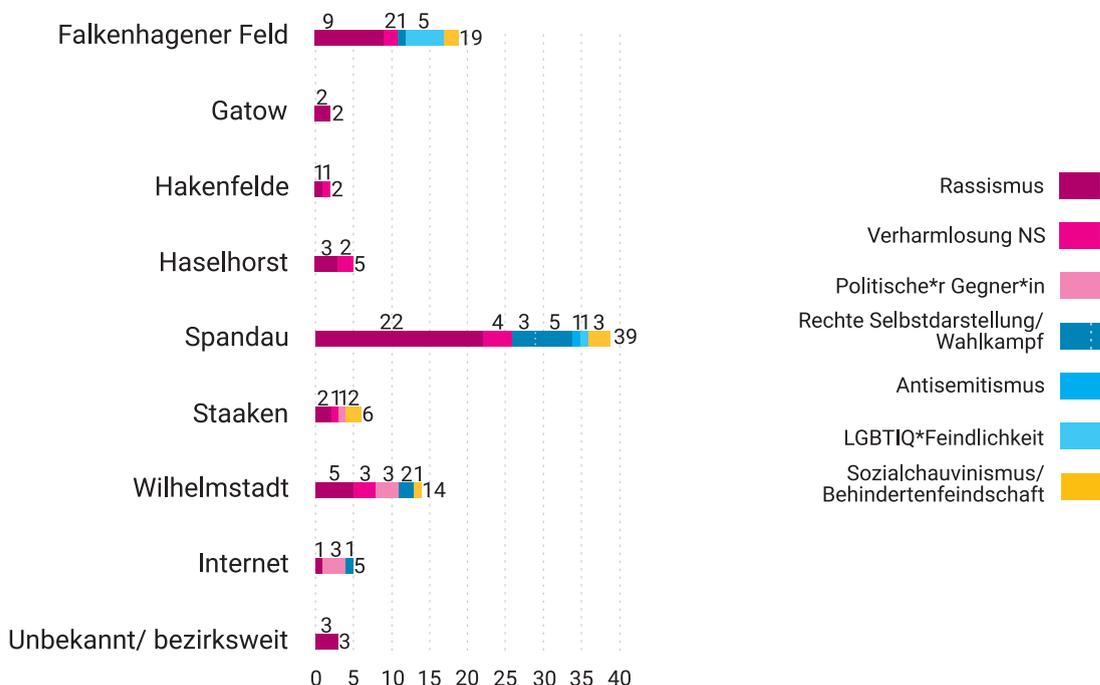
Die Zahl der Vorfälle im Falkenhagener Feld hat sich im Vergleich zu 2018 auch unabhängig von den „Schul-Vorfällen“ verdoppelt, was vor allem deshalb bemerkenswert ist, da von 2014 bis 2018 insgesamt nur 6 Vorfälle gemeldet wurden und die Steigerung nicht, wie bei den Vorfällen aus dem Umfeld Schule, mit neuen Melder*innen erklärt werden kann. Neben dem zahlenmäßigen Anstieg ist die Qualität der Vorfälle besorgniserregend. Wurden in den Vorjahren fast nur Propaganda-Vorfälle erfasst, waren im vergangenen Jahr 4 von 19 Vorfällen Angriffe, der Rest waren Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien. Zwei der Angriffe waren LGBTIQ*-feindlich, zwei waren rassistisch motiviert:

September 2019

Ein 67-jähriger Mann wurde gegen 13:20 Uhr in der Straße „Am Kiesteich“ im Ortsteil Falkenhagener Feld LGBTIQ*-feindlich beleidigt und in den Bauch getreten.

In Spandau nimmt die Zahl der Meldungen langsam, aber stetig zu. Die Reichweite des Netzwerks der Registerstelle steigt mit der Thematisierung von Rassismus, Antisemitismus und den Aktivitäten der extremen Rechten in zivilgesellschaftlichen und politischen Diskussionen auf lokaler Ebene.

Verteilung der Motive in den Spandauer Ortsteilen 2019



¹ Der Bezirk Spandau hat neun Ortsteile, einer, mit der Altstadt als Zentrum, heißt ebenfalls Spandau

Steglitz-Zehlendorf

In Steglitz-Zehlendorf leben über 310.000 Menschen. Dabei könnten die einzelnen Ortsteile unterschiedlicher nicht sein, was bspw. ihre Anbindung oder Sozialstruktur angeht. Dies spiegelt sich auch in den aufgenommenen Vorfällen und Dunkelfeldern im Bezirk wider.

Zu den Ortsteilen, die durch Verkehrsknotenpunkte oder eine Vielzahl an Institutionen, wie der FU, höher frequentiert sind, gehören Lichterfelde und Dahlem. Doch auch die Ortsteile auf der sogenannten Seenplatte wie Wannsee oder Lankwitz gehören zum Bezirk. Die meisten Vorfälle wurden in den Zentren des Bezirkes Zehlendorf und Steglitz dokumentiert.



Selbstgemachter „Fuck Islam“-Aufkleber

Gesprühtes Hakenkreuz



Kontakt:
Register Steglitz-Zehlendorf
 Mittelhof e.V.
 Königstraße 42-43
 14163 Berlin

Mail: sz@berliner-register.de
 Twitter: [@RegisterBSZ](https://twitter.com/RegisterBSZ)

Im Jahr 2019 dokumentierte die Registerstelle 180 Vorfälle im Bezirk. Das sind 40 Vorfälle weniger als im Jahr zuvor. Dieser Rückgang ist u.a. auf das geringere Engagement neurechter Akteur*innen auf der Straße zurückzuführen. So wurden weniger Propagandafälle der „Identitären Bewegung“ dokumentiert. Die meisten Vorfälle wurden im Ortsteil Steglitz 59 (2018: 60), gefolgt von Zehlendorf 39 (2018:73) und Lichterfelde 32 (2018: 22) erfasst. Im Monat Mai kam es zu den meisten Vorfällen (21), was auf die Aktivitäten im Wahlkampf der Europawahl zurückzuführen ist. Die meisten Vorfälle waren 2019 rassistisch motiviert (2019: 68). Der Großteil der dokumentierten Vorfälle fand im öffentlichen Raum statt. In geschlossenen Räumen, wie dem Wohnumfeld, Behörden, Schulen und Universitäten, ist davon auszugehen, dass mehr Vorfälle passieren als von Betroffenen gemeldet werden.

Bedrohungen und tätliche Angriffe

Die Zahl der Angriffe nahm zu und liegt im Jahr 2019 bei 10 (2018: 8). Die meisten dieser Angriffe (6) waren rassistisch motiviert. Es lässt sich in den vergangenen drei Jahren ein Anstieg beobachten. So hat sich die Anzahl der Angriffe seit 2017 (5) verdoppelt. Dennoch kommt sie nicht an die Höchstzahl im Jahr 2016 heran (15). Mit 19 Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien bleibt die Zahl weiterhin hoch (2018: 25). Mehr als die Hälfte davon (10) waren rassistisch. Dass die Zahl im Jahr 2018 höher war, lag vor allem daran, dass das antisemitische Mobbing eines Schülers an der John-F.-Kennedy-Schule publik wurden. Insgesamt haben antisemitische Vorfälle abgenommen, es wurden 6 (2018: 19) dokumentiert. Ein besonders

schwerer Vorfall ereignete sich am 18. Juni 2019 in einer Parkanlage an der Grunewaldstraße. Ein 23-jähriger Mann wurde von einem Mann aus einer Gruppe von 10 Personen heraus aus antisemitischer Motivation geschlagen und verletzt.

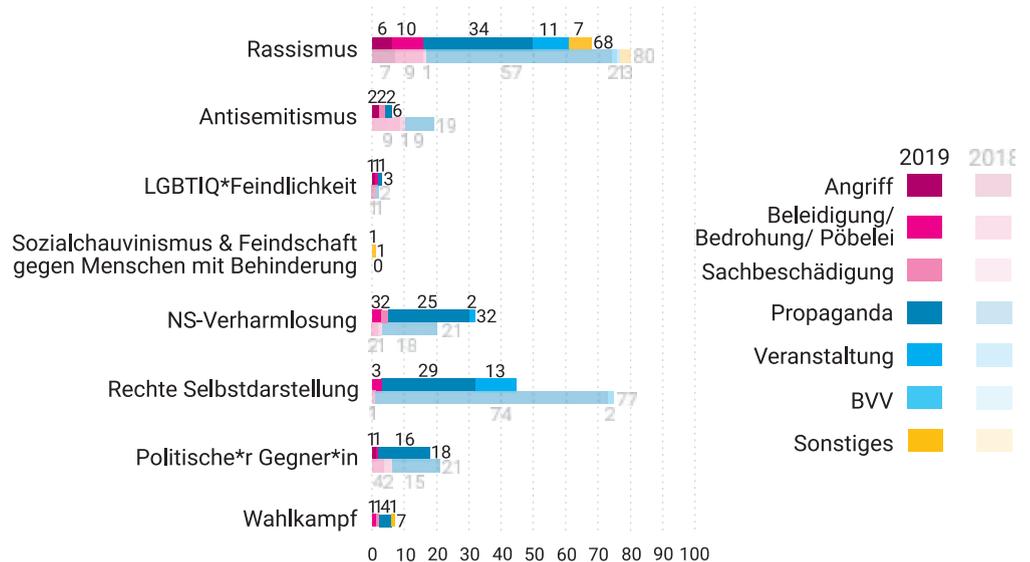
Anstieg von NS-Verharmlosung

Besonders stark gestiegen sind Vorfälle, deren Hintergrund NS-Verharmlosung ist, das heißt Hakenkreuze, Hitlergrüße etc. Es ereigneten sich 32 Fälle von NS-Verharmlosung (2018: 20), was einen Anstieg von 60 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Besonders auffallend sind im Bezirk Graffitis mit klarem NS-Bezug, wie z.B. „Nazi-Zone“, gesprühte Hakenkreuze oder Schmierereien. Eine Thematisierung der NS-verharmlosenden Vorfälle sowie der rechten Propagandavorfälle mit direktem NS-Bezug ist in Steglitz-Zehlendorf bislang nicht wahrnehmbar. Dennoch ist es eine Tatsache, dass NS-Verharmlosung auch in einem „bürgerlichen“ Bezirk ohne stark verankerte neonazistische oder Kameradschaftsstrukturen vorkommt und ansteigt. Die Täter*innen im Bezirk waren in den vergangenen Jahren

der Neuen Rechten zuzuordnen. Der Anstieg der NS-Symbolik spricht deshalb für eine inhaltliche Radikalisierung dieser Szene. Auch die Durchführung eines sogenannten Heldengedenkens durch die „Identitäre Bewegung“ am 20. November auf einem Friedhof im Bezirk bestärkt diese These. Beim sogenannten Heldengedenken versuchen Neonazis, ein geschichtsrevisionistisches Bild vom Nationalsozialismus und den Verbrechen der Wehrmacht zu vermitteln.

Neurechte Netzwerke in Steglitz-Zehlendorf

Neben Charlottenburg-Wilmersdorf bleibt Steglitz-Zehlendorf einer der neurechten Hotspots in Berlin. Nicht nur der starke AfD-Bezirksverband, die „Identitäre Bewegung“ sowie die Ansiedlung diverser Studierendenverbände, von denen zumindest die Gothia direkte Verbindungen zur AfD und zur „Identitären Bewegung“ haben, sondern auch aktive Einzelpersonen wie Andreas Wild, sind hier beheimatet. (Neu)rechte Netzwerke haben sich nicht erst kürzlich gebildet, sondern haben, wie die Gothia, eine lange Tradition in West-



Beispielvorfälle

12. Januar 2019

Ein 19-jähriger Mann, der eine Kippa trug, wurde durch einen anderen Mann antisemitisch beleidigt. Ebenso soll der Täter einen Stein nach ihm geworfen haben. Die Polizei ermittelt.
Quelle: Stadtrandnachrichten, Polizei Berlin

11. April 2019

Ein 39-jähriger Mann wird gegen 19.15 Uhr auf dem Steglitzer Damm von einem 50-jährigen Mann rassistisch

beleidigt, am Hals gepackt, gestoßen und geschlagen.
Quelle: ReachOut, Polizei Berlin

17. November 2019

In der Eisenstraße/Südenndstraße wurde an einem Briefkasten der Post ein mit Edding gemaltes Hakenkreuz entdeckt. Kurze Zeit zuvor stand am gleichen Briefkasten, ebenfalls mit Edding geschrieben, die Parole „AfD Zone“.
Quelle: Antifa Recherche Südwest

2. Dezember 2019

Im U-Bahnhof Rathaus Steglitz wurde eine rassistische und antisemitische Schmiererei entdeckt und entfernt. Sie lautete: „Denkt dran Kanacken! Wir hatten auch mal 6 Mio Juden hier“.
Quelle: Initiative „Hass vernichtet“

berlin (in Charlottenburg-Wilmersdorf und in Steglitz-Zehlendorf). Ihr rechtskonservatives, elitäres und tendenziell antisemitisches Gedankengut ist Grundlage dafür, dass sie für „Identitäre“, Junge Alternative und AfD-Sympathisant*innen im Zuge der Debatten um Asylrecht und Migration nach Europa anschlussfähig waren. Die Infrastruktur dieser Netzwerke wird stärker genutzt, dadurch sind sie wahrnehmbarer geworden und deshalb muss man ihnen mehr Beachtung schenken.

Jedoch zeigt sich ein Trend hin zu ausdifferenzierteren rechten Strukturen im Bezirk, der sich bereits 2018 angedeutet hat. Eine inhaltliche Annäherung an die Themen der AfD am rechten Rand der CDU- oder der FDP-Wähler*innen erscheint weitestgehend erschöpft. Dies zeigt sich an einem stagnierenden Anteil der Wähler*innenstimmen im Bezirk. Dementsprechend findet eine Fokussierung auf extrem rechte Wählergruppen statt. Dies wird besonders bei den Veranstaltungen von Andreas Wild deutlich. Er versucht unterschiedliche Spektren der extremen Rechten miteinander zu vernetzen. Dafür nutzt Wild die regelmäßig, unter dem Titel „Blauer Dialog“ stattfindenden Veranstaltungen, zu denen er neben dem „Volkslehrer“ auch Referent*innen der sogenannten Männerschutzszenen, Leyla Bilge, der Herausgeber des extrem rechten Magazins „Compact“, Jürgen Elsässer, oder der wegen Volksverhetzung verurteilte, aus der Partei ausgeschlossene AfD-Verordnete Kay Nerstheimer, einlädt. Wild, der aus der Abgeordnetenhausfraktion der AfD ausgeschlossen wurde und dem vom Verfassungsschutz zum Teil beobachteten „Flügel“ an-

gehört, wurde 2019 zum stellvertretenden Vorsitzenden im Bezirksvorstand der AfD gewählt. Dies zeigt, dass die extrem rechte Positionierung im Bezirksverband viele Anhänger*innen hat. Dass sie nicht auf unfruchtbaren Boden fällt, wurde auch anhand einer Bürger*innenversammlung im Rathaus zum Thema „Unterbringung von Geflüchteten“ deutlich. Dort fielen diverse Teilnehmer*innen mit rassistischen Aussagen auf.

Propaganda weiterhin die höchste Vorfallsart

Unter Propagandavorfällen versteht man das Kleben von Plakaten, Stickern und Schmierereien im öffentlichen Raum. Von den 111 Propagandafällen geht der größte Anteil (29) auf extrem rechte Selbstdarstellung zurück, wobei auch hier ein Rückgang zu verzeichnen ist. Im Jahr 2018 gab es noch 74 Propagandafälle mit rechter Selbstdarstellung als Motiv. Die meisten dieser Fälle waren der „Identitären Bewegung“ zuzuordnen. Der hier beschriebene Rückgang liegt an dem geringeren Aktivismus dieser Akteur*innen auf der Straße. Insgesamt scheint die Hochphase der sogenannten Identitären in Berlin vorbei zu sein. Sichtbar wird das neben der geringeren Propaganda auch am Ausbleiben von Großmobilisierungen oder öffentlichkeitswirksamen symbolischen Aktionen.

Schaut man sich die Veränderung der Vorfälle der letzten Jahre an, so sieht man, dass gerade in der Kategorie Propaganda die Vorfälle stark zurückgegangen sind. Waren es im Jahr 2017 noch 200 Propaganda-Vorfälle - vor allem Aufkleber -, sind es im Jahr 2019

nur noch 111. Damals haben Propagandavorfälle 85 % aller dokumentierten Vorfälle ausgemacht, 2019 sind es 62 %. Der prozentuale Anteil der unterschiedlichen Vorfälle zeigt, wie es sich auch im letzten Jahr bereits abgezeichnet hat, eine qualitative Verschiebung weg von niedrigschwelligen Vorfällen wie Aufklebern hin zu Schmierereien (2019: 31) im Bereich Propaganda sowie eine Zunahme von Veranstaltungen (2019: 26; 2018: 4; 2017: 19).

Fazit

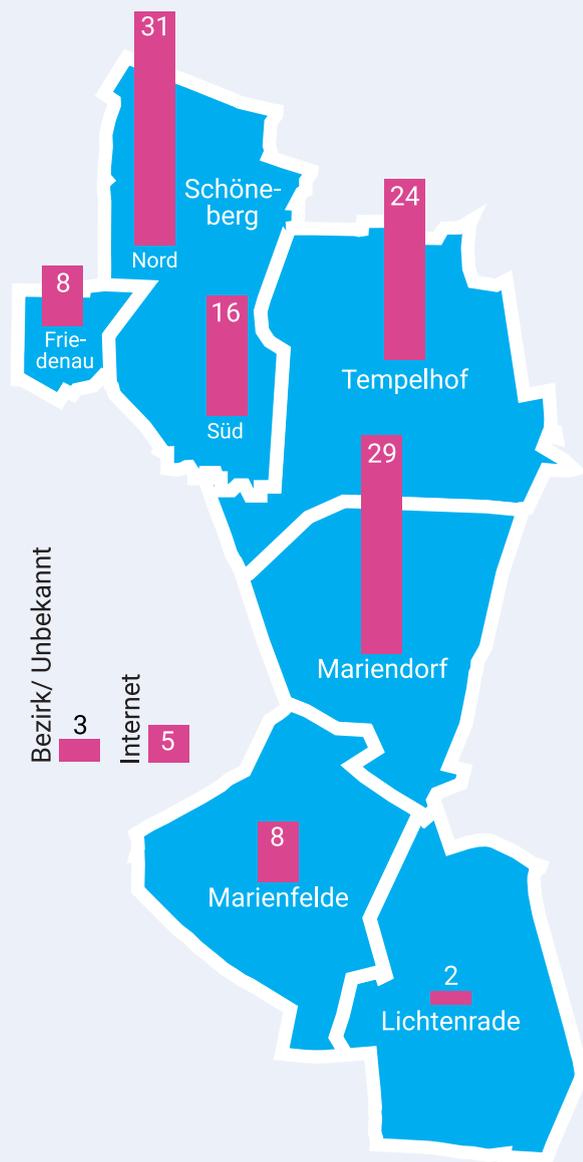
Die nächsten Jahre werden zeigen, inwiefern sich (Um-)Gruppierungsprozesse im Umfeld der AfD weiter entwickeln und sich die Art der Vorfälle weiter in Richtung der Aktionsfelder der extremen Rechten verschiebt. Ebenso abzuwarten bleibt, wie sich die steigende Bekanntheit der Registerstelle auf die Dokumentation der Vorfälle auswirken wird. Trotz der gesunkenen Zahlen insgesamt ist mit einer Dunkelziffer zu rechnen. Besonders wenig präsent sind die Themenfelder Behindertenfeindlichkeit, Obdachlosenfeindlichkeit, Antiziganismus, anti-Schwarzer Rassismus und Vorfälle, die sich gegen LGBTIQ* richten.

Im vierten Jahr der Registerstelle Steglitz-Zehlendorf ist positiv anzumerken, dass das Thema Diskriminierung bzw. Anti-Diskriminierung im Bezirk häufiger thematisiert wird. Allerdings bleibt es dabei, dass bisher hauptsächlich bereits sensibilisierte Menschen Vorfälle melden. Zunehmende Aktivitäten in diesem Themenfeldern zeigen, dass das Interesse bei öffentlichen Akteur*innen ansteigt.



Neonazi-Ortsmarkierung mit Aufkleber in Steglitz-Zehlendorf

Tempelhof-Schöneberg



Mit seinen mehr als 350.000 Einwohner*innen ist Tempelhof-Schöneberg der drittgrößte Bezirk Berlins nach Einwohnerzahl. Die sieben Ortsteile des Bezirks (Schöneberg-Nord, Schöneberg-Süd, Friedenau, Tempelhof, Mariendorf, Marienfelde, Lichtenrade) sind in ihrer Struktur sehr unterschiedlich. Vom großstädtisch geprägten Schöneberger Wittenbergplatz, über den Regenbogenkiez rund um den Nollendorfpark und die Stadt villen in Friedenau bis hin zu dörflichen Strukturen mit der alten Dorfanlage in Marienfelde und Hochhaus siedlungen am Stadtrand in Lichtenrade. Dementsprechend sind die Netzwerkstrukturen und Gegebenheiten für die Erfassung von Vorfällen sehr unterschiedlich und somit auch die Anzahl der Meldungen aus den verschiedenen Ortsteilen.

NPD verteilt Europawahl-Flyer im Bezirk

Sticker der „Identitären“



Kontakt:
Register Tempelhof-Schöneberg
 Nachbarschafts- und Selbsthilfzentrum in der UFA-Fabrik e.V.
 Viktoriastr. 13
 12105 Berlin

Tel.: 0157 - 374 508 19
 Mail: tempelhof-schoeneberg@berliner-register.de
 Twitter: @TsRegister

Tempelhof-Schöneberg

In Tempelhof-Schöneberg erfasste die Registerstelle im Jahr 2019 insgesamt 126 Vorfälle. Gegenüber dem Vorjahr (2018: 93 Vorfälle) sind das 32 Meldungen mehr, also ein Anstieg um ein Drittel. Im Berliner Vergleich ist Tempelhof-Schöneberg damit ein Bezirk mit im Verhältnis wenig dokumentierten Vorfällen.

Mediales Interesse nur in Einzelfällen

Mediales Aufsehen erregten Vorfälle, die nicht als alltäglich angesehen werden können: Am 8. Oktober 2019 fand in einem Lokal in Friedenau ein sogenanntes „Dienststagsgespräch“ statt, bei dem der Schweizer Holocaust-Leugner Bernhard Schaub einen Vortrag hielt. Die Veranstaltungsreihe wird seit den 1990er Jahren von einem ehemaligen Funktionär der Republikaner und der NPD regelmäßig durchgeführt. Zivilgesellschaftliche Proteste begleiteten die Veranstaltung. Der Eigentümer der Gastronomie, der sich durch die extrem Rechten getäuscht fühlte, machte von seinem Hausrecht Gebrauch und brach das Treffen ab.

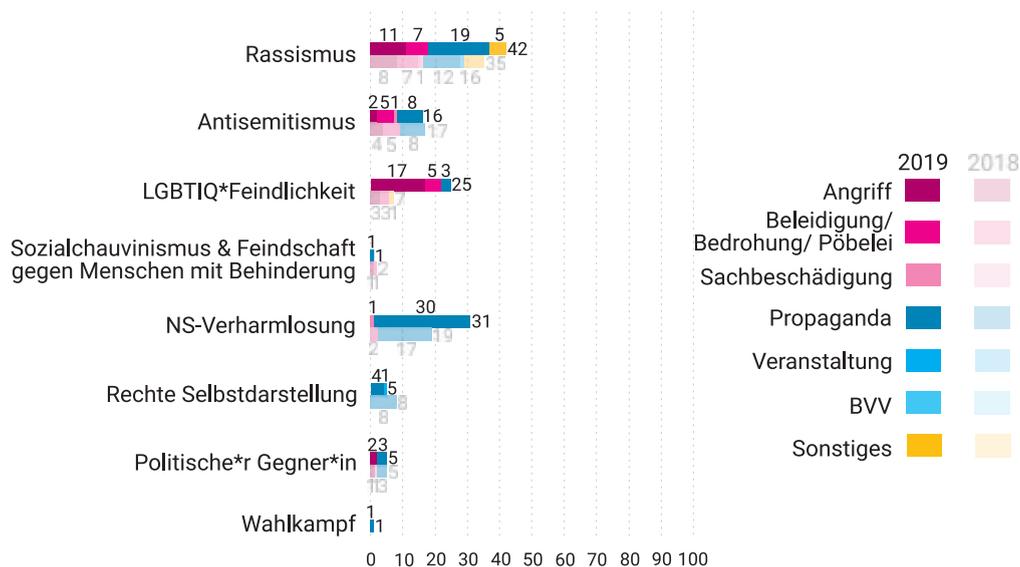
Nur wenige Wochen darauf, am 15. November 2019, kam es im Umfeld eines Amateurspiels im Männerfußball in Marienfelde zu antisemitischen Rufen und Angriffen auf politische Gegner*innen. Anhänger*innen des Gastvereins, der für sein antirassistisches Engagement bekannt ist, wurden beschimpft und nach dem Spiel von Unbekannten attackiert. Beide Vorfälle fanden nicht nur ein entsprechendes Presseecho, auch Bezirkspolitik und Zivilgesellschaft vor Ort nahmen die Ereignisse wahr. Während (eher untypische) Vorfälle wie diese in der Presse wahrgenommen werden, finden die meisten erfassten Fälle kaum öffentlichen Widerhall. Ihre Erfassung kann aber für die sozialräumliche und pädagogische Arbeit, für zivilgesellschaftliche Initiativen und für Bezirksämter wichtig sein, um Problemfelder und Diskriminierungsschwerpunkte auszumachen.

So kann eine sozialräumliche Häufung auf die Ausbildung extrem rechter Zusammenhänge oder auch auf einen lokalen Resonanzboden für bestimmte Diskriminierungsformen hinweisen. Die meisten

Vorfälle wurden für den Ortsteil Mariendorf gemeldet (2019: 29; 2018: 13), gefolgt von Schöneberg-Nord (2019: 28; 2018: 27), Tempelhof (2019: 24; 2018: 23) und Schöneberg-Süd (2019: 17; 2018: 20). Für die Ortsteile Friedenau (2019: 8; 2018: 5), Marienfelde (2019: 7; 2018: 3) und Lichtenrade (2019: 2; 2018: 2) blieb die Zahl der gemeldeten Vorfälle auf niedrigem Niveau. Hinzu kommen als bezirkswweit einzuordnende Vorfälle (3) sowie Online-Vorfälle mit Bezug zum Bezirk (5).

Lassen die bloßen Zahlen einen Schwerpunkt diskriminierender Vorfälle in Mariendorf vermuten, unterscheidet sich die Qualität bzw. Art der Vorfälle je Ortsteil. So resultierte der Anstieg der Angriffszahlen im Bezirk (2019: 25; 2018: 17) aus dem massiven Anstieg LGBTIQ*-feindlich motivierter Angriffe (17), insbesondere in Schöneberg-Nord. In ganz Berlin wurden 390 Angriffe im Jahr 2019 erfasst. Demgegenüber wurden in Mariendorf hauptsächlich Vorfälle im Bereich Propaganda und hierbei wiederum in Bezug auf Verharmlosung bzw. Verherrlichung des Nationalsozialismus verzeichnet. Die verschwindend geringe Zahl von Vorfällen in Lichtenrade und Mariendorf ist vermutlich auch auf die dort noch nicht etablierten Meldestrukturen zurückzuführen.

Die Mehrheit der Vorfälle wurde im Bereich Rassismus erfasst (2019: 40; 2018: 34). Im Themenfeld NS-verherrlichende bzw. -verharmlosende Vorfälle musste ein massiver Anstieg verzeichnet werden (2019: 31; 2018: 19), der hauptsächlich durch eine erhöhte Zahl von Propagandavorfällen zu erklären



Beispielvorfälle

7. April 2019

Gegen 2 Uhr morgens wurde eine 29-jährige trans Person, die als Sexarbeiter*in in der Frobenstraße tätig ist, von zwei unbekanntem Männern aus LGBTIQ*-feindlicher Motivation beleidigt und mit einem Hockeyschläger angegriffen.
Quelle: ReachOut Berlin / Polizei Berlin

16. Oktober 2019

Auf einem Baucontainer in der Salzburger Straße im Ortsteil Schöneberg-Süd wurden Israel delegitimierende Graffiti

gefunden. Mithilfe eines „Stencils“ wurde dreimal der Schriftzug „No Pride in Israeli Apartheid“ angebracht. Israel bezogener Antisemitismus gehört zum Repertoire antisemitischer Vorurteile.
Quelle: Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

26. November 2019

Auf der Fahrplanauskunft der Bushaltestelle „Volkmarstraße“ Richtung Steglitz (Ecke Colditzstraße) in Marien-

dorf wurden rassistische Schmierereien angebracht.
Quelle: Berliner Register via Twitter

19. Dezember 2019

Ein 14-Jähriger wurde während des Sportunterrichts an einer Oberschule in der Straße Alt-Marienfelde im Ortsteil Marienfelde von Mitschülern gefesselt, gewürgt und antisemitisch beleidigt. Der Junge erlitt bei der Attacke Rötungen am Hals.
Quelle: Der Tagesspiegel



Neonazi-Symbolik in der Felixstraße in Tempelhof

ist. Auch LGBTIQ*-feindliche Vorfälle – hauptsächlich physische Angriffe – stiegen im Vorjahresvergleich deutlich an (2019: 25; 2018: 7). Gleichbleibend hoch war auch die Zahl antisemitischer Vorfälle, die berlinweit im vergangenen Jahr rückläufig gewesen ist (2019: 16; 2018: 18).

Bezirkswweit: Rassismus sowie Antisemitismus weiter stark

Rassistische Vorfälle bleiben berlinweit und im Bezirk auf hohem Niveau. Dabei kam es zu einem massiven Anstieg rassistisch motivierter Angriffe (2019: 11; 2018: 5) sowie zu 7 in der Kategorie Beleidigungen/Bedrohungen/Pöbeleien (2018: 7). Von den insgesamt 42 erfassten rassistischen Fällen sind 8 im Bereich antimuslimischer Rassismus einzuordnen (2018: 8), 3 als Antiziganismus (2018: 7) sowie 1 Vorfall im Bereich anti-Schwarzer Rassismus (in 2018 noch nicht separat erfasst).

Auf gleichbleibendem Niveau verharret seit Jahren auch der Anteil antisemitisch motivierter Vorfälle. Verschiedene Ortsteile und Kieze von Tempelhof-Schöneberg sind aber eng mit der jüdischen Geschichte in Berlin verbunden und auch heute Zentren jüdischen Lebens in der Stadt. Die Vorfälle verteilten sich 2019 jedoch auf den Gesamtbezirk, während sie sich im Vorjahr noch auf den Ortsteil Schöneberg-Nord konzentrierten. So konnte hier ein deutlicher Rückgang ausgemacht werden (2019: 5; 2018: 15). Auch die Zahl antisemitisch motivierter Angriffe war rückläufig (2018: 4; 2019: 2). Dies bestätigt auch den berlinweiten Trend, nach dem ein Höhepunkt antisemitischer Gewalt im Jahr 2018 registriert werden musste. Trotzdem wurden schockierende Fälle antisemitischer Gewalt dokumentiert, so die Misshandlung

eines 14-jährigen Schülers durch seine Mitschüler*innen, die sich am 19. Dezember 2019 während des Sportunterrichts an einer Oberschule in Marienfelde ereignete.

Schöneberg-Nord: Anstieg bei LGBTIQ*-feindlichen Angriffen

Im Jahr 2019 war ein massiver Anstieg LGBTIQ*-feindlich motivierter Angriffe zu verzeichnen, nachdem die Zahl im Vorjahr bereits rückläufig war (2019: 17; 2018: 3). Die meisten dieser Angriffe lassen sich auf Schöneberg-Nord und hier den Nollendorfkiez lokalisieren. Der Kiez gilt als Zentrum der lesbisch-schwulen Subkultur in Berlin. Von 16 Angriffen waren dort 15 LGBTIQ*-feindlich motiviert. Betroffen sind oft Kneipengänger*innen, die nachts auf ihrem Heimweg unvermittelt attackiert werden. Eine andere Opfergruppe, die bisher kaum im Fokus der Öffentlichkeit war, sind trans Personen, die als Sexarbeiter*innen in der Frobenstraße tätig sind. Immer wieder werden diese von Männergruppen aus dem Auto heraus bedroht und mit Gegenständen beworfen oder angegriffen. Beispielhaft sei hier ein Angriff vom 7. April 2019 erwähnt, bei dem eine 29-jährige trans Person von zwei Männern mit einem Hockeyschläger attackiert wurde.

Die gestiegene Fallzahl ist zurückzuführen auf ein verändertes Anzeigeverhalten gegenüber der Polizei sowie durch eine erhöhte Sensibilisierung der Öffentlichkeit durch die Tätigkeit von Sozialarbeiter*innen des Vereins TransInterQueer e.V. Demgegenüber finden niederschwelligere LGBTIQ*-feindliche Vorfälle wie Beleidigungen, Bedrohungen und

Pöbeleien (5) sowie Propaganda (3) seltener Eingang in die Chronik. Dies wiederum kann bedeuten, dass derartige Vorfälle von den Betroffenen als alltäglich wahrgenommen und damit seltener zur Anzeige gebracht werden.

Mariendorf: NS-verherrlichende Schmierereien

Von den für Mariendorf gemeldeten Vorfällen im Bereich Propaganda (2019: 28; 2018: 11) waren allein 15 den Nationalsozialismus verherrlichend bzw. verharmlosend. Elf Fälle wurden als rassistisch (inkl. antimuslimischer Rassismus) eingestuft; 2 Fälle fielen unter rechte Selbstdarstellung, 1 Fall unter Antisemitismus. In vielen Fällen handelt es sich um Schmierereien an Bushaltestellen - neben Hakenkreuzen sind auch antimuslimische und rassistische Schriftzüge zu finden. An einer Bushaltestelle wurde der Slogan „Nazi Kiez“ angebracht. Derlei Propaganda-Aktivitäten, die oft von Einzelnen ausgehen, dienen der Markierung des Sozialraums. Außer aus Mariendorf wurden auch aus Tempelhof (2019: 14; 2018: 7) und Schöneberg-Nord (2019: 9; 2018: 11) gehäuft Vorfälle im Bereich Propaganda gemeldet.

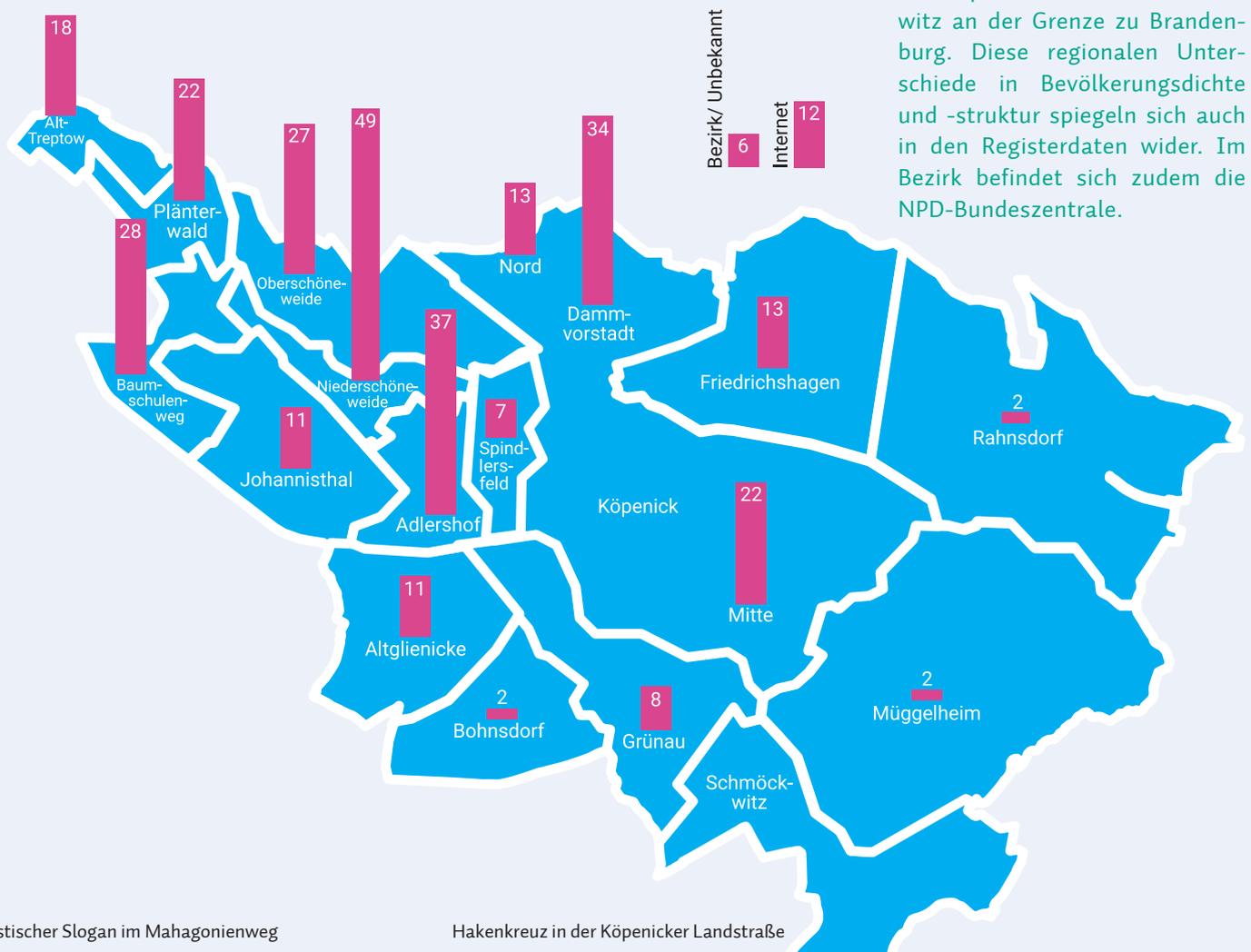
Ausblick

Für Tempelhof-Schöneberg zeichnet sich ein heterogenes Bild ab: Während Schöneberg-Nord durch LGBTIQ*-feindliche Angriffe auffällt, dominieren in Mariendorf Propagandavorfälle. Bezirkswweit bleiben rassistische Vorfälle signifikant hoch. Für Zivilgesellschaft und Bezirkspolitik kommt es darauf an, nachhaltige Kommunikationswege und flächendeckende Netzwerke aufzubauen.



Treptow-Köpenick

Treptow-Köpenick ist der flächengrößte Bezirk Berlins und einer der grünen. In seinen 15 Bezirksregionen wohnen über 270.000 Menschen. Dabei unterscheiden sich diese Regionen stark - vom fast innenstädtischen Alt-Treptow bis nach Schmöckwitz an der Grenze zu Brandenburg. Diese regionalen Unterschiede in Bevölkerungsdichte und -struktur spiegeln sich auch in den Registerdaten wider. Im Bezirk befindet sich zudem die NPD-Bundeszentrale.



Rassistischer Slogan im Mahagonienweg

Hakenkreuz in der Köpenicker Landstraße



Kontakt:
Register Treptow-Köpenick
 Zentrum für Demokratie
 Offensiv'91 e. V.
 Michael-Brückner-Str. 1
 12439 Berlin

Tel.: 030 - 65 48 72 93
 Mail: tk@berliner-register.de
 Facebook: Register Treptow-Köpenick
 Twitter: @TkRegister

Im Jahr 2019 wurden 324 Vorfälle dokumentiert (2018: 447). Das entspricht einem Rückgang um 28 %. Damit fällt die Anzahl der Vorfälle zwar nicht auf den Stand von 2017 (310) zurück, aber nähert sich diesem wieder an. Der Rückgang erklärt sich schon allein durch 125 Vorfälle weniger im Bereich Propaganda.

Die Angriffe stiegen 2019 um 3 Vorfälle auf 33 und sind damit auf dem höchsten Niveau seit Erfassung durch das Register im Bezirk. Die Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien gingen leicht zurück (- 3). Jedoch wurden im Gegensatz zu 2018 keine Internet-Vorfälle gemeldet. Bei der Betrachtung der gesamten Übergriffe zeigt sich, dass alle Motive rückläufig sind, bis auf Rassismus. Hier gab es nochmals einen Anstieg um 39 %. Ein besonders starker Rückgang der Vorfälle zeigt sich bei der Propaganda (- 125). Nach dem massiven Anstieg in 2018 gleichen sich die Zahlen wieder den Vorjahren an. Das lässt sich insbesondere auf die Ortsteile zurückführen, die 2018 einen hohen Anstieg verzeichneten. Sie befinden sich nahezu wieder auf dem Niveau von 2017. Es handelt sich um Niederschöneweide, Baumschulenweg und Plänterwald.

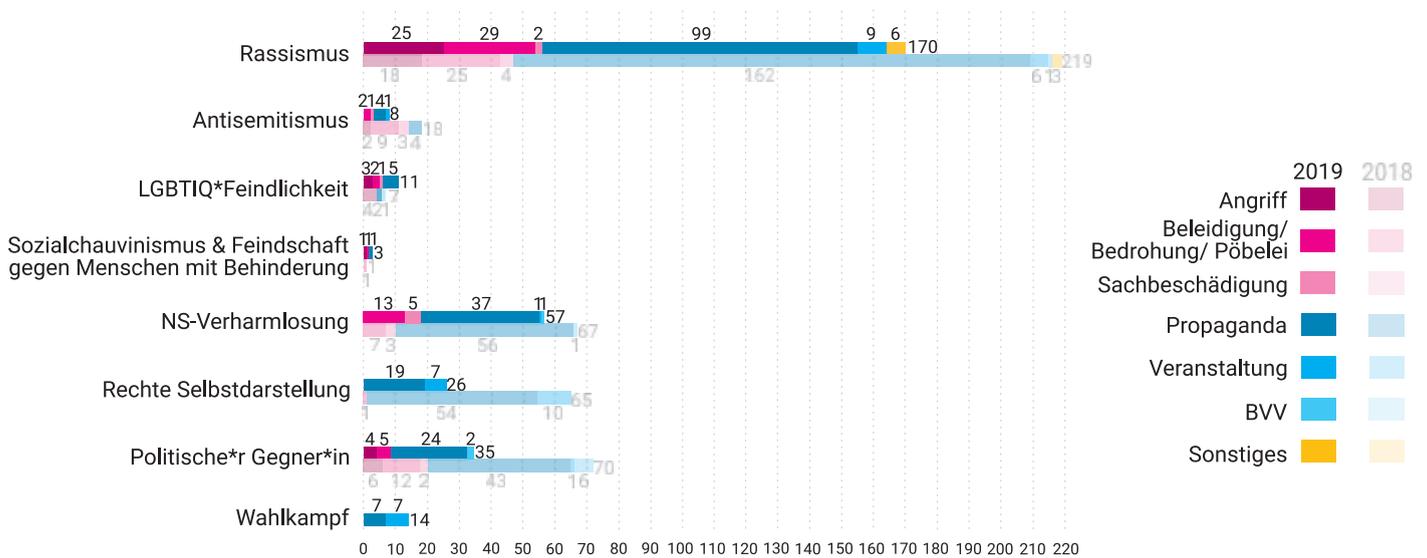
Im Jahr 2019 war Europawahl. Fast ausschließlich in diesem Zusammenhang nahmen auch die Veranstaltungen zu (+ 8).

Die inhaltliche Zuordnung der Vorfälle zeigt, dass insbesondere der Anteil rassistischer Vorfälle mit 49 % stark gestiegen ist, auch der Anteil NS-verherrlichender/-verharmlosender Vorfälle nahm um 11 % zu. In diesem Themenfeld sind es vor allem die Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien, die auch noch einmal um 6 Vorfälle zugenommen haben und nun bei insgesamt 13 liegen. Es handelte sich dabei um Hitlergrüße und/oder entsprechende Parolen. Die Anzahl der antisemitischen Vorfälle hat sich nahezu halbiert und lag bei insgesamt 8 Vorfällen (- 9). Hier waren es vornehmlich die Bedrohungen und Angriffe, die stark zurückgegangen sind (- 9).

Trotz des massiven Rückgangs (- 76) der Vorfälle ist Niederschöneweide immer noch der Ortsteil mit den meisten Vorfällen (2018: 125; 2019: 49). Dabei waren es nicht nur Propaganda-Vorfälle (- 59) sondern auch Angriffe und Bedrohungen (- 7), die rückläufig sind. Trotzdem blieb auch hier Niederschöneweide an erster Stelle. Die meisten Angriffe ereigneten sich in Friedrichshagen. Es sind insgesamt 5, was eine plötzliche Steigerung

darstellt, da seit einem Angriff auf eine Unterkunft für Geflüchtete 2016 keine Angriffe im Ortsteil dokumentiert wurden. Auch in Adlershof nahmen die Übergriffe nochmals zu (+ 4) und befinden sich mit insgesamt 13 auf einem neuen Höchststand.

Das wiederholte hohe Niveau der Angriffe (2019: 33; 2018: 30) und der Kategorie Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien (2019: 52; 2018: 55) im Zusammenhang mit den bundesweiten Entwicklungen im Bereich des Rechtsterrorismus lassen einen weiteren Anstieg der Gewalt im kommenden Jahr vermuten. Auch im Hinblick auf das Wahljahr 2021 (Berlin und Bund) wird sich die politische Diskussion insbesondere im Themenfeld Rassismus vermutlich nochmals verschärfen. Rassismus wird weiterhin das Hauptmotiv bleiben. Bei dieser Aussicht ist und bleibt antirassistisches und antifaschistisches Engagement umso notwendiger. Deshalb ist es wichtig, dass zivilgesellschaftliche Akteur*innen und Anwohner*innen, wie bereits 2019 in Friedrichshagen und Adlershof, trotz regelmäßiger Anfeindungen und Delegitimierungsversuchen für ein solidarisches Miteinander aktiv werden.



Beispielvorfälle

18. März 2019

Eine Mutter spielte mit ihrem kleinen Kind auf einem Spielplatz in Köpenick Nord, bis mehrere Anwohner sie von ihren Balkonen unter anderem mit den Worten beschimpften: „Verisst euch, ihr asoziales Pack!“

Quelle: Zentrum für Demokratie

20. Mai 2019

Am Abend beleidigte ein Mann an der Ecke Bahnhofstr./ Seelenbinderstr. einen anderen Mann als „Homo“ und dass er in einen Zug nach Auschwitz gehöre.

Als der Täter dann weiterging, grüßte er einen Tram-Fahrer mit dem Hitlergruß.

Quelle: Zentrum für Demokratie

22. September 2019

Zwei Männer unterhielten sich in der S-Bahn in der Nähe des Bahnhofes Schöne-weide über Fußball, als einer der beiden plötzlich rassistische und antisemitische Sprüche von sich gab. Als der andere Mann dem widersprach, wurde ihm von seinem Gegenüber mit Pfefferspray aus nächster Nähe ins Gesicht gesprüht.

Quelle: ReachOut

5. Oktober 2019

In der NPD-Bundeszentrale in der Seelenbinderstr. fand ein Erntedankfest statt. Dabei wurde am Abend sehr laute Live-Musik mit volksverhetzenden Inhalten gespielt. Zudem war die Veranstaltung nicht bei der Polizei angemeldet. Zeug*innen riefen die Polizei. Während der Überprüfung durch die Polizei kam es zu mehrfachen „Sieg Heil“- Rufen. Das Fest wurde anschließend aufgelöst und die Anwesenden kontrolliert und mehrere Anzeigen geschrieben.

Quelle: Polizei Berlin

Analyseschwerpunkt: Rassistische Gewalt

Berlinweit steigt seit 2017 die rassistische Gewalt. Die Angriffe (212) sind nahezu auf dem Höchststand von 2017. Sie haben im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 41 zugenommen. Die Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien (356) haben sogar seit 2016 stark zugenommen. Im Vergleich zum Vorjahr sind sie 2019 nochmals um 43 gestiegen. Rassismus ist 2019 bei 58 % der in Berlin dokumentierten Angriffe und Bedrohungen das am häufigsten vorkommende Motiv.

Auch in **Treptow-Köpenick** steigt die Zahl der Angriffe seit 2016 wieder. Im Jahr 2019 wurde die höchste Anzahl von Angriffen (33) seit der Erfassung durch das Register dokumentiert. Dasselbe gilt auch für rassistisch motivierte Angriffe (25), die sich ebenfalls auf einem neuen Höchststand befinden. Ihr Anteil beträgt 76 %.

Bereits 2016 waren die Vorfälle in diesem Bereich besonders hoch, allerdings ließ sich dies auf die rassistischen Proteste gegen die Unterbringung von Geflüchteten zurückführen (s. Auswertung 2017). Damals kam es insbesondere in der Nähe von Unterkünften zu vermehrten Übergriffen. Jedoch endeten diese Proteste 2017 vollständig und haben somit keinen Einfluss mehr.

Im Jahr 2019 sind bei den Angriffen und Bedrohungen alle Motive rückläufig, außer Rassismus. Hier zeigt sich im Vergleich zum Jahr 2018 ein Anstieg um 39 %. Der Anteil von rassistisch motivierten Angriffen und Bedrohungen macht 61 % in diesen Kategorien aus und ist damit auf dem Höchststand seit der Erfassung durch das Register in Treptow-Köpenick.

Fallbeispiel: Adlershof

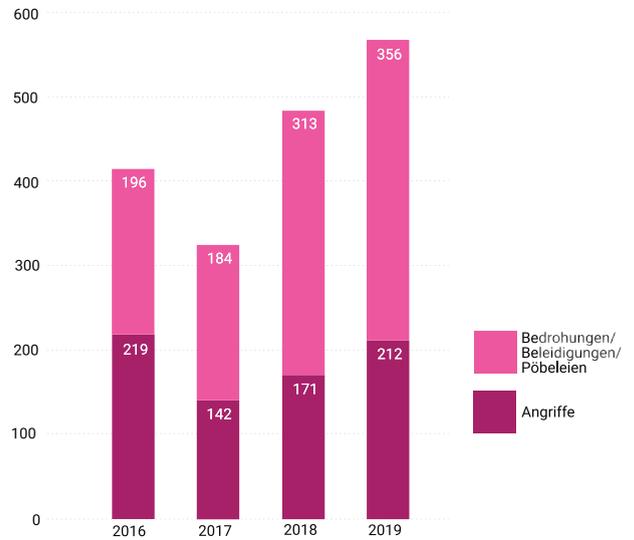
Adlershof ist der Ortsteil mit dem höchsten Anteil rassistischer Vorfälle im Bezirk. Er liegt bei ca. 70 %. Die insgesamt 25 rassistischen Vorfälle teilen sich in 4 Angriffe, 5 in der Kategorie Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien, 1 Sachbeschädigung, 14 Propaganda-Vorfälle und 1 Veranstaltung auf.

Zudem ist Adlershof im Jahr 2019 der Ortsteil mit den meisten rassistischen Übergriffen in Treptow-Köpenick. 2017 fanden diese noch komplett in der S-Bahn oder im Bahnhof statt. Dagegen haben sich 2019 alle Angriffe und Bedrohungen 2019 im nördlichen (alten) Adlershof ereignet.

Im Jahr 2019 gab es zwei Gruppen von Personen, die mehrfach Opfer rassistischer Gewalt und Sachbeschädigungen wurden - eine Familie und Betreiber*innen eines Imbisswagens. Innerhalb eines Monats wurde eine Familie aus rassistischer Motivation drei Mal an ihrem Wohnort in Adlershof attackiert:

25. Mai 2019: In Adlershof wurde an einem Haus der Briefkasten zerstört, der Zaun zerbrochen und die Eingangsschwelle zur Wohnung mit Hundekot beschmiert. Dies ist der Anfang einer Folge von rassistisch motivierten Vorfällen.

Entwicklung der rassistischen Übergriffe von 2016 bis 2019



17. Juni 2019: Vor ihrer Wohnung wurden vier Kinder von einer Frau rassistisch beleidigt. Die Frau hielt mit dem Auto, kurbelte das Fenster herunter und sagte, dass Muslime schlecht wären und sie Deutschland verlassen sollen. Als der Vater und ein Passant dazu kamen, fuhr die Frau davon.

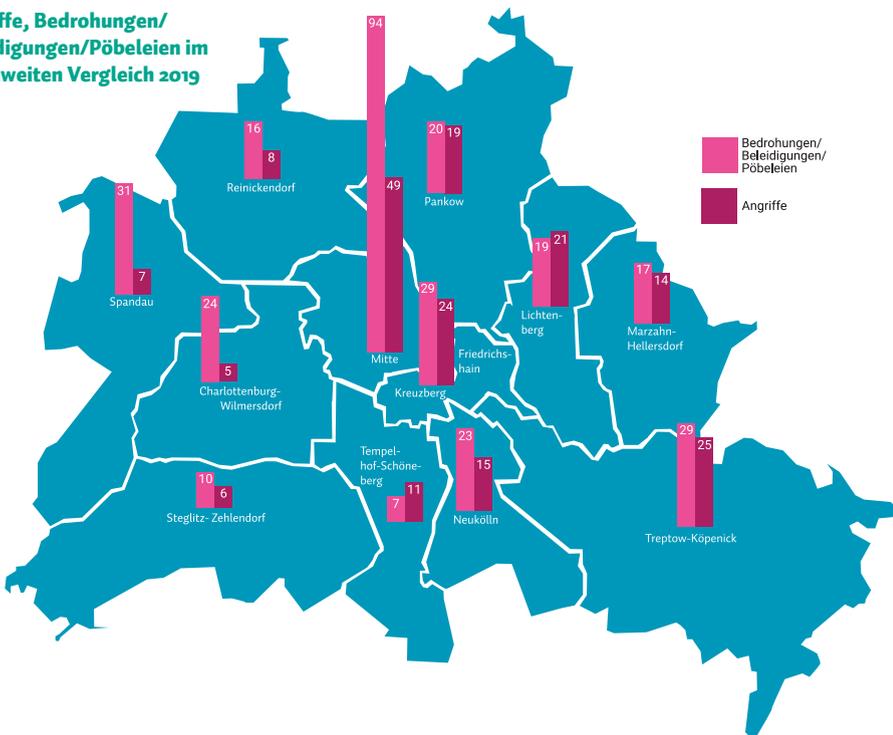
22. Juni 2019: In der Nacht vom 22. auf den 23. Juni wurden in Adlershof zwei Schüsse auf die Wohnungstür einer Familie abgegeben. Die Eltern und ihre vier Kinder blieben glücklicherweise unverletzt; die geschossenen Metallkugeln blieben in der Tür stecken. Die zweiten mehrfach Betroffenen waren die Betreiber*innen und Mitarbeiter*innen eines Imbisses, der zwei Mal im Jahr 2019 attackiert wurde:

25. April 2019: Am frühen Nachmittag fuhr ein Auto langsam an einem Imbiss Dörfeldstr./ Friedenstr. vorbei. Dabei streckte die Person auf dem Beifahrersitz den Mittelfinger heraus und schrie den dort Arbeitenden entgegen: „Ab mit euch in die Gaskammer.“ Danach fuhr das Auto schnell davon.

9. Juni 2019: Ein in der Dörfeldstraße stehender Imbisswagen wurde in der Nacht mit einem Hakenkreuz sowie der Parole „Ab in die Gaskammer, Scheiß Moslems, Raus hier“ besprüht und mit Buttersäure begossen.

Derartige Serien sind in Adlershof keine neue Erscheinung. So wurde beispielsweise im Jahr 2015 ein türkischer Gewerbetreibender mehrfach geschädigt. In einer Nacht wurden die Schaufenster seiner beiden Betriebe in Adlershof zerstört und ca. einen Monat später sein Auto angezündet. Ein weiteres Beispiel ist ein lokaler Politiker, dessen Auto 2015 ebenfalls angezündet wurde. Im Jahr 2016 wurden die Radmuttern seines Autos gelöst und nach seinem Tod 2018 bekam seine Witwe eine verhöhnende Trauerkarte aus der rechten Szene.

Angriffe, Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien im berlinweiten Vergleich 2019



Beratungs- & Dokumentationsstellen in Berlin

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin (ADNB)

Das ADNB ist eine nicht-staatliche und unabhängige Beratungsstelle primär für in Berlin lebende Menschen, die rassistische und damit zusammenhängende Diskriminierungserfahrungen machen. Mehr Informationen unter: www.adnb.de

Antidiskriminierungsberatung Alter oder Behinderung

Diese Beratungsstelle ist eine Anlaufstelle für Menschen, die sich aufgrund ihres Lebensalters oder ihrer Behinderung diskriminiert fühlen.

<http://lv-selbsthilfe-berlin.de/antidiskriminierungsberatung>

Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V. (Apabiz)

Das apabiz ist ein Archiv und bietet Veranstaltungen und Workshops rund um die Themen der extremen Rechten an. Mehr Informationen unter www.apabiz.de

Dokumentationsstelle Antiziganismus (DOSTA)

AmaroForo dokumentiert antiziganistisch motivierte Vorfälle in Berlin. Mehr Informationen zum Dokumentationsprojekt gibt es hier: <http://amarofo.de/antidiskriminierungsarbeit>

Dokumentation und Beratung bei Anti-Schwarzem Rassismus

Betroffene von Anti-Schwarzem Rassismus können sich an die Antidiskriminierungsberatung bei Each One Teach One e.V. wenden. EOTO und die Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland dokumentieren Vorfälle von Anti-Schwarzem Rassismus.

www.eoto-archiv.de/antidiskriminierungsberatung

Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt (KOP)

www.kop-berlin.de

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KUB)

www.kub-berlin.de

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Die MBR bietet allen Menschen Beratung und Unterstützung an, die sich in Berlin für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen.

www.mbr-berlin.de

ReachOut - Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

ReachOut berät Betroffene, Angehörige und Zeug*innen rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt.

www.reachoutberlin.de

Recherche und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS)

RIAS dokumentiert antisemitische Vorfälle in Berlin, die über die Seite www.report-antisemitism.de gemeldet werden können.

OPRA - Psychologische Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

www-opra-berlin.de

Verband der Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt e.V. (VBRG)

Auf der Internetseite sind Ratgeber für Betroffene und deren Angehörige in unterschiedlichen Sprachen als PDF zu finden.

www.verband-brg.de/material/#publikationen

Mobiles Beratungsteam Berlin für Demokratieentwicklung

www.mbt-berlin.de/mbt

www.berliner-register.de

